



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

motra
Monitoringssystem und
Transferplattform Radikalisierung

Forschungsbericht No. 10

Demokratiedistanz, extremismusaffine Einstellungen, Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland 2022

Deskriptive Grundausswertungen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Junge Menschen in Deutschland 2022“

Diego Farren, Jannik M.K. Fischer, Katrin Brettfeld,
Rebecca Endtricht, Janosch Kleinschnittger und Peter Wetzels



Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

Hamburg, August 2023

© 2023 by the authors. All rights reserved.



Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	1
2	ERHEBUNGSMETHODE, STICHPROBENDESIGN, RÜCKLAUFQUOTE UND MERKMALE DER ERREICHTEN STICHPROBE	4
2.1	DAS STICHPROBENDESIGN.....	4
2.2	RÜCKLAUFQUOTE UND UMFANG DER ANALYSESTICHPROBE	6
2.3	SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE DER ANALYSESTICHPROBE.....	6
3	KONFRONTATIONEN MIT INTOLERANZ: DATEN AUS DER PERSPEKTIVE VON BEOBACHTER:INNEN UND BETROFFENEN	8
3.1	BEOBACHTUNGEN VON INTOLERANZ IM EIGENEN LEBENSUMFELD	9
3.2	PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT DURCH INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG.....	13
4	ABLEHNENDE EINSTELLUNG ZUR DEMOKRATIE: DIE VERBREITUNG VON DEMOKRATIEDISTANZ BEI JUNGEN MENSCHEN	18
4.1	DIE SKALA ZUR MESSUNG DEMOKRATIEDISTANTER EINSTELLUNGEN	19
4.2	ZUR VERBREITUNG DEMOKRATIEDISTANTER EINSTELLUNGEN	21
4.2.1	<i>Mittelwerte demokratiedistanter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen.....</i>	<i>21</i>
4.2.2	<i>Raten demokratiedistanter Einstellungen bei jungen Menschen</i>	<i>24</i>
4.2.3	<i>Raten demokratiedistanter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>24</i>
4.2.4	<i>Die Verbreitung von Demokratiedistanz in den Bundesländern.....</i>	<i>26</i>
5	INTOLERANTE EINSTELLUNGEN GEGENÜBER FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN	27
5.1	DIE SKALA ZUR MESSUNG INTOLERANTER EINSTELLUNGEN.....	28
5.2	ZUR VERBREITUNG INTOLERANTER EINSTELLUNGEN.....	29
5.2.1	<i>Mittelwerte intoleranter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen.....</i>	<i>29</i>
5.2.2	<i>Raten intoleranter Einstellungen bei jungen Menschen.....</i>	<i>32</i>
5.2.3	<i>Raten intoleranter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>32</i>
5.2.4	<i>Die Verbreitung intoleranter Einstellungen in den Bundesländern.....</i>	<i>35</i>
5.2.5	<i>Einzelanalysen für verschiedene Formen der Intoleranz</i>	<i>36</i>
6	RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN BEI JUNGEN MENSCHEN	37
6.1	DIE SKALA ZUR MESSUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN	37
6.2	ZUR VERBREITUNG RECHTSEXTREMER EINSTELLUNGEN	39
6.2.1	<i>Mittelwerte rechtsextremer Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>39</i>
6.2.2	<i>Raten rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen.....</i>	<i>41</i>
6.2.3	<i>Raten rechtsextremer Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>42</i>
6.2.4	<i>Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den Bundesländern.....</i>	<i>46</i>

7	ISLAMISMUSAFFINE EINSTELLUNGEN BEI JUNGEN MUSLIM:INNEN	47
7.1	DIE SKALA ZUR MESSUNG ISLAMISMUSAFFINER EINSTELLUNGEN	48
7.2	ZUR VERBREITUNG ISLAMISMUSAFFINER EINSTELLUNGEN	49
7.2.1	<i>Mittelwerte islamismusaffiner Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>49</i>
7.2.2	<i>Raten islamismusaffiner Einstellungen bei jungen Muslim:innen</i>	<i>51</i>
7.2.3	<i>Raten islamismusaffiner Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>52</i>
8	EINSTELLUNGEN ZU POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT	53
8.1	PÄNOMENÜBERGREIFENDE MESSUNGEN DER EINSTELLUNGEN ZU POLITISCH MOTIVIERTER GEWALT	54
8.1.1	<i>Die Skala zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt</i>	<i>54</i>
8.1.2	<i>Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach soziodemografischen Merkmalen ...</i>	<i>55</i>
8.1.3	<i>Kombinationen der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt mit demokratiedistanten, rechtsextremen oder intoleranten Einstellungen</i>	<i>58</i>
8.2	EINSTELLUNGEN ZU ISLAMISTISCH MOTIVIERTER GEWALT	59
8.2.1	<i>Die Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt</i>	<i>60</i>
8.2.2	<i>Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt nach soziodemografischen Merkmalen</i>	<i>61</i>
8.2.3	<i>Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei jungen Muslim:innen mit islamismusaffinen Einstellungen</i>	<i>62</i>
9	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	62
	LITERATUR	70

Demokratiedistanz, extremismusaffine Einstellungen, Akzeptanz politisch motivierter Gewalt sowie Intoleranz gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen bei Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland 2022

*Diego Farren, Jannik M.K. Fischer, Katrin Brettfeld,
Rebecca Endtricht, Janosch Kleinschnittger und Peter Wetzels*

1 Einleitung

Dieser Bericht dokumentiert Ergebnisse der deskriptiven Grundauswertungen der ersten Welle der online durchgeführten Befragung „Junge Menschen in Deutschland 2022“ (JuMiD 2022), die auf einer repräsentativen Stichprobe der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 21 Jahren basiert. Die Studie ist zentraler Bestandteil des Einstellungsmonitorings, das als Teilprojekt des nationalen Forschungsverbundes MOTRA¹ vom Team des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) durchgeführt wird.

Der Forschungsverbund MOTRA, an dem neben der UHH noch acht weitere wissenschaftliche Einrichtungen als Kooperationspartner beteiligt sind², wird durch das BMBF³ und das BMI⁴ gefördert. Eine übergeordnete Zielsetzung des Verbunds besteht darin das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland fortlaufend und möglichst umfassend zu beschreiben, um sowohl Trends als auch deren Hintergründe zu analysieren. Dies erfolgt mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen über ein multimethodales Vorgehen der Kooperationspartner, das aufeinander bezogen und untereinander abgestimmt ist (vgl. Kemmesies & Wetzels 2021).

Auf diesem Wege sollen sowohl zeitliche Veränderungen von Einflussfaktoren, die für unterschiedliche Radikalisierungsphänomene und Formen von politischen Extremismen relevant sind, als auch qualitative und quantitative Veränderungen des Radikalisierungsgeschehens selbst mit Blick auf Umfang, soziale und räumliche Verteilung und Schwerpunktsetzungen aber auch in Bezug auf einen möglichen Wandel seiner Erscheinungsformen, erkannt und analysiert werden.

Ziel ist es, diese Befunde zeitnah für Wissenschaft, Politik und Praxis zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen von MOTRA eine Transferplattform etabliert, an der zahlreiche Institutionen aus Politik, Praxis und Zivilgesellschaft als Partner über unterschiedliche Formate beteiligt sind (vgl. zum Überblick Kemmesies et al. 2021, 2022).

Ein wesentlicher Aspekt dessen sind politische Einstellungen, insbesondere demokratieablehnende, autoritäre politische Strukturen bevorzugende Haltungen, sowie in zugespitzter Form auch die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt zur Durchsetzung solcher Ziele. Derartige Einstellungen sind als Vorstufe zu entsprechenden Verhaltensweisen ein wichtiger Bezugspunkt der Prävention und eine geeignete Größe im Kontext

¹ Monitoring- und Transferplattform Radikalisierung

² Für Informationen zu den Partnern des MOTRA-Verbundes siehe <https://motra.info>

³ Bundesministerium für Bildung und Forschung

⁴ Bundesministerium des Innern und für Heimat

eines Monitorings, das sich andeutende, problematische Entwicklungen frühzeitig erkennen und lokalisieren sowie differenziert analysieren soll.

Zur Erfassung der Verbreitung politisch-extremistischer Einstellungen und diesbezüglicher Einflussfaktoren werden durch das Institut für Kriminologie an der UHH zum einen in jährlichem Abstand repräsentative Befragungen der erwachsenen bundesdeutschen Wohnbevölkerung im Alter ab 18 Jahren unter dem Titel „Menschen in Deutschland“ (MiD) durchgeführt (vgl. dazu Brettfeld et al. 2021a; Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023; Brettfeld & Wetzels 2022; Wetzels et al. 2022a, 2022b). Ergänzend dazu finden ab 2022 im Zweijahrestakt repräsentative Befragungen junger Menschen (Jugendliche und Heranwachsende) auf Basis repräsentativer Stichproben der bundesdeutschen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 16 und 21 Jahren unter dem Titel „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) statt (vgl. Brettfeld et al. 2021a; Farren et al. 2022).

Eine weitere Ergänzung erfahren diese beiden Studien durch kurzfristige Online-Befragungen quotierter, für die Bevölkerung Deutschlands approximativ repräsentativer Stichproben aus einem Online-Access-Panel, die ab November 2022 im Abstand von etwa 2-3 Monaten unter der Bezeichnung „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) kontinuierlich wiederholt werden. Diese - in Kooperation mit dem German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg gemeinsam konzipierten und durchgeführten - kurzfristiger wiederholten und insofern zeitlich enger getakteten Erhebungen richten sich, wie auch die MiD-Studien, auf die Bevölkerung im Alter von 18 Jahren an aufwärts (zur Methodik, den erreichten Stichproben und den Rücklaufquoten der ersten drei dieser Erhebungen vgl. Richter et al. 2023a; Kleinschnittger et al. 2023; Brettfeld et al. 2023b).

In MiDInt werden zum einen gezielt internationale Geschehnisse in den Blick genommen, um deren Ausstrahlungswirkungen auf das Radikalisierungsgeschehen auf der nationalen Ebene in Deutschland zu untersuchen.

Beispiele dafür sind z.B. der Krieg in der Ukraine, damit verbundene Ängste und deren Auswirkungen auf Autokratieakzeptanz (vgl. Wetzels et al. 2023b); Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Folgen für Muslimfeindlichkeit in Deutschland (vgl. Wetzels et al. 2023c); Konflikte zwischen Israel und Palästina und deren Auswirkungen auf Antisemitismus in Deutschland (vgl. Richter et al. 2022); Stellungnahmen von Politiker:innen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger:innen auf die Entwicklung von Flucht und Migration aus Krisengebieten nach Deutschland und deren Folgen auf Einstellungen der Bevölkerung zu Geflüchteten (vgl. Richter et al. 2023b) sowie Wahrnehmungen des weltweiten Klimawandels und Einstellungen zu damit verbundene internationalen Bemühungen zum Klimaschutz (vgl. Brettfeld et al. 2023c, 2023d).

Zum anderen werden die Erhebungen in MiDInt auch genutzt, um aktuelle nationale Geschehnisse frühzeitig fokussieren und in dieser Hinsicht auch recht kurzfristig die Befunde aus MiD und JuMiD auf Grundlage aktuellerer Daten ergänzen zu können. Dazu werden auch neue Messinstrumente entwickelt und erprobt, die im weiteren Fortgang des Forschungsvorhabens in den Studien MiD und JuMiD ebenfalls genutzt werden können (zum Beispiel für die Erfassung von Autokratieakzeptanz, vgl. Wetzels et al. 2023a).

Mit den Erhebungen im Rahmen der im Folgenden dargestellten Studie JuMiD soll ein kontinuierliches Monitoring der Verbreitung intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen unter jungen Menschen in Deutschland etabliert werden. Erfasst werden ferner auch Konfrontationen junger Menschen mit verschiedenen Formen von Intoleranz in deren eigenem Lebensumfeld. Erhoben werden insoweit sowohl Erfahrungen, die junge Menschen als Beobachter:innen in ihrem Lebensumfeld machen, als auch persönliche Erlebnisse, die sie selbst als Betroffene von Diskriminierungen und menschenfeindlichen Herabwürdigungen gemacht haben.

Auf diesem Wege soll ein möglichst umfangreiches und aktuelles Lagebild des Radikalisierungsgeschehens unter jungen Menschen in Deutschland gezeichnet werden, das es gestattet, Entwicklungen und Probleme in diesem spezifischen Alterssegment identifizieren und sozial verorten zu können. Die dabei seitens der UHH erzielten Ergebnisse werden im wechselseitigen Austausch mit den MOTRA-Verbundpartnern und deren Befunden (z. B. bei der Analyse kriminalstatistischer Daten der PMK und der PKS, bei Expert:innenbefragungen, im Rahmen von Analyse des beobachtbaren Protestgeschehens oder auch im Bereich des Monitoring der Radikalisierung von Online-Kommunikationen im Internet) geprüft, kontextualisiert und bewertet (vgl. z.B. Greipel et al. 2023; Richter et al. 2022).

Die Studie JuMiD 2022 wurde durch das Institut für Kriminologie der Universität Hamburg (UHH) konzipiert und umgesetzt. An der Fragebogengestaltung waren Kolleg:innen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), der Ludwigs-Maximilians-Universität München (LMU) und des German Institut for Global and Area Studies (GIGA) beteiligt (vgl. Farren et al. 2022).

Die Feldarbeiten der ersten Welle der Erhebungen zu JuMiD, die vom 23. März bis 19. Mai 2022 erfolgten, wurden in Zusammenarbeit mit dem Feldforschungsinstitut KANTAR GmbH realisiert.

In diesem Forschungsbericht wird zunächst das methodische Vorgehen erläutert sowie die in der ersten Welle von JuMiD im Jahr 2022 erreichte Stichprobe beschrieben (Kapitel 2). In Kapitel 3 werden daran anschließend Befunde in Bezug auf Beobachtungen intoleranter Aktivitäten, d.h. erkennbaren Formen des Ausdrucks von Vorurteilen gegenüber Fremdgruppen, die junge Menschen in ihrem eigenen Lebensumfeld gemacht haben, beschrieben. Weiter werden Erkenntnisse zur Verbreitung solcher Erlebnisse aufgegriffen, die junge Menschen selbst als Betroffene und Adressat:innen von verschiedenen Vorurteilen und Formen von Intoleranz gemacht haben.

Daran anschließend erfolgt in mehreren Kapiteln eine ausführliche Übersicht über zentrale Befunde der Befragung zur Verbreitung intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen bei jungen Menschen. Zunächst werden Ergebnisse zu demokratiedistanten Einstellungen erörtert (Kapitel 4). Dabei handelt es sich um ablehnende Haltungen in Bezug auf zentrale Grundprinzipien eines freiheitlich demokratischen Verfassungsstaates (z. B. elementare Freiheits- und Menschenrechte sowie Prinzipien von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Staatsorganisation). Diese Einstellungen werden auf Basis einer normativen Definition erfasst, ohne dass diese Haltungen auf bestimmte politische Ideologien im Links-Rechts-Spektrum oder im Bereich einer Religion bezogen werden. Insoweit kann hier von einer ideologie- bzw. auch phänomenübergreifenden Erfassung extremismusaffiner Einstellungen gesprochen werden.

In Kapitel 5 werden sodann Prävalenzraten und soziale Verteilungen vorurteilsbehafteter, intoleranter Einstellungen untersucht, die sich gegen bestimmte gesellschaftliche Teilgruppen richten. Diesbezüglich werden ausländerfeindliche, islamfeindliche, antisemitische und homophobe Einstellungen thematisiert.

In den beiden nächsten Kapiteln werden zwei phänomenspezifische Formen politischer Extremismen untersucht: In Kapitel 6 geht es um die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter jungen Menschen, während Kapitel 7 sich mit islamismusaffinen Einstellungen unter in Deutschland lebenden jungen Muslim:innen befasst, also ein politisch-religiös konnotiertes Radikalisierungsphänomen in den Blick nimmt.

In Kapitel 8 geht es schließlich darum, wie verbreitet die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt unter jungen Menschen ist. Dies wird mit den Ergebnissen zu den verschiedenen phänomenübergreifenden und phänomenspezifischen Formen intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen kombiniert.

Die Kombinationen aus intoleranten oder politisch-extremistischen Einstellungen mit der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt umreißt dabei eine besondere Risikogruppe, die genauer betrachtet wird. Insbesondere in Bezug auf Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen und -programme erscheint diese Gruppe junger Menschen besonders relevant.

Im neunten und letzten Kapitel erfolgt eine Zusammenfassung der zentralen deskriptiven Befunde. Schließlich wird ein Ausblick auf die weiteren geplanten Schritte in diesem Forschungsprozess vorgestellt.

Damit werden in diesem Forschungsbericht primär deskriptive Befunde zur Verbreitung und der sozialen sowie regionalen Verortung in Bezug auf zentrale abhängige Variablen der Studie JuMiD 2022 dargelegt. Im Zentrum steht das Interesse an der genaueren Bestimmung der mit Blick auf politische Radikalisierungsphänomene erkennbaren Risikogruppen innerhalb der Population jugendlicher und heranwachsender junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland. Die dazu in diesem Bericht vorgelegten Schätzungen erfolgen unter Berücksichtigung stichprobenbedingter Ungenauigkeiten.

Die damit vorgelegten Daten sind Ausgangspunkt weiterer Analysen und für die weitere Zukunft vorgesehener Trendanalysen. Die hiermit vorgelegten querschnittlichen Befunde bieten aber bereits also solche wichtige Hinweise auf die soziale Verteilung und die Größenordnung der Zielgruppen von Radikalisierungs- und Extremismusprävention (vgl. dazu auch Brettfeld et al. 2023a), die aus unserer Sicht für Präventionspraxis und Politik nützlich und handlungsrelevant sein können.

2 Erhebungsmethode, Stichprobendesign, Rücklaufquote und Merkmale der erreichten Stichprobe

Die Studie JuMiD 2022 ist eine standardisierte, bundesweit repräsentative Befragung der deutschen Wohnbevölkerung junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (geboren zwischen 2000 und 2005). Die Teilnehmenden wurden auf Basis von Informationen der Einwohnermeldeämter zur registrierten Wohnbevölkerung in Deutschland per Zufall für eine Teilnahme an der Untersuchung ausgewählt. Für weitere Einzelheiten, die über die folgenden Darstellungen hinausgehen, steht ein ausführlicher Methodenbericht zu Durchführung, Rücklauf und Stichprobenmerkmalen zur Verfügung, der auch das verwendete Erhebungsinstrument sowie das Codebuch zum Datensatz der Studie JuMiD 2022 enthält (Farren et al. 2022).

2.1 Das Stichprobendesign

Die Studie basiert auf einer Stichprobe der in Deutschland gemeldeten Jugendlichen und Heranwachsenden im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Zielgröße war ein Nettostichprobenumfang von etwa $n=3\,000$ jungen Menschen mit verwertbaren Angaben. Diese Stichprobengröße wurde vor dem Hintergrund der erwartbaren Größenordnung der Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen, die in früheren Studien bereits festgestellt

werden konnten (für ausreichend erachtet, um auch für einzelne Subgruppen (z.B. muslimische Jugendliche) Analysen durchführen zu können. Aufgrund der Erfahrungen aus früheren Studien (Baier et al. 2016, 2021; Decker & Brähler 2018; Frindte et al. 2011; Goede 2019; Goede & Lopez-Trillo 2019), insbesondere aber vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen mit der Studie MiD 2021 (vgl. Endtricht et al. 2022), wurde für JuMiD mit einer Rücklaufquote von etwa 25 % gerechnet. Insoweit wurde ein Bruttostichprobenansatz von 12.000 Zielpersonen für erforderlich erachtet, um die anvisierte Nettostichprobengröße tatsächlich erreichen zu können.

Die Teilnehmenden wurden anhand einer mehrfach geschichteten Zufallsziehung von Einträgen aus den Registern der Einwohnermeldeämter ausgewählt. Die unter den dort registrierten Adressen gemeldeten jungen Menschen wurden anschließend postalisch kontaktiert und um Teilnahme gebeten. Im Fall von minderjährigen Zielpersonen wurden zunächst die Erziehungsberechtigten schriftlich gebeten, die Teilnahme ihres Kindes an der Befragung zu gestatten und zu ermöglichen.

Die Kontaktaufnahme erfolgte über ein personalisiertes Anschreiben. In diesem wurden die Teilnehmenden über die Studie und den Ablauf der Befragung aufgeklärt sowie über die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme informiert. Außerdem wurde ihnen auch ein gesondertes Datenschutzblatt mit weiteren relevanten Informationen übersandt.

JuMiD 2022 wurde als Online-Befragung (CAWI) konzipiert. Zugang zum Online-Fragebogen erhielten die Teilnehmenden über eine eigens dafür eingerichtete Website des Feldforschungsinstituts. Den Befragten wurde dafür ein individueller Benutzername und ein individuelles Passwort im Anschreiben mitgeteilt. Der standardisierte Online-Fragebogen wurde ausschließlich in deutscher Sprache gestaltet.

Das Auswahlverfahren zur Erreichung der Stichprobe junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren orientiert sich an dem Verfahren, das auch bei der bundesweit repräsentativen Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerungen ab 18 Jahren MiD 2021 (siehe Brettfeld et al. 2021 sowie Endtricht et al. 2022) und in gleicher Weise auch bei MiD 2022 (siehe Fischer et al. 2023) zum Einsatz kam. Insoweit wurde sichergestellt, dass die Daten der Erhebungen mit Blick auf die Methodik der Stichprobenziehung vergleichbar und von daher auch (zumindest teilweise) kombinierbar sind.

Bei JuMiD wurde aus Kostengründen allerdings auf die Erhebung von Oversamplings für Migrant:innen und Muslim:innen verzichtet. In den MiD-Studien sind diese Oversamplings erfolgt, um tieferegehende Analysen in Bezug auf definierte Teilpopulationen der Migrant:innen (verschiedene Herkunftsländer) und Muslim:innen (Herkunftsregionen) zu ermöglichen.

Für die älteren Gruppen über 40 Jahre ist bei Migrant:innen zum einen zu beachten, dass in diesem Alterssegment die Bevölkerungsanteile von Migrant:innen deutlich niedriger sind als in jüngeren Altersgruppen. Weiter ist in den höheren Altersgruppen nicht mit hohen Beteiligungsraten zu rechnen. Aufgrund dieser beiden Aspekte wurden im Rahmen von MiD Oversamplings für erforderlich erachtet. In der in JuMiD in den Blick genommenen jüngeren Altersgruppe sind jedoch bereits die Anteile von Migrant:innen in der Bevölkerung in Deutschland größer und es kann zudem von einer altersbedingt höheren Teilnahmebereitschaft ausgegangen werden. Gleichzeitig war die Analyse von Subgruppen innerhalb der Gruppe der Muslim:innen und Migrant:innen im Rahmen von JuMiD nicht in der gleichen Differenziertheit vorgesehen wie in MiD.

Aufgrund der hohen Affinität junger Menschen für internetbasierte Kommunikation wurde auch auf das Mixed-Mode-Design, wie es in MiD eingesetzt wird, verzichtet. Dort war neben der Online-Variante auch eine schriftlich-postalische Teilnahme an der Befragung möglich. JuMiD erfolgte ausschließlich onlinebasiert.

2.2 Rücklaufquote und Umfang der Analysestichprobe

Zieht man die als qualitätsneutral eingestuften adressbedingten Ausfälle ab, beläuft sich die Bruttozahl der um Teilnahme gebetenen jungen Menschen auf $n = 11\,334$. Für $n = 3\,590$ dieser jungen Menschen liegen verwertbare Fragebögen vor. Die Rücklaufquote der Befragung beläuft sich somit auf 31.7%, was im Vergleich zu thematisch ähnlich ausgerichteten Online-Befragungen als sehr gut zu bezeichnen ist und die Erwartungen im Rahmen der Planungen übertroffen hat.

Um die Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit der über diese Stichprobe ermittelten Befunde sicherzustellen, wurden die Daten einem mehrstufigen Gewichtungsprozess unterzogen. Zunächst wurden Design- und Nonresponsegewichtungen vorgenommen. Anschließend erfolgte eine Kalibrierung (Redressment), um Abweichungen der realisierten Stichprobe von den amtlichen Strukturdaten zu minimieren (für Details siehe Farren et al. 2022).

2.3 Soziodemografische Merkmale der Analysestichprobe

Von den $n = 3\,590$ erreichten jungen Menschen sind 52.0% Männer. Die Altersspanne reicht von 16 bis 21 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei $MW = 18.63$ Jahren ($SD = 1.77$).

In der Gruppe der 21-Jährigen sind auch $n = 129$ Befragte enthalten, die zum Zeitpunkt der Adressziehung zwar noch 21 Jahre, zum späteren Zeitpunkt der Befragung dann aber bereits 22 Jahre alt waren. Dieser Umstand ist auf die mehrmonatige zeitliche Differenz zwischen der Stichprobenziehung und der Erhebung zurückzuführen. Diese Differenzen werden indessen durch die Gewichtungen ausgeglichen.

Die Referenzwerte der Population der 16-21jährigen können damit in Bezug auf Alter und Geschlecht fast exakt repliziert werden (Tabelle 1).

Tabelle 1: Verteilung soziodemografischer Merkmale der gewichteten Analysestichprobe im Vergleich zu amtlichen Daten (Angaben in Prozent)

	Gesamtstichprobe (N=3 590)	Referenzwerte*
Geschlecht**		
weiblich	48.0	48.1
männlich	52.0	51.9
Alter***		
16	15.6	15.6
17	15.7	15.7
18	16.0	16.0
19	16.7	16.7
20	17.8	17.8
21	18.2	18.2
Mittelwert	18.6	18.6
Staatsangehörigkeit		
Deutsch	89.4	87.2
Nichtdeutsch	10.6	12.8

Anmerkungen:* Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung (16 bis 21 Jahre), Stand: 31.12.2020

** Da die amtlichen Referenzdaten keine Angaben zum Anteil von Personen mit diversem Geschlecht enthalten, wurden zur Bestimmung der Passung der Befragungsdaten mit den Referenzdaten nur Befragte berücksichtigt, die als Geschlecht männlich oder weiblich angegeben haben.

*** In der Gruppe der 21-Jährigen sind $n=129$ Personen enthalten, die 22 Jahre alt sind.

89.4% der Befragten verfügen über eine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Abweichungen im Vergleich zu den Referenzwerten des Statistischen Bundesamts erklären

sich damit, dass die Befragung in deutscher Sprache durchgeführt wurde. So konnten junge Menschen ohne deutsche Sprachkenntnisse sich nicht an der Befragung beteiligen, auch wenn sie grundsätzlich dazu bereit gewesen wären.

Das Bildungsniveau der Befragten wurde bei der Gewichtung nicht berücksichtigt, da ein substantieller Teil von ihnen (44.1%) zum Zeitpunkt der Erhebung noch die Schule besucht und (noch) keinen endgültigen Bildungsabschluss vorweisen kann. Die erhobenen Angaben zum angestrebten Bildungsabschluss sind wiederum nicht geeignet, um sie in einem solchen Gewichtungsverfahren zu verwenden.

71.5% geben an, über das Abitur oder einen äquivalenten Bildungsabschluss zu verfügen oder diesen anzustreben. Weitere 22.9% verfügen über die Mittlere Reife oder streben diese an. Lediglich 5.6% geben an, höchstens über einen Hauptschulabschluss zu verfügen oder diesen anzustreben.

Hinsichtlich der Verteilung nach Bundesland (Tabelle 2) ist festzustellen, dass diese den Verhältnissen in der Grundgesamtheit der 16- bis 21-Jährigen fast exakt entspricht. Lediglich für das Bundesland Sachsen ergibt sich eine kleine Abweichung in Höhe von 0.1 Prozentpunkten. Es ist allerdings zu beachten, dass die Fallzahlen für einige Länder, trotz der großen Stichprobe, recht klein sind und Schätzungen dort ungenau werden.

Tabelle 2: Verteilung der gewichteten Analysestichprobe nach Bundesländern und Gemeindegrößenklassen (Angaben in Prozent)

	Gesamtstichprobe (N=3 590) *	Referenz
Bundesland		
Schleswig-Holstein	3.6	3.6
Hamburg	2.1	2.1
Niedersachsen	10.2	10.2
Bremen	.9	.9
Nordrhein-Westfalen	22.5	22.5
Hessen	7.7	7.7
Rheinland-Pfalz/Saarland	6.1	6.1
Baden-Württemberg	14.2	14.2
Bayern	16.0	16.0
Berlin	3.9	3.9
Brandenburg	2.5	2.5
Mecklenburg-Vorpommern	1.7	1.7
Sachsen	4.2	4.3
Sachsen-Anhalt	2.2	2.2
Thüringen	2.2	2.2
Politische Gemeindegrößenklassen		
weniger als 50 000 Einw.	58.0	57.7
50 000 bis unter 100 000 Einw.	9.4	9.3
100 000 bis unter 500 000 Einw.	16.4	16.7
500 000 und mehr Einw.	16.3	16.4

Anmerkungen: Quelle der Referenzwerte für die Verteilung nach Bundesland: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung (16 bis 21 Jahre), Stand: 31.12.2020

Quelle der Referenzwerte für die Verteilung nach politischer Gemeindegrößenklasse: Schätzung des Feldforschungsinstituts Kantar auf Basis des Regionalreports zur Bevölkerungsfortschreibung.

*Gewichtete Daten

Die Verteilung der jungen Menschen nach Gemeindegrößenklassen weist ebenfalls eine gute Übereinstimmung mit den durch das Feldforschungsinstitut geschätzten

Verhältnissen in der Grundgesamtheit dieser Altersgruppe in Deutschland auf. Abweichungen liegen lediglich im Bereich zwischen 0.1 und 0.3 Prozentpunkten.

In der Summe ist die Qualität der gewichteten Stichprobe mit Blick auf deren Vergleichbarkeit und Passung mit der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung sehr gut, so dass verallgemeinerbare Schätzungen in Bezug auf die Wohnbevölkerung der jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland auf repräsentativer Primärdatenbasis auf dieser Grundlage möglich sind. Die im Weiteren dargestellten Ergebnisse der deskriptiven Analysen basieren insoweit alle auf gewichteten Daten.

3 Konfrontationen mit Intoleranz: Daten aus der Perspektive von Beobachter:innen und Betroffenen

Für ein Monitoring des Radikalisierungsgeschehens in Deutschland sind neben der Erhebung politisch-extremistischer Einstellungen der Befragten selbst auch solche Informationen wertvoll, die über eine Erfassung von Erfahrungen erlangt werden können, welche Menschen in ihrem Lebensalltag im Zusammenhang mit beobachtbaren oder individuell als direkt Betroffene erlebten Erscheinungsformen von Radikalisierung, politischem Extremismus oder Intoleranz machen. In den Blick genommen werden insoweit in JuMiD sowohl eigene Erfahrungen als Betroffene von Diskriminierung als auch Beobachtungen, die sich auf Haltungen, Erlebnisse oder Verhaltensweisen Dritter beziehen bzw. auf äußerlich erkennbare Anzeichen für Formen von Radikalisierung, Vorurteilen oder Intoleranz in der eigenen räumlichen Umgebung.

Für ein Trend-Monitoring, wie es im Falle von JuMiD geplant ist, ist eine solche Kombination der Erfassung von Einstellungen mit Daten zu Viktimisierungserlebnissen einerseits sowie entsprechenden Beobachtungen, also Daten aus der Perspektive von Zeug:innen andererseits, eine wichtige Form eines multimethodalen Zugangs, um das zentrale Element des Monitorings, die Verbreitung von gruppenbezogenen Vorurteilen, von Formen der Intoleranz und von politisch extremistischen Einstellungen bzw. deren Vorformen in unserer Gesellschaft durch Nutzung verschiedener Datenquellen mehrfach abzusichern.

Selbstverständlich ist zu berücksichtigen, dass Angaben zur Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit oder der Beobachtungen und Einstufung verschiedener Vorgänge als intolerant bzw. extremistisch einer subjektiven Interpretation der Befragten unterliegen. Hier stattfindende Wertungen sind allerdings in der Perspektive von Opfern einerseits, Beobachter:innen andererseits sowie in Bezug auf eigene Einstellungen zum Dritten, nicht mit gleichartigen Verzerrungen verbunden, so dass über die Kombination dieser Daten, d.h. über die parallele Verwendung unterschiedlicher Operationalisierungen und Messungen, eine Annäherung an ein stärker objektiviertes Gesamtbild erfolgen kann.

Wesentlich ist zudem, dass die Daten aus den Befragungen von JuMiD, wie auch aus den Befragungen von MiD und MiDInt, nicht isoliert stehen, sondern in den Gesamtkontext des MOTRA-Verbundes gestellt werden, in dem auch andere methodische Zugänge und weitere Datenquellen genutzt werden (z.B. Internetkommunikation, Pressemitteilungen, Kriminalstatistiken, Daten zu Protestgeschehnissen, Expert:innenbefragungen, Gerichtsakten).

In der vorliegenden Studie wurde abgefragt, ob die teilnehmenden jungen Menschen intolerante Handlungen miterlebt oder beobachtet haben - insbesondere mit Blick auf ausländergefeindliche und antisemitische Geschehnisse. Weiterhin wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, ihre persönlichen Viktimisierungserfahrungen in Form von gegen sie

selbst gerichteten Formen von Vorurteilen und Intoleranz oder Bekundungen von Hass zu berichten.

3.1 Beobachtungen von Intoleranz im eigenen Lebensumfeld

Zur Messung der Intoleranz im eigenen Lebensumfeld wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie oft sie in den letzten 12 Monaten auf die ethnische Herkunft bezogene rassistische Vorkommnisse oder Äußerungen und Formen der Bekundung von Antisemitismus in ihrem persönlichen Umfeld selbst beobachtet oder miterlebt haben. Die Antwortmöglichkeiten wurden den Befragten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „nie“ bis 4 = „oft“) präsentiert.

Die deskriptiven Daten (Tabelle 3) sprechen eine deutliche Sprache: Nur etwa ein Fünftel (21.9%) hat in den letzten 12 Monaten vor der Befragung gar nicht erlebt, dass andere Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden. Gut ein Drittel (35.9%) gab an, so etwas „selten“ in seinem persönlichen Umfeld erlebt zu haben. Ein weiteres Drittel (31%) äußerte, solche Geschehnisse „manchmal“ miterlebt zu haben, während 11.2% berichteten „oft“ miterlebt zu haben, wie Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen werden.

Das zur Abfrage antisemitischer Beobachtungen genutzte Item führt zu vergleichbaren Resultaten. Lediglich 29.1% der jungen Menschen gaben an, in den letzten 12 Monaten selbst keine antisemitischen Graffiti oder Parolen in ihrem persönlichen Umfeld gesehen zu haben. Ein gutes Drittel (34.4%) gab an, so etwas „selten“ beobachtet zu haben, ein Viertel (25.1%) erklärt so etwas „manchmal“ und 11.4%, antisemitische Graffiti oder Parolen „oft“ beobachtet zu haben.

Tabelle 3: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus im eigenen Lebensumfeld in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

<i>Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem persönlichen Umfeld selbst...</i>	nie	selten	manchmal	oft	MW	SD	N
erlebt, dass Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden?	21.9	35.9	31.0	11.2	2.31	0.94	3 583
antisemitische Graffiti oder Parolen gesehen?	29.1	34.4	25.1	11.4	2.19	0.98	3 580

Insgesamt gaben damit 88.3% der jungen Menschen an, in den letzten 12 Monaten mindestens „selten“ eine der beiden Erscheinungsformen von Vorurteilen oder Rassismus in ihrem persönlichen Lebensumfeld erlebt zu haben. Mindestens „manchmal“ wurden entsprechende Vorkommnisse von mehr als der Hälfte der Befragten (56.8%) miterlebt.

Für weitere Auswertungen wurde ein dichotomer Indikator gebildet, der die Rate derjenigen Befragten abbildet, die auf mindestens eine der zwei Fragen mit „manchmal“ oder „oft“ geantwortet haben.

Bivariate Analysen zeigen (Abbildung 1), dass Frauen (61.2%) solche Formen von Intoleranz und Vorurteilen deutlich häufiger beobachtet haben als Männer (52.5%) ($\chi^2 = 26.9$, $df = 1$, $p < .001$). Das Alter spielt für die Häufigkeit solcher Beobachtungen intoleranter Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld hingegen keine Rolle, signifikante Unterschiede zeigen sich weder hier noch zwischen den Bildungsniveaus.

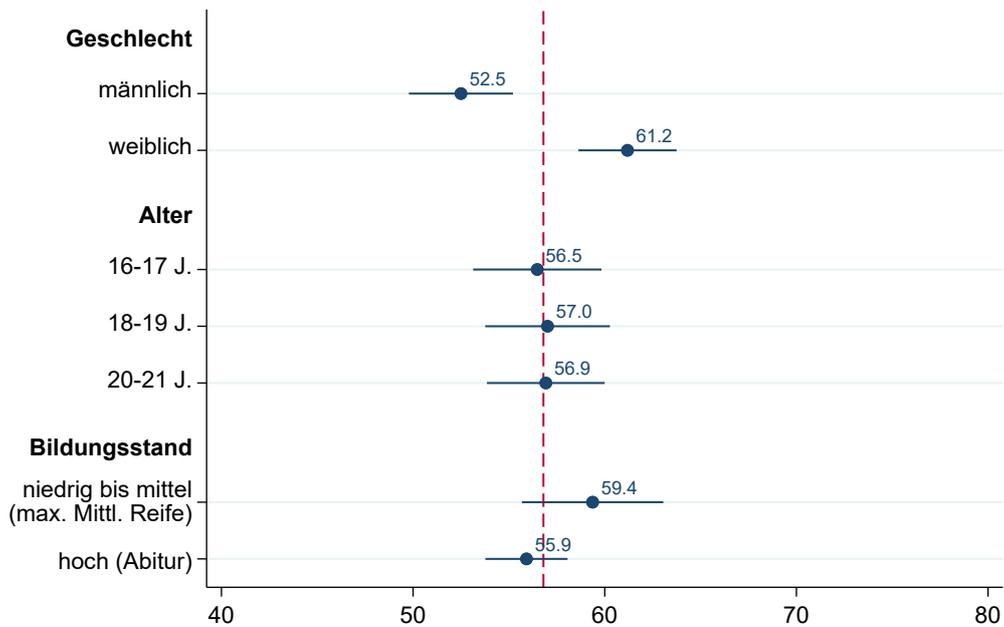


Abbildung 1: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus (mindestens „manchmal“) nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Prozent und 95% KI)

Zwar lässt sich weiter zeigen, dass die Raten solcher Beobachtungen bei jungen Menschen aus den östlichen Bundesländern mit 60.4% etwas höher ausfallen als im Westen (56.1%). Dieser Unterschied ist aber statistisch nicht signifikant (Abbildung 2) ($\chi^2 = 3.7$, $df = 1$, n.s.).

Hinsichtlich der Gemeindegrößen, in denen die jungen Menschen leben, zeigt sich allerdings, dass Befragte aus Kleinstädten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern (62.9%) und Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern (60.6%) überdurchschnittlich häufig intolerante Aktivitäten beobachtet haben ($\chi^2 = 12.4$, $df = 3$, $p < .01$).

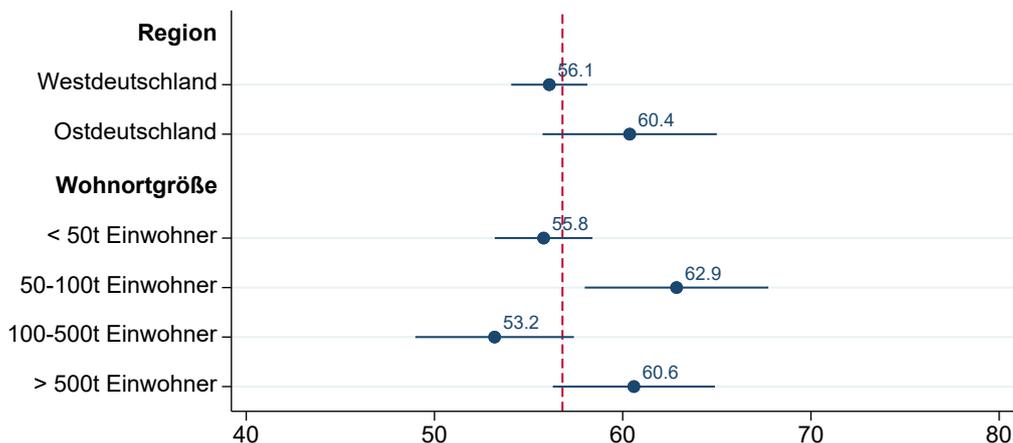


Abbildung 2: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus (mindestens „manchmal“) nach Region und Wohnortgröße (Prozent und 95% KI)

Deutliche Unterschiede sind auch in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund nachweisbar (Abbildung 3): Befragte ohne Migrationshintergrund berichten deutlich seltener über solche Beobachtungen von Intoleranz als junge Menschen mit Migrationshintergrund, wobei Migrant:innen der zweiten Generation hier mit 65.3% eine besonders hohe Rate aufweisen ($\chi^2 = 45.9$, $df = 2$, $p < .001$).

Weitere Differenzen zeigen sich bezüglich der Herkunftsregionen der Migrant:innen ($\chi^2 = 53.9$, $df = 6$, $p < .001$). Befragte aus der Region Türkei/Balkan berichten besonders häufig von der Wahrnehmung intoleranter Aktivitäten. Auch Migrant:innen aus dem Nahen Osten (66.9%), Osteuropa (63.6%), Asien/Afrika (62.6%) sowie sonstigen europäischen Ländern (62.4%) weisen signifikant erhöhte Raten im Vergleich zu Menschen aus Deutschland ohne Migrationshintergrund oder Migrant:innen aus anderen Regionen auf.

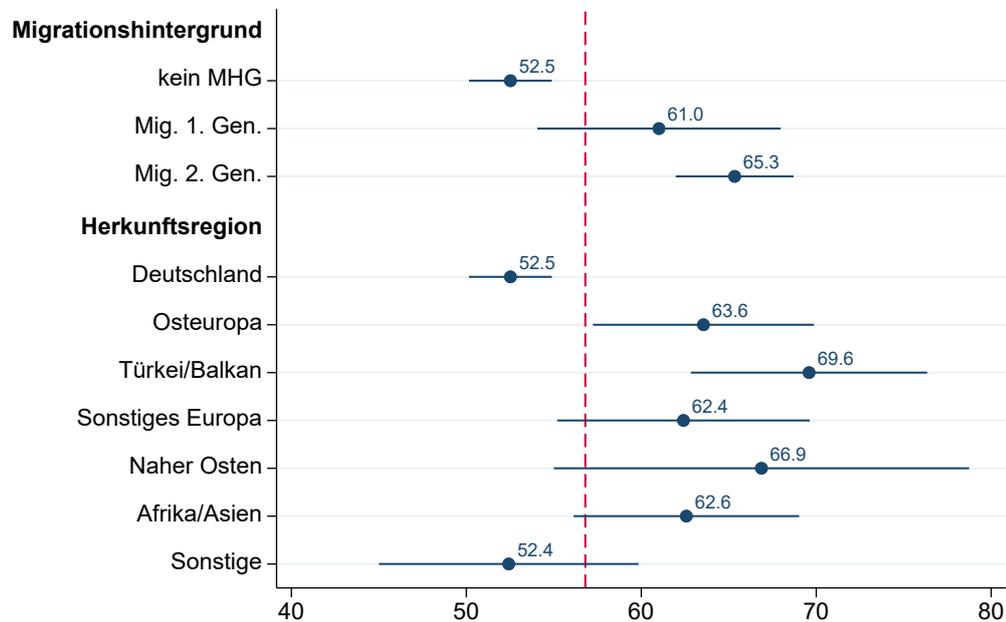


Abbildung 3: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus (mindestens „manchmal“) nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

Auch in Bezug auf die politische Selbstverortung im klassischen Links-Mitte-Rechts-Schema (Abbildung 4), zeigen sich deutliche Differenzen ($\chi^2 = 39.9$, $df = 4$, $p < .001$).

So berichten Befragte, die sich selbst politisch links (69.4%) verorten, deutlich häufiger von intoleranten Aktivitäten als die Vergleichsgruppen. Unterdurchschnittliche Raten der Beobachtung intoleranter Aktivitäten werden hingegen von Befragten aus dem Bereich der politischen Mitte (53.9%) und dem Bereich Mitte-Rechts (51.0%) berichtet.

Diese recht klaren Unterschiede in Abhängigkeit von der politischen Orientierung der Befragten bestätigen sich auch bei einem Blick auf die Parteipräferenzen, die über die sogenannte Sonntagsfrage erfasst wurden ($\chi^2 = 37.7$, $df = 7$, $p < .001$). So berichten junge Sympathisant:innen von Die Linke (71.3%) deutlich häufiger von intoleranten Aktivitäten als Befragte, die andere Parteien präferieren. Am seltensten berichten junge AfD-Sympathisant:innen von intoleranten Aktivitäten, wobei dieser Befund aufgrund des für diese Gruppe geringen Stichprobenumfangs ungenau sind und ein recht großes Konfidenzintervall aufweisen, weshalb Verallgemeinerungen hier nicht möglich sind.

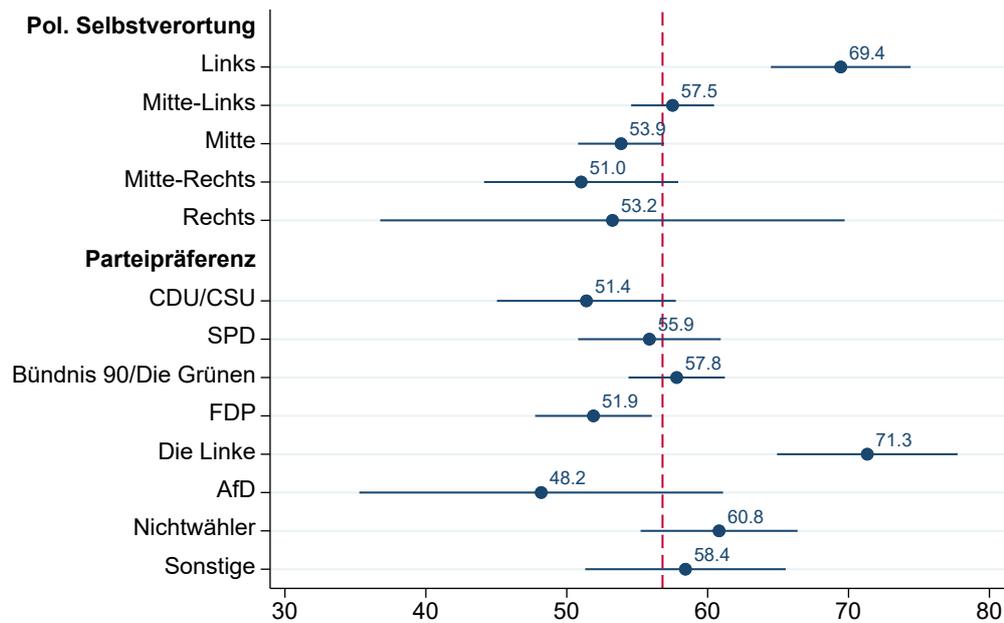


Abbildung 4: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus (mindestens „manchmal“) nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Eine Analyse für die 16 Bundesländer (Abbildung 5) ergibt kein ganz eindeutiges Bild. Mit deutlichem Abstand am häufigsten berichteten junge Menschen aus Thüringen (76%) über die Beobachtungen von Intoleranz. Es folgen Hessen (64%), Mecklenburg-Vorpommern (61%) und Berlin (60%). Am niedrigsten ist die Rate in Baden-Württemberg (51%). Für alle weiteren Bundesländer liegt die Prävalenz der Beobachtung von Intoleranz oder Rassismus zwischen 54% (Schleswig-Holstein) und 59% (Nordrhein-Westfalen).

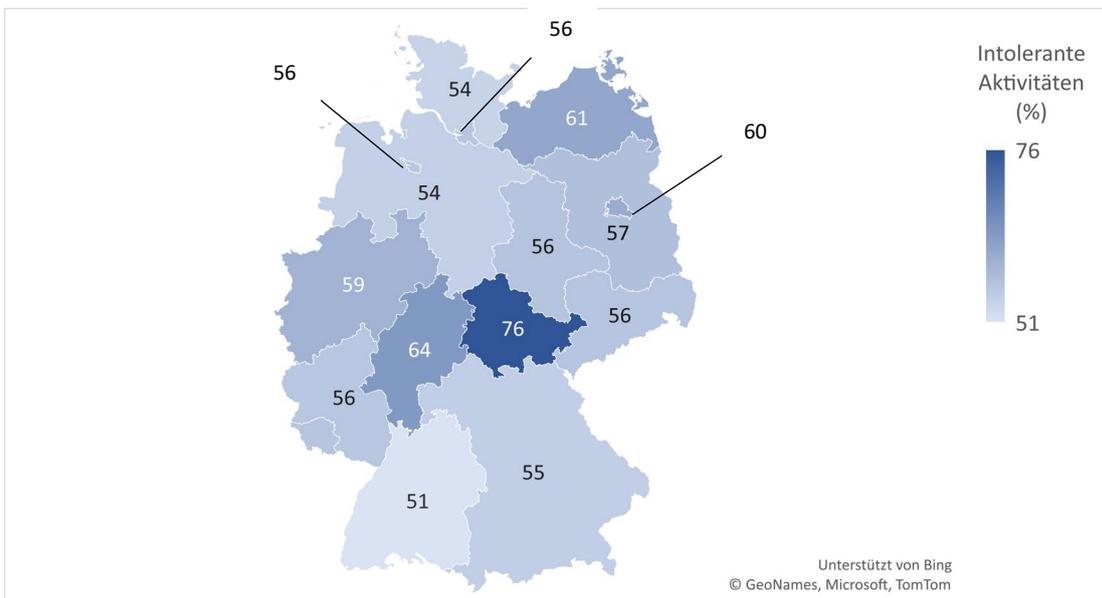


Abbildung 5: Beobachtungen von Intoleranz und Rassismus (mindestens „manchmal“) nach Bundesländern (Angaben in Prozent, gerundet)⁵

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass das Erleben intoleranter Aktivitäten offenkundig zum Lebensalltag der Mehrheit der jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren in

⁵ Aufgrund der sonst zu geringen Fallzahlen wurden Rheinland-Pfalz und das Saarland in dieser und allen folgenden Auswertungen der Bundesländer zusammengelegt.

Deutschland gehört. In allen Bundesländern berichtet jeweils mindestens die Hälfte der dort lebenden Befragten rassistische und/oder antisemitische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten in ihrem persönlichen Umfeld miterlebt zu haben. Dies zeigt zum einen eine hohe Sensitivität junger Menschen gegenüber Intoleranz und Rassismus, belegt aber auch, dass entsprechende Phänomene in deren Umfeld eine recht hohe Verbreitung haben.

3.2 Persönliche Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung

Neben der Beobachtung intoleranter Aktivitäten wurden die jungen Menschen auch zu ihren eigenen Erfahrungen als Betroffene von Intoleranz und Ausgrenzungserlebnissen sowie Vorurteilen befragt. Diesbezüglich wurden sie gebeten anzugeben, wie oft es in den letzten 12 Monaten vorgekommen ist, dass sie sich selbst aus bestimmten Gründen diskriminiert gefühlt haben. Die Befragten hatten die Möglichkeit, eigene Viktimisierungserfahrungen durch Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität/Ethnie, ihrer Religion, ihres Geschlechts sowie ihrer sexuellen Orientierung anzugeben (Tabelle 4). Wie schon bei der Erfassung der Beobachtungen intoleranter Aktivitäten stand ihnen dafür eine 4-stufigen Likert-Skala (1 = „nie“ bis 4 = „oft“) zur Verfügung.

Tabelle 4: Persönliche Diskriminierungserfahrungen in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

Anlass der Diskriminierung	nie	selten	manchmal	oft	MW	SD	N
Hautfarbe	88.5	7.0	3.1	1.4	1.17	.54	3 586
Nationalität/ethnische Herkunft	68.4	17.1	10.4	4.1	1.50	.84	3 585
Religion	80.8	10.6	5.3	3.3	1.31	.72	3 581
Geschlecht	59.0	17.9	16.1	7.0	1.71	.97	3 587
Sexuelle Orientierung	85.4	7.5	4.8	2.2	1.24	.64	3 582

11.5% der Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Aufgrund ihrer Nationalität oder Ethnie waren es sogar 31.6% der Befragten, die eine solch negative Erfahrung gemacht haben. Ferner wurden 19.2% der jungen Menschen wegen ihrer Religion diskriminiert. Fast die Hälfte der Befragten (41.0%) gaben zudem an, in den letzten 12 Monaten aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert worden zu sein. Weitere 14.5% machten zudem Erfahrungen als Adressat:innen von Intoleranz aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.

Für weiterführende bivariate Analysen wurden dichotome Indikatoren der einzelnen Diskriminierungsgründe gebildet. Für persönliche Viktimisierungserfahrungen durch Diskriminierung unterscheiden diese zwischen jungen Menschen, die angegeben haben nicht diskriminiert worden zu sein einerseits und jungen Menschen, die angaben, in den letzten 12 Monaten mindestens „selten“ aus dem jeweiligen Grund diskriminiert worden zu sein andererseits.

Vergleiche zwischen männlichen und weiblichen Befragten (Abbildung 6) zeigen weder für Hautfarbe noch Nationalität/Ethnie signifikante Unterschiede. Allerdings werden junge Frauen (62.9%) gut dreimal häufiger wegen ihres Geschlechts diskriminiert als junge Männer (19.5%) ($\chi^2 = 687.1$, $df = 1$, $p < .001$). Weiterhin gaben junge Frauen signifikant häufiger an, wegen ihrer Religion diskriminiert worden ($\chi^2 = 19.5$, $df = 1$, $p < .001$). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Bereich der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung; auch hier waren junge Frauen (17.8%) deutlich häufiger betroffen als junge Männer (9.7%) ($\chi^2 = 49.1$, $df = 1$, $p < .001$).

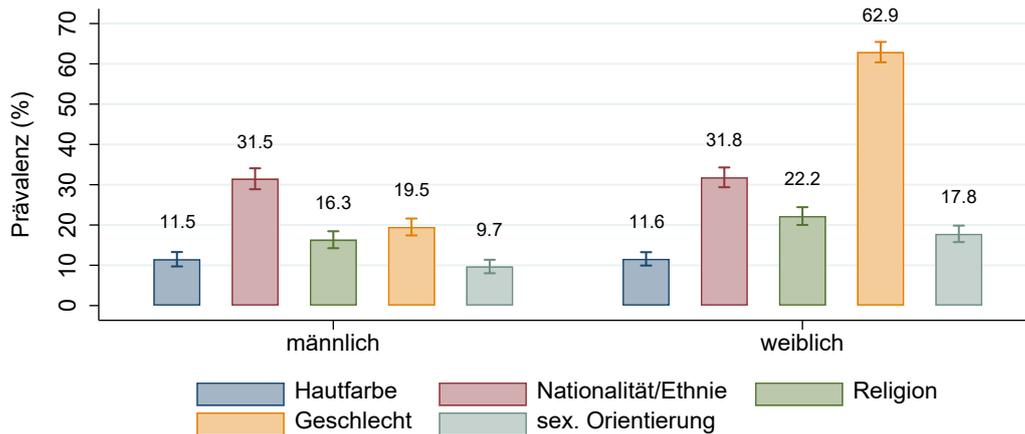


Abbildung 6: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Grund der Diskriminierung und Geschlecht (Prozent und 95% KI)

Zwischen den Altersjahrgängen (Abbildung 7) zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Hautfarbe oder des Geschlechts. Von Diskriminierungen wegen ihrer Nationalität/Ethnie berichten die 18- bis 19-Jährigen (34.3%) allerdings etwas häufiger als die anderen Vergleichsgruppen ($\chi^2 = 6.1$, $df = 2$, $p < .05$). Zudem berichten 20- bis 21-Jährige (17.2%) etwas seltener als andere junge Menschen von Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Religion ($\chi^2 = 6.2$, $df = 2$, $p < .05$).

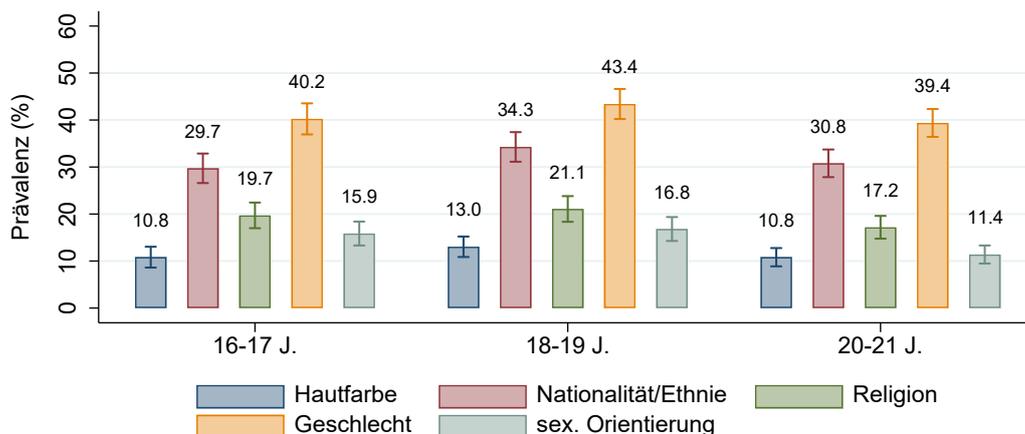


Abbildung 7: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Alter (Prozent und 95% KI)

Deutlicher fallen hingegen die Differenzen in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen wegen der eigenen sexuellen Orientierung aus ($\chi^2 = 16.7$, $df = 2$, $p < .001$). Die 20- bis 21-Jährigen (11.4%) fühlten sich hier signifikant seltener diskriminiert als die jüngeren Befragten. Insgesamt ist die Betroffenheit durch Diskriminierung in den verschiedenen Altersgruppen aber auch hier recht ähnlich.

Vergleicht man die Regionen (Abbildung 8), in denen die jungen Menschen leben, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede für die Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe oder des Geschlechts. Junge Menschen in Ostdeutschland (17.5%) fühlen sich allerdings etwas häufiger wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert als in Westdeutschland (14.0%) ($\chi^2 = 5.1$, $df = 1$, $p < .05$).

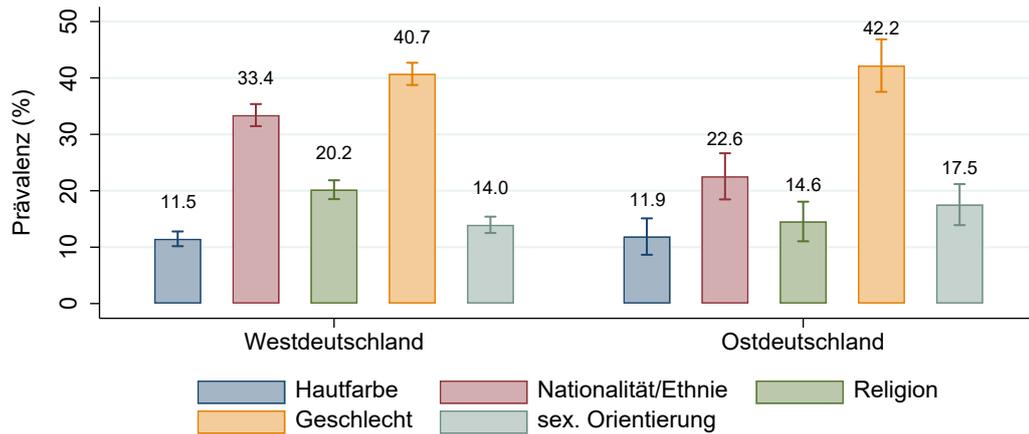


Abbildung 8: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Region (Prozent und 95% KI)

In Bezug auf Ethnie/Nationalität ($\chi^2 = 27.2$, $df = 1$, $p < .001$) sowie Religion ($\chi^2 = 10.2$, $df = 1$, $p < .01$) berichten hingegen junge Menschen aus Westdeutschland (33.4% und 20.2%) deutlich häufiger von Diskriminierungserfahrungen als junge Ostdeutsche (22.6% und 14.6%). Diese Befunde sind allerdings darauf zurückzuführen, dass in dieser Stichprobe diejenigen, die häufig Adressat:innen dieser Formen von Diskriminierung sind - junge Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim:innen - vorwiegend in Westdeutschland leben.

Die Größe des Wohnortes der Befragten (Abbildung 9) spielt für Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung der jungen Menschen keine Rolle. In Bezug auf die Hautfarbe zeigt sich, dass junge Menschen in Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern (20.3%) überdurchschnittlich häufig eine entsprechende Diskriminierungserfahrung berichten, während junge Menschen aus Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern (8.7%) diese Erfahrung deutlich angeben ($\chi^2 = 63.4$, $df = 3$, $p < .001$). Allerdings ist auch hier zu beachten, dass Migrant:innen vorwiegend in Städten leben und Menschen mit nicht weißer Hautfarbe dort einen größeren Anteil der Bevölkerung ausmachen. Insgesamt ergeben sich in Städten folglich mehr Möglichkeiten für diskriminierende Interaktionen.

Mit Blick auf Diskriminierungserfahrungen junger Menschen aufgrund ihrer Nationalität/Ethnie wiederholt sich dieses Bild ($\chi^2 = 72.0$, $df = 3$, $p < .001$): Bewohner von Großstädten (43.6%) sind am häufigsten betroffen, während junge Menschen aus kleinen Orten (26.7%) seltener von entsprechenden Erfahrungen berichten. Auch die Analyse der Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Religion bestätigt dieses Muster ($\chi^2 = 20.1$, $df = 3$, $p < .001$). Die Rate der Diskriminierungserfahrungen junger Menschen reicht hier von 17.2% (weniger als 50 000 Einw.) bis zu 25.5% (mehr als 500 000 Einw.).

In Bezug auf Diskriminierungen im Zusammenhang mit dem Geschlecht finden sich hingegen leichte Differenzen ($\chi^2 = 9.4$, $df = 3$, $p < .05$). Auch fällt die Rate bei Befragten aus Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern (39.4%) unterdurchschnittlich aus, während Personen aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern mit 46.2% deutlich häufiger angeben, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert worden zu sein. Junge Menschen aus Kleinstädten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern weisen mit 43.1% etwas höhere Raten im Vergleich zu denen, die in Städten mit mehr als 100 000 und bis zu 500 000 Einwohnern leben mit 40%.

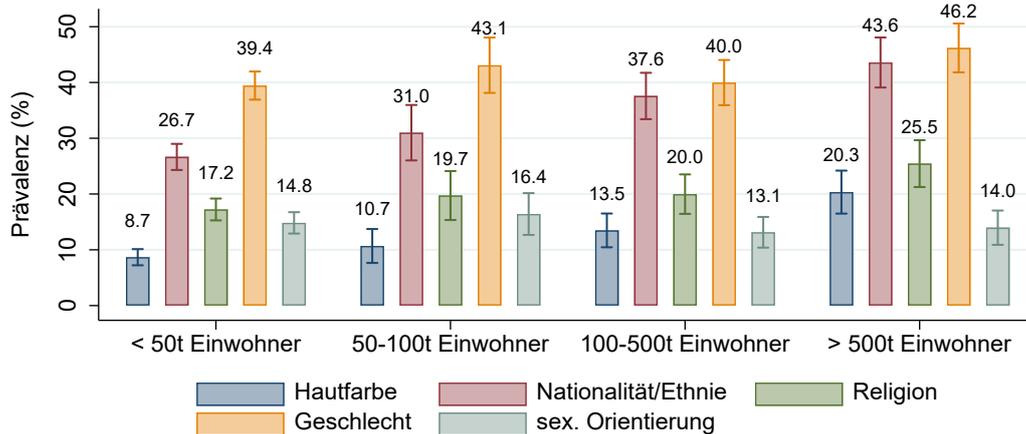


Abbildung 9: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Wohnortgröße (Prozent und 95% KI)

Mit Blick auf den Migrationshintergrund (Abbildung 10) ergeben sich keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen wegen sexueller Orientierung.

Wie zu erwarten, zeigen sich allerdings ganz deutliche Differenzen in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Hautfarbe der Befragten ($\chi^2 = 213.4$, $df = 2$, $p < .001$). Junge Menschen ohne Migrationshintergrund (5.7%) weisen hier mit Abstand die niedrigste Prävalenz auf. Migrant:innen der zweiten Generation (17.7%) machen entsprechende Erfahrungen bereits deutlich häufiger, und junge Migrant:innen der ersten Generation (28.4%) werden mit dieser Form der Intoleranz noch häufiger konfrontiert.

Ein ähnliches Muster findet sich auch mit Blick auf die Nationalität/Ethnie der jungen Menschen ($\chi^2 = 790.0$, $df = 2$, $p < .001$). Migrant:innen der ersten (68.0%) und zweiten Generation (56.0%) berichten zu mehr als der Hälfte über entsprechende Erlebnisse.

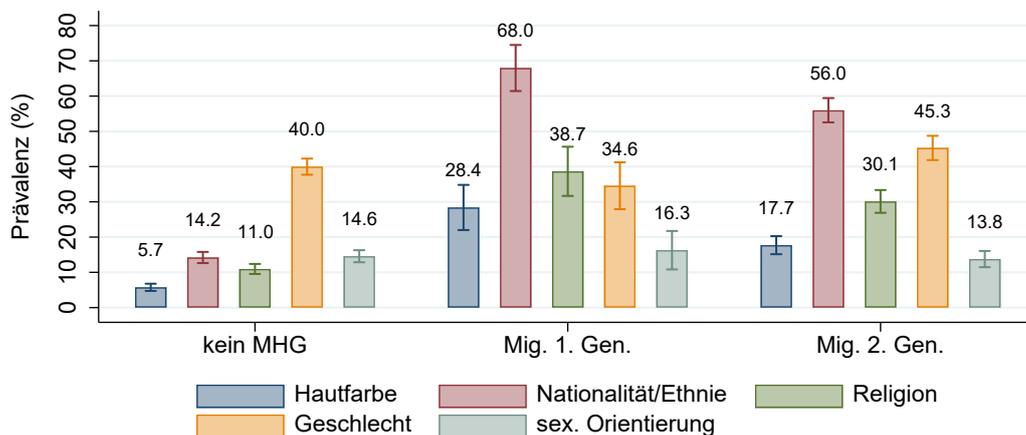


Abbildung 10: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Gleiches gilt auch für Diskriminierungserfahrungen wegen der Religionszugehörigkeit ($\chi^2 = 285.4$, $df = 2$, $p < .001$). Auch hier berichten Migrant:innen der ersten (38.7%) und zweiten Generation (30.1%) deutlich häufiger entsprechend negative Erfahrungen als junge Menschen ohne Migrationshintergrund (11.0%).

Ein etwas anderes Bild findet sich hingegen in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen wegen des Geschlechts ($\chi^2 = 14.8$, $df = 3$, $p < .01$). Hier berichten Migrant:innen der zweiten Generation (45.3%) am häufigsten von negativen Erfahrungen, während

Migrant:innen der ersten Generation (38.7%) in diesem Bereich eine unterdurchschnittliche Prävalenzrate aufweisen.

Für Diskriminierungserfahrungen in Abhängigkeit von der Religionszugehörigkeit sind die Daten eindeutig: Junge Muslim:innen (34.1%) berichten erheblich häufiger von Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Hautfarbe ($\chi^2 = 214.6$, $df = 2$, $p < .001$), während junge Christ:innen (7.7%) diesbezüglich eine unterdurchschnittliche Rate aufweisen.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen wegen der Ethnie/Nationalität ($\chi^2 = 406.4$, $df = 2$, $p < .001$). Gut drei Viertel der jungen Muslim:innen (77.3%) berichten von solchen Diskriminierungen, während das bei Personen, die sich dem Christentum (25.4%) oder keiner Religion (24.6%) zugehörig fühlen, ganz erheblich seltener der Fall ist.

In Bezug auf Diskriminierungen wegen der eigenen Religion sticht gleichfalls die Häufigkeit entsprechender Erfahrungen bei jungen Muslim:innen (70.5%) hervor ($\chi^2 = 734.5$, $df = 2$, $p < .001$). Junge Christ:innen (15.8%) und junge Menschen ohne Religionszugehörigkeit (7.2%) erleben so etwas ganz deutlich seltener.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich im Hinblick auf geschlechtsbezogene Diskriminierungserfahrungen ($\chi^2 = 15.9$, $df = 2$, $p < .001$); davon berichten junge Menschen ohne Religionszugehörigkeit (44.9%) eindeutig am häufigsten, während junge Muslim:innen (33.5%) sich davon am seltensten betroffen fühlen.

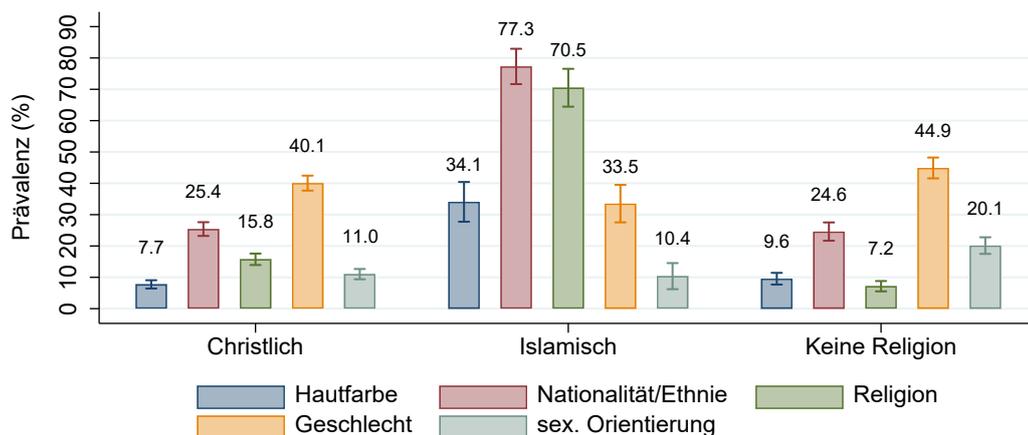


Abbildung 11: Viktimisierung durch Diskriminierung in den letzten 12 Monaten nach Diskriminierungsgrund und Religionszugehörigkeit (Prozent und 95% KI)

Dieses Muster findet sich auch mit Blick auf Diskriminierungen wegen der eigenen sexuellen Orientierungen ($\chi^2 = 53.5$, $df = 2$, $p < .001$). Junge Christ:innen (11.0%) und Muslim:innen (10.4%) fühlen sich diesbezüglich nur etwa halb so häufig diskriminiert wie junge Menschen ohne Religionszugehörigkeit (20.1%).

Insgesamt dokumentieren die vorliegenden Befunde, dass vor allem junge Migranten in Deutschland zu einem ganz erheblichen Anteil mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert werden. Ganz besonders belastet sind dabei junge Menschen, die sich dem Islam zugehörig fühlen. Hier findet sich eine enorm hohe Rate an Personen, die sich wegen ihrer Religion, Nationalität oder Hautfarbe in den letzten 12 Monaten Diskriminierungen und Vorurteilen gesetzt sahen. Dies korrespondiert mit Erkenntnissen, die im Rahmen der Befragung MiD 2021 (vgl. dazu Wetzels et al. 2022a) gefunden wurden. Es ist auch im Einklang mit Erkenntnissen der Studie MiDInt zum Thema Muslimfeindlichkeit (vgl. Wetzels et al. 2023c).

4 Ablehnende Einstellung zur Demokratie: Die Verbreitung von Demokratiedistanz bei jungen Menschen

Die Erfassung politisch-extremistischer Einstellungen im Rahmen des Monitorings durch MOTRA erfolgt u.a. auch phänomen- und ideologieübergreifend, orientiert an einer normativen Definition, in deren Mittelpunkt Haltungen stehen, deren Gemeinsamkeit in der Ablehnung zentraler Elemente einer freiheitlichen, rechtstaatlichen Demokratie stehen, unabhängig von den damit verbundenen ideologischen Begründungen bzw. Legitimationsversuchen (vgl. Brettfeld et al. 2021a, 2021b, 2023a; Beelmann 2019).

Ziel ist es, deren Verbreitung und Verteilung bei jungen Menschen auf Basis von Primärdaten, d.h. unabhängig von Registrierungen durch staatliche Stellen oder über dazu vorliegende Statistiken zu bestimmen, wie sie etwa das Bundeskriminalamt im Rahmen der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität alljährlich mitteilt (PMK) (vgl. z.B. BMI & BKA 2023) oder wie sie durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Landesämter für Verfassungsschutz regelmäßig im Rahmen von Verfassungsschutzberichten dokumentiert werden (vgl. z.B. BMI 2023).

Zentrale normative Anknüpfungspunkte für eine solche phänomenübergreifende Operationalisierung und Messung politisch-extremistischer Einstellungen finden sich u.a. in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Ablehnung des NPD-Verbots aus dem Jahr 2017. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Urteil die entscheidenden Elemente und Prinzipien benannt, die für den freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat im Sinne des Grundgesetzes unverzichtbar sind. Als solche werden fundamentale Gleichheitsrechte, zentrale Freiheitsrechte sowie Essentialia der Verfasstheit des demokratischen Rechtsstaats im Sinne des Systems wechselseitiger Kontrollen im Rahmen einer parlamentarischen Konstitution benannt.

Als politisch-extremistisch - bzw. in Abhängigkeit von deren Ausprägung auch als extremismusaffin - werden daran anknüpfend solche Einstellungen eingeordnet, die „den demokratischen Verfassungsstaat und seine elementaren Grund- und Freiheitsrechte sowie staatliche Ordnungsprinzipien [...] ablehnen“ (Fischer et al. 2022, S. 176). Derartige Haltungen werden von uns als demokratiedistante Einstellungen bezeichnet. Sie können in verschiedene ideologische Überzeugungen und Legitimationskonzeptionen eingegliedert sein. Sie stellen, unabhängig von ihrer jeweiligen ideologischen Rahmung oder Legitimation, ein übergreifendes Kernelement politisch-extremistischer - bzw. in abgemilderter Form auch extremismusaffiner - Einstellungen dar. Es finden sich dabei unterschiedliche Facetten der Art und Intensität der Ablehnung, die politisch extremismusaffin eingestellte Personen mit Blick auf einzelne Grundprinzipien des freiheitlich demokratischen Verfassungsstaats artikulieren (vgl. Mannewitz 2018; s.a. Brettfeld et al. 2023a).

Auf Basis einer solchen Konzeption demokratiedistanter Einstellungen können, in Kombination mit anderen Messinstrumenten, auch ideologisch spezifizierte Phänomene wie etwa Rechtsextremismus und Islamismus, weiter ausdifferenziert und genauer analysiert werden. Ferner lassen sich auch politische Extremismen beschreiben, die nicht eindeutig an solche Ideologien gekoppelt sind (vgl. Arzheimer 2019).

Gewaltbereitschaft bzw. -akzeptanz werden dabei nicht als ein notwendiges Element des politischen Extremismus verstanden, sondern als ein davon zunächst analytisch zu trennendes und insofern gesondert zu betrachtendes Phänomen. Gewaltbereite oder -akzeptierende Einstellungen können begleitend zu politisch extremistischen Einstellungen auftreten. Sie sind aber nicht Element der Definition demokratiedistanter oder phänomen-

spezifisch bestimmter extremistischer Einstellungen (vgl. Beelmann 2019; Brettfeld et al. 2021a; Fischer et al. 2022).

Insoweit ist durchaus eine demokratiedistante Einstellung möglich bei Personen, die ihrerseits Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ablehnen. Sofern beides kombiniert auftreten sollte, handelt es sich um Konstellationen, die mit Blick auf Prävention und Intervention allerdings eine besondere Brisanz aufweisen und insofern seitens der Prävention erhöhte Aufmerksamkeit verlangen.

4.1 Die Skala zur Messung demokratiedistanter Einstellungen

Das Monitoring in JuMiD greift zur Messung demokratiedistanter Einstellungen auf eine Skala zurück, die aus zwölf Items besteht. Diese erfassen (1) die Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, (2) die Ablehnung fundamentaler Gleichheitsrechte sowie (3) die Ablehnung zentraler Elemente der konstitutionellen Verfasstheit des Staates (vgl. Brettfeld et al. 2021b; Farren et al. 2022). Jede dieser drei Dimensionen der Demokratiedistanz wird anhand von je vier Items operationalisiert. Diese können auf einer 4-stufigen Likert-Skala von „1 = stimme gar nicht zu“ bis „4 = stimme völlig zu“ beantwortet werden.

Inhaltlich umfasst die Subskala „Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte“ Aussagen zur Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Die Subskala „Ablehnung konstitutioneller Verfasstheit“ thematisiert das Recht auf Opposition, regelmäßige Wahlen, die Gewaltenteilung sowie die parlamentarische Kontrolle der Regierung. Die Subskala „Ablehnung von Gleichheitsrechten“ beinhaltet Aussagen zur Geschlechtergleichheit sowie zu Benachteiligungen aufgrund der Hautfarbe, Nationalität oder Religion.

Die Betrachtung der Ausprägung der einzelnen Dimensionen der Demokratiedistanz lässt ein differenziertes Bild der Einstellungen junger Menschen in dieser Hinsicht erkennen (Tabelle 5).

Demokratische Freiheitsrechte erfahren nur wenig Ablehnung. Die höchste Zustimmungsrates erfährt die Meinungsfreiheit, die von 95.5% der Befragten befürwortet wird - aber auch die Versammlungsfreiheit (89.5%), die Koalitionsfreiheit (88.8%) und die Pressefreiheit (91.7%) werden von der weit überwiegenden Mehrheit der jungen Menschen befürwortet.

Auch die Prinzipien der konstitutionellen Verfasstheit demokratischer Staatsorganisation werden gleichfalls von einer deutlichen Mehrheit akzeptiert. Allerdings erfahren das Recht auf Opposition (79.5%), die Notwendigkeit regelmäßiger Wahlen (80.8%) und die parlamentarische Kontrolle (78.4%) erkennbar weniger Zustimmung als die demokratischen Freiheitsrechte. Einzig die Gewaltenteilung, hier operationalisiert über die Kontrolle des Exekutive durch die Justiz, schneidet in dieser Hinsicht etwas besser ab (84.2%), die Zustimmung liegt aber auch hier deutlich unter dem, was für Freiheits- oder Gleichheitsrechte erkennbar ist.

In Bezug auf Gleichheitsrechte zeigen die jungen Menschen wiederum deutlich höhere Zustimmungsrates. So werden Benachteiligungen aufgrund rassistischer (3.9%) oder geschlechtsbezogener, sexistischer (4.1%) Beweggründe nur von einer kleinen Minderheiten akzeptiert. Ebenso wird auch die Religionsfreiheit nur von 5.8% der jungen Menschen abgelehnt. Benachteiligungen aufgrund des Ausländerstatus (10.7%) erfahren eine etwas höhere Zustimmungsrates.

Tabelle 5: Skala zur Erfassung demokratiedistanter Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Ablehnung demokratischer Freiheiten							
Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. <i>(inv)</i>	1.4	9.1	36.5	53.0	3.41	0.71	3 584
Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden.	51.9	36.9	9.2	2.0	1.61	0.74	3 584
Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. <i>(inv)</i>	1.3	6.9	26.3	65.4	3.56	0.68	3 572
Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. <i>(inv)</i>	0.7	3.8	24.0	71.5	3.66	0.59	3 580
Ablehnung konstitutioneller Verfasstheit							
Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen.	39.1	40.4	14.8	5.6	1.87	0.86	3 540
Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten.	51.4	29.4	13.5	5.7	1.74	0.90	3 584
Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden.	41.7	42.5	12.9	2.8	1.77	0.78	3 556
Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.	27.5	51.9	19.0	1.6	1.95	0.73	3 522
Ablehnung von Gleichheitsrechten							
Menschen sollten nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. <i>(inv)</i>	2.8	1.0	4.0	92.1	3.85	0.56	3 584
Frauen und Männer sollten für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. <i>(inv)</i>	1.0	3.1	8.6	87.3	3.82	0.52	3 583
Ausländer sollten bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. <i>(inv)</i>	3.1	7.6	19.8	69.5	3.56	0.76	3 579
Muslimen sollten ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. <i>(inv)</i>	1.6	4.2	16.8	77.4	3.70	0.63	3 579
Gesamtskala Demokratiedistanz					1.53	0.36	3 590

Anmerkung: *(inv)* = Das Item wird für die Skalenbildung invertiert

Die dreidimensionale Struktur der Demokratiedistanz konnte anhand einer konfirmatorischen Faktoranalyse bestätigt werden.⁶ Zur Bildung von Mittelwertskalen wurden zunächst alle Items so kodiert, dass hohe Werte eine hohe Demokratiedistanz indizieren.

Die Reliabilität einer über alle 12 Items gebildeten Mittelwertskala (MW = 1.53, SD = .36) erweist sich als befriedigend ($\omega = .73$). Die Reliabilität der aus den jeweils zugehörigen vier Items gebildeten Subskalen *Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte* ($\omega = .63$; MW = 1.50, SD = .47), *Ablehnung von demokratischen Grundsätzen der konstitutionellen Verfasstheit* ($\omega = .64$; MW = 1.83, SD = .57) und *Ablehnung von Gleichheitsrechten* ($\omega = .60$; MW = 1.27, SD = .42) ist für separate Analysen noch ausreichend.

⁶ Modellfit der konfirmatorischen Faktoranalyse mit kategorialen Indikatoren (berechnet mit Mplus 7): $\chi^2 = 450.2$, $df = 51$, $p < .001$; CFI = .941; TLI = .923; RMSEA = .047 (90% KI: .043; .051).

4.2 Zur Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen

Die Analyse der Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen bei jungen Menschen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen erfolgt zunächst anhand der oben beschriebenen kontinuierlichen Gesamtskala.

Anschließend erfolgen Schätzungen der Prävalenzraten demokratiedistant eingestellter junger Menschen. Befragte werden dazu auf Basis eines kategorialen Indikators dann als demokratiedistant eingestuft, wenn sie nach ihren Angaben die Prinzipien der Demokratie in mindestens einer der drei Dimensionen überwiegend ablehnen.

Für die Bildung dieses kategorialen Indikators wurde eine dichotome Variable gebildet. Die drei kontinuierlichen Subskalen der Dimensionen der Demokratiedistanz wurden dabei jeweils am absoluten Skalenmittelpunkt (>2.5) dichotomisiert. Hierfür wurden nur Fälle berücksichtigt, die auf mindestens drei der vier Items pro Dimension gültige Werte aufweisen. Junge Menschen, die auf mindestens einer der drei Subskalen im Durchschnitt Werte über 2.5 aufweisen, wurden als demokratiedistant eingestuft. Bei ihnen findet sich eine überwiegende Ablehnung der Demokratie in mindestens einer der drei Dimensionen der Demokratiedistanz.

4.2.1 Mittelwerte demokratiedistanter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Mit Blick auf das Geschlecht der jungen Menschen (Abbildung 12) finden sich keine signifikanten Unterschiede des Ausmaßes demokratiedistanter Einstellungen zwischen Frauen (MW = 1.52, SD = .32) und Männern (MW = 1.54, SD = .39). Für die Altersgruppen lassen sich allerdings Differenzen erkennen ($t_{Welch} = 10.8$, $df = 2;2366.3$, $p < .001$): Das Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen ist unter 16- bis 17-Jährigen (MW = 1.57, SD = .37) signifikant höher als bei 18- bis 19-Jährigen (MW = 1.52, SD = .35) und 20- bis 21-Jährigen (MW = 1.51, SD = .35).

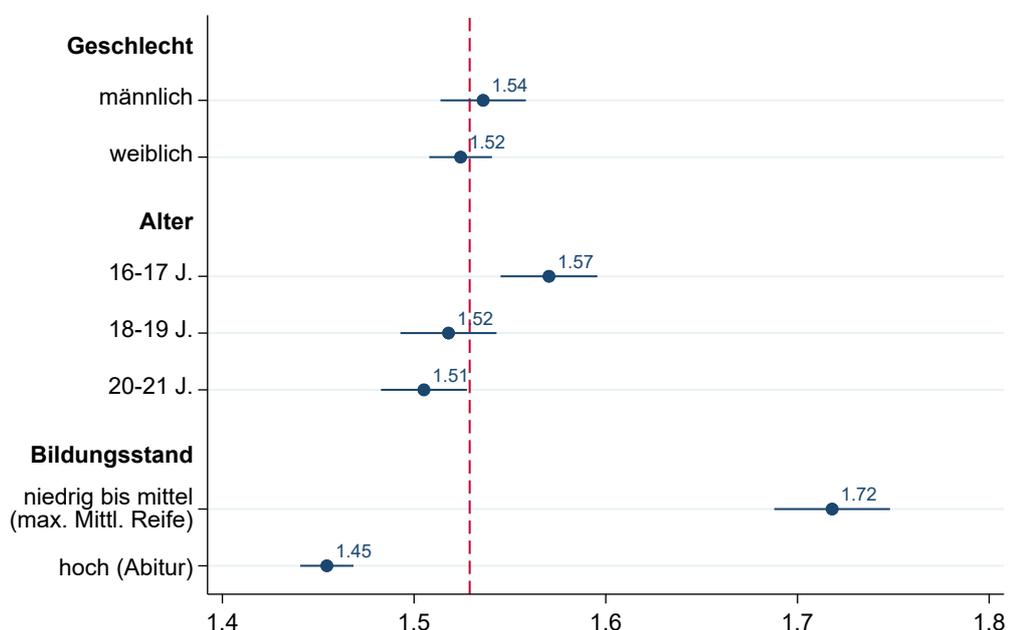


Abbildung 12: Demokratiedistanz nach Geschlecht, Alter und Bildungsniveau (Mittelwerte und 95% KI)

Für das Bildungsniveau zeigen sich ebenfalls signifikante Differenzen ($t = 21.1$, $df = 3577$, $p < .001$): Bei jungen Menschen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen oder einen solchen anstreben (MW = 1.45, SD = .32), ist das Ausmaß demokratiedistanter

Einstellungen deutlich niedriger als bei solchen, die über einen niedrigen oder mittleren Bildungsgrad verfügen bzw. diesen anstreben (MW = 1.72, SD = .39).

Die Region, in der die Befragten leben ist für die Ausprägung demokratiedistanter Einstellungen nicht von Bedeutung. Junge Befragte aus Westdeutschland (MW = 1.53, SD = .35) und Ostdeutschland (MW = 1.55, SD = .38) unterscheiden sich nicht signifikant.

Für die Größe des Wohnorts lassen sich wiederum signifikante Unterschiede feststellen ($t_{Welch} = 6.526$, $df = 3;1010.5$, $p < .001$). Diese beziehen sich vor allem auf die Differenz zwischen jungen Befragten aus Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern (MW = 1.55, SD = .35) und Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern (MW = 1.48, SD = .35).

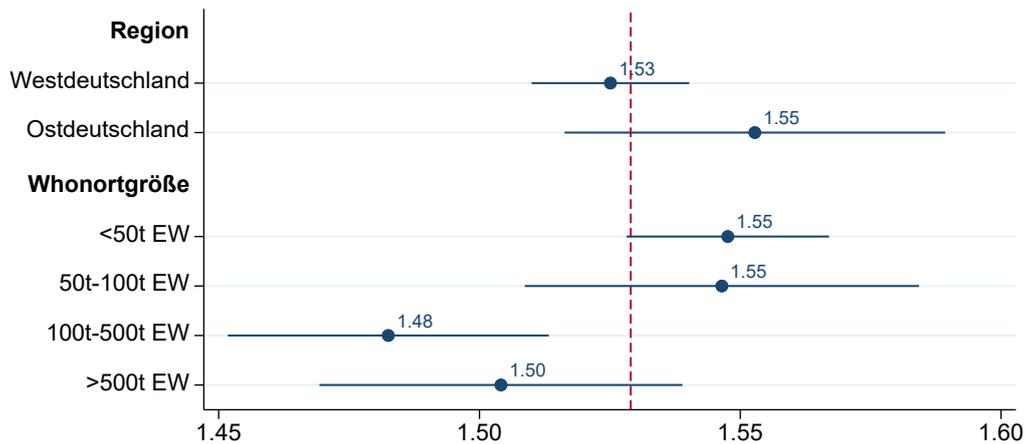


Abbildung 13: Demokratiedistanz im Ost- Westvergleich sowie nach Gemeindegrößenklasse (Mittelwerte und 95% KI)

Starke Unterschiede zeigen sich mit Blick auf den Migrationshintergrund ($t_{Welch} = 54.5$, $df = 2;1027.4$, $p < .001$). So zeigt sich unter jungen Menschen ohne Migrationshintergrund (MW = 1.49, SD = .35) ein deutlich geringeres Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen als bei Befragten mit Migrationshintergrund. Weiterhin sind junge Migrant:innen der ersten Generation (MW = 1.69, SD = .35) im Durchschnitt demokratiedistanter eingestellt als junge Migrant:innen der zweiten Generation (MW = 1.55, SD = .37).

Gruppiert nach ihren geografischen Herkunftsregionen zeigt sich im Einklang damit für junge Befragte aus Deutschland (MW = 1.49, SD = .35) das geringste Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen. Befragte aus dem Nahen Osten (MW = 1.77, SD = .41) lassen signifikant stärkere demokratiedistanter Einstellungen erkennen als Befragte aus den Vergleichsgruppen. Auch junge Befragte aus der Region Türkei/Balkan (MW = 1.63, SD = .37) heben sich durch eine erhöhte Demokratiedistanz von den Vergleichsgruppen ab. Insgesamt lassen sich danach Unterschiede im Ausmaß der Demokratiedistanz je nach Herkunftsregion der jungen Menschen feststellen ($t_{Welch} = 15.2$, $df = 6;638.5$, $p < .001$).

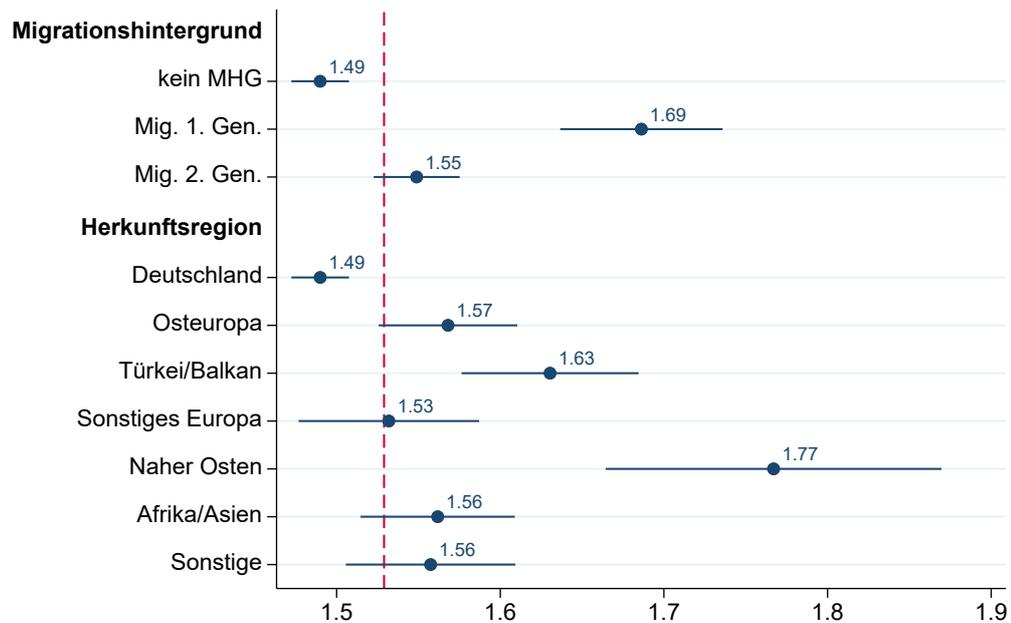


Abbildung 14: Demokratiedistanz nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

Im Hinblick auf die politische Selbstverortung im Links-Mitte-Rechts-Schema zeigt sich ein recht deutliches und insgesamt plausibles Bild (Abbildung 15): Je weiter rechts Befragte sich selbst politisch verorten, desto ausgeprägter ist auch das Ausmaß ihrer Demokratiedistanz ($t_{Welch} = 94.4$, $df = 4;349.4$, $p < .001$). Personen, die sich selbst als politisch rechts (MW = 2.06, SD = .58) einordnen, weisen ein deutlich erhöhtes Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen auf. Auch für jungen Menschen in den Bereichen Mitte-Rechts (MW = 1.69, SD = .39) oder Mitte (MW = 1.62, SD = .35) ist diese Rate noch erhöht. Befragte aus dem politisch linken Spektrum (Links: MW = 1.43, SD = .34; Mitte-Links: MW = 1.42, SD = .29) weisen hingegen ein deutlich geringeres Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen auf.

Das erhöhte Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen junger Menschen aus der politischen Mitte sowie im rechten Spektrum bestätigt sich auch mit Blick auf die Parteipräferenz der Befragten ($t_{Welch} = 82.6$, $df = 7;781.3$, $p < .001$). So weisen sowohl Sympathisant:innen der AfD (MW = 1.81, SD = .49) als auch der CDU/CSU (MW = 1.71, SD = .35) ein hier höhere Werte auf. Vergleichbar sind noch die Werte für Befragte, die angaben, dass sie nicht wählen würden (MW = 1.73, SD = .36). Das niedrigste Ausmaß demokratiedistanter Einstellungen findet sich hingegen bei Sympathisant:innen der Grünen (MW = 1.38, SD = .28), der Linken (MW = 1.39, SD = .33) sowie sonstiger Parteien (MW = 1.46, SD = .37).

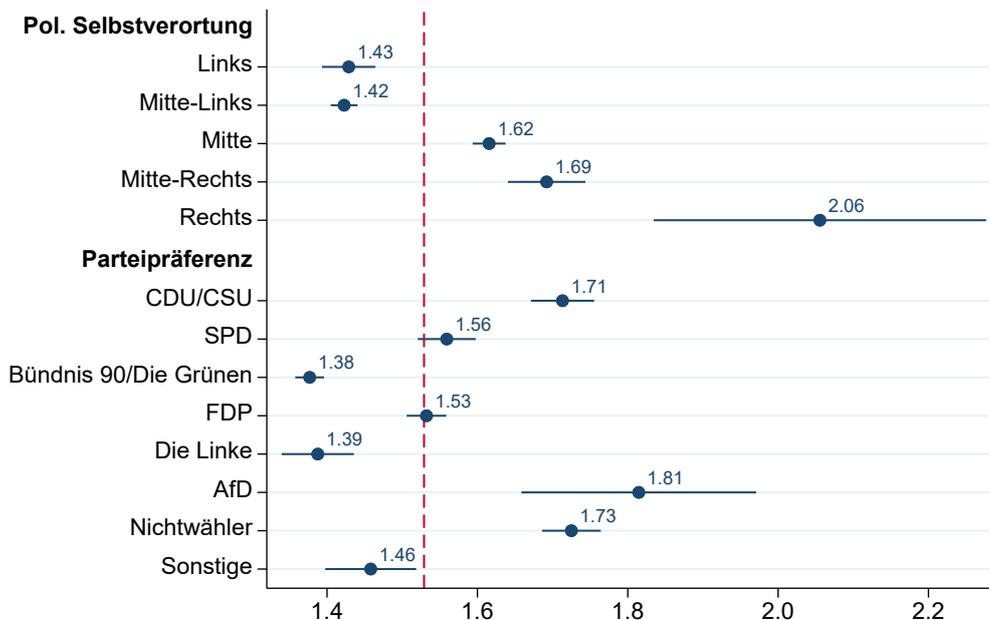


Abbildung 15: Demokratiedistanz nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Sonntagsfrage) (Mittelwerte und 95% KI)

4.2.2 Raten demokratiedistanter Einstellungen bei jungen Menschen

Zur Schätzung der Prävalenzraten demokratiedistant eingestellter junger Menschen wird im Folgenden der beschriebene kategoriale Indikator eingesetzt. Auf diesem werden Befragte dann als demokratiedistant eingestuft, wenn sie überwiegende Ablehnung zentraler demokratischer Grundsätze in mindestens einer der drei Subdimensionen artikulieren und damit mindestens einen der drei wichtigen Kernbereiche der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehnen.

Dieses Kriterium ist erfüllt, wenn auf einer der drei Subskalen, die zur Messung der Dimensionen der Demokratiedistanz eingesetzt wurden, ein Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts (>2.5) erreicht wird.

Insgesamt erweisen sich 11.7% der befragten jungen Menschen als demokratiedistant. Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls ergibt sich damit eine für das Jahr 2022 geschätzte Prävalenzrate demokratiedistant eingestellter junger Menschen für die Grundgesamtheit der 16-21-jährigen Bevölkerung, die zwischen 10.7% und 12.7% liegt.

4.2.3 Raten demokratiedistanter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Das Geschlecht der Befragten spielt mit Blick auf demokratiedistante Einstellungen keine wichtige Rolle. Die Rate bei jungen Männern ist nur geringfügig höher (12.5%) als bei jungen Frauen (10.7%), die Differenz ist statistisch nicht signifikant.

Hinsichtlich der Altersgruppen sind die jüngeren Befragten im Alter zwischen 16- und 17 Jahren am stärksten belastet. Die Rate demokratiedistant eingestellter Personen ist bei ihnen mit 14.5% signifikant höher als bei den 18- bis 19-Jährigen (9.7%) oder den 20- bis 21-Jährigen (11.2%) ($\chi^2 = 13.1$, $df = 2$, $p < .01$).

In Bezug auf den Bildungsgrad zeigen sich ebenfalls klare Differenzen ($\chi^2 = 237.6$, $df = 1$, $p < .001$). So ist der Anteil demokratiedistant eingestellter junger Menschen unter denjenigen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen oder einen solchen anpeilen mit 6.5% deutlich geringer als unter denjenigen Befragten, die einen niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss vorweisen können oder anstreben. Für Letztere liegt die Rate der demokratiedistant Eingestellten bei 24.9%.

Bivariat lassen sich zwischen West- und Ostdeutschland keine nennenswerten Unterschiede erkennen. Die leichten Differenzen zwischen Westdeutschland (11.3%) und Ostdeutschland (13.7%) erreichen die Grenze der statistischen Signifikanz nicht.

Auch hinsichtlich der Gemeindegröße sind keine signifikanten Unterschiede festzustellen. Hier liegen die Raten der Demokratiedistanz zwischen 10.1% (100 000 bis 500 000 Einw.) und 12.2% (weniger als 50 000 Einw.).

Mit Blick auf den Migrationshintergrund weisen die Befunde hingegen auf eine deutlich erhöhte Rate demokratiedistanter Einstellungen unter jungen Migrant:innen der ersten Generation hin. Die Rate demokratiedistant eingestellter Personen ist bei ihnen mit 22.1% gut doppelt so hoch wie bei jungen Befragten ohne Migrationshintergrund (10.1%) und jungen Migrant:innen der zweiten Generation (12.0%) ($\chi^2 = 46.0$, $df = 2$, $p < .001$).

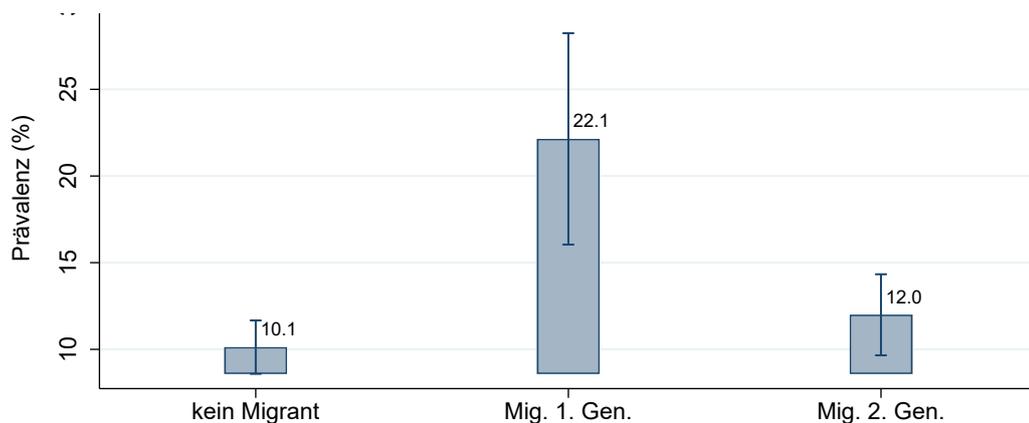


Abbildung 16: Prävalenz demokratiedistant eingestellter junger Menschen nach Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Für die verschiedenen geografischen Herkunftsgebiete, aus denen die jungen Menschen stammen (Abbildung 17) zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede ($\chi^2 = 35.0$, $df = 6$, $p < .001$). Unter Befragten, die aus dem Nahen Osten stammen, ist der Anteil demokratiedistant eingestellter Personen ganz deutlich erhöht. Dies lässt sich auch für junge Menschen aus der Region Türkei/Balkan (17.7%) feststellen. Junge Menschen aus Deutschland (10.1%), Afrika/Asien (10.6%) und sonstigen Herkunftsländern (10.4%) weisen hingegen die niedrigsten Anteile demokratiedistant eingestellter Personen auf.

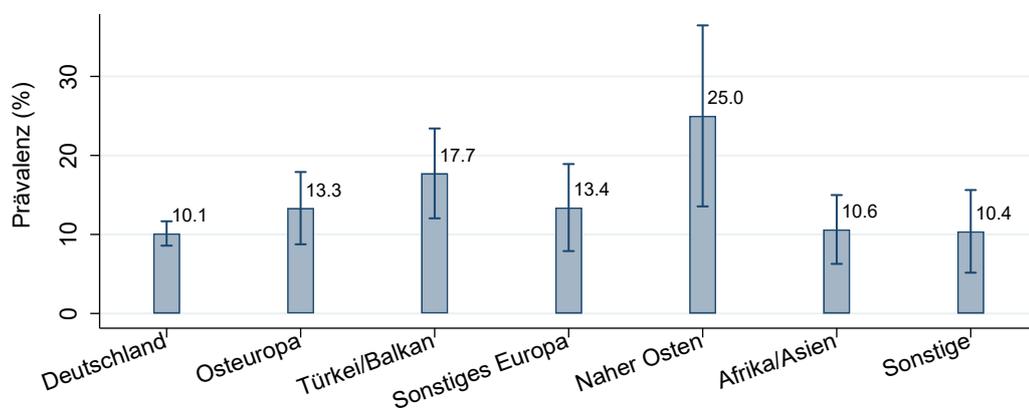


Abbildung 17: Prävalenz demokratiedistant eingestellter junger Menschen nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

Hinsichtlich der politischen Selbstverortung (Abbildung 18) sind sehr klare Differenzen zu vermerken ($\chi^2 = 168.6$, $df = 4$, $p < .001$). Die Raten demokratiedistant Eingestellter sind bei Befragten aus dem politisch linken Spektrum (7.7% und 5.2%) am niedrigsten. Je weiter

rechts junge Menschen sich verorten, umso höher fallen diese Raten aus. Besonders deutlich wird dies bei jungen Menschen, die sich selbst als politisch rechts (44.3%) sehen.

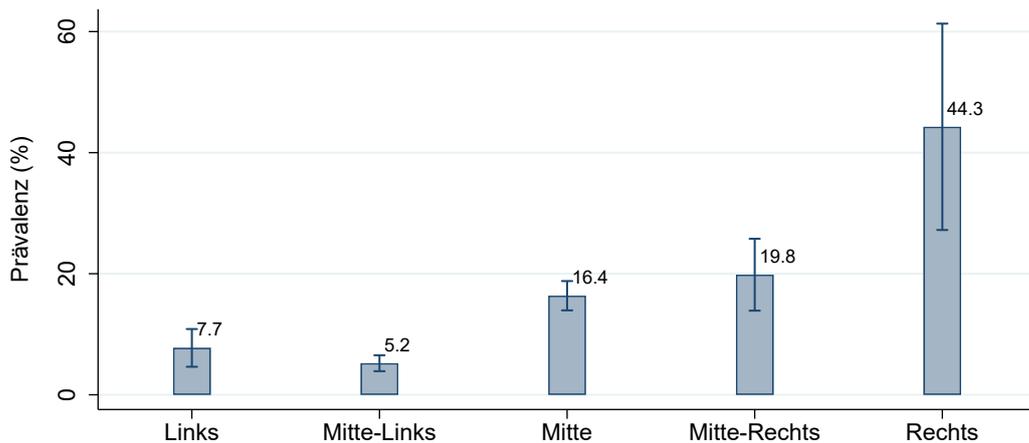


Abbildung 18: Prävalenz demokratiedistant eingestellter junger Menschen nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Dieses Muster wiederholt sich, wenn man die Parteipräferenzen betrachtet ($\chi^2 = 161.1$, $df = 7$, $p < .001$): Sympathisant:innen der AfD (25.3%) und der CDU/CSU (22.0%) weisen die höchsten Werte auf. Diese werden ansonsten nur noch von Nichtwähler:innen (22.5%) erreicht. Die geringsten Raten demokratiedistant eingestellter junger Menschen finden sich erneut bei Sympathisant:innen der Grünen (4.3%) und der Linken (7.3%).

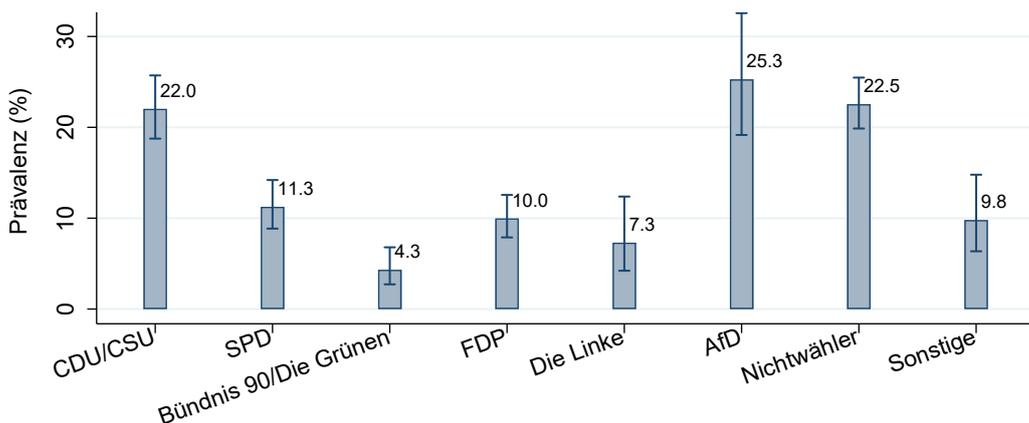


Abbildung 19: Prävalenz demokratiedistant eingestellter junger Menschen nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

4.2.4 Die Verbreitung von Demokratiedistanz in den Bundesländern

Die Raten demokratiedistant eingestellter junger Menschen im Jahr 2022 sind relativ gleichmäßig über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verteilt (Abbildung 20). Es gibt davon allerdings einige wenige Abweichungen. Erhöhte Raten lassen sich in Brandenburg (19%), Thüringen (17%), Schleswig-Holstein (15%) und Sachsen (14%) feststellen.

Den Messungen für Bremen (22%) liegen lediglich n=23 Befragte zugrunde, weshalb dieser Befund nicht hinreichend aussagekräftig ist.

Besonders niedrige Raten demokratiedistanter junger Menschen finden sich in Hamburg (5%), Hessen (8%) und Mecklenburg-Vorpommern (8%). In Berlin liegt die Rate mit 12% in Durchschnittsbereich Deutschlands von 11.7%.

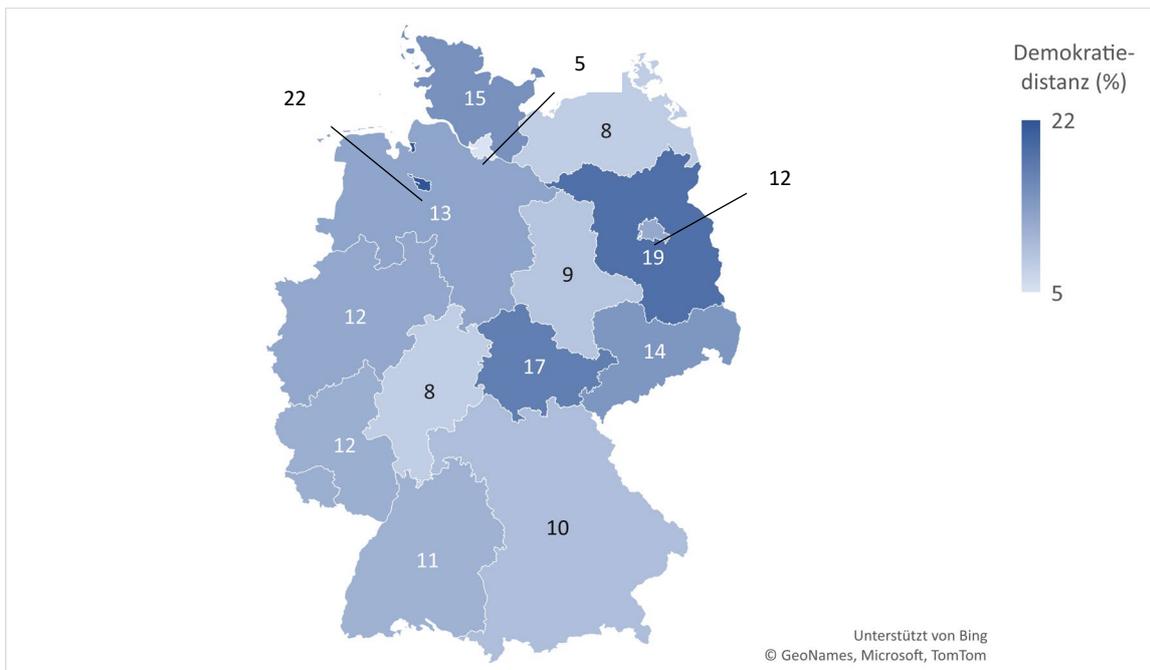


Abbildung 20: Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen in Deutschland (Prävalenzraten je Bundesland)

In der Summe kann folglich in Bezug auf diese Altersgruppe und diese hier verwendete Art der Messung nicht von einer generell erhöhten Rate demokratiedistanter Einstellungen in Ostdeutschland gesprochen werden, obschon die Mehrheit der besonders betroffenen Bundesländer im Osten der Republik liegen.

5 Intolerante Einstellungen gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten

Intoleranz und Hass lassen sich in unterschiedlichen Formen und vor dem Hintergrund divergierender politisch-ideologischer Haltungen finden. In freiheitlich-demokratischen Gesellschaften sind sie mit Ungleichwertigkeitsideologien verbunden, die mit grundlegenden Gleichheitsgebieten nicht in Einklang zu bringen sind. Sie gefährden durch die damit regelmäßig verbundenen pauschalen Abwertungen und Ausgrenzungen einzelner Teilgruppen den sozialen Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben. Gruppenbezogene Vorurteile wie Ausländerfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus oder Homophobie verletzen allerdings nicht nur soziale Normen und Gesetze, sie stellen zudem auch belastende Alltagserfahrungen für eine Vielzahl in Deutschland wohnhafter Menschen dar, die auch zu Gegenreaktionen führen können (vgl. Zick 2021).

Dabei sind mit Begriffen wie „Ausländerfeindlichkeit“ nicht nur Einstellungen gemeint, die Migrant:innen abwerten oder Personen anknüpfend an ihre Nationalität ausgrenzen. Vielmehr sind von entsprechenden Einstellungen und damit verbundenen Verhaltensweisen in gewissem Maße auch Menschen betroffen, die in Deutschland geboren sind aber dennoch als „fremd“ wahrgenommen und etikettiert werden (vgl. Rippl & Seipel 2023).

Besonders problematisch sind solche Formen der Abwertung, wenn sie mit politischen Forderungen verbunden werden und sich in real weltlichen Nachteilen und sozialen Ausgrenzung niederschlagen, da damit auch grundlegende Gleichheits- und Freiheitsrechte der betroffenen Personen angegriffen werden.

Oftmals weisen derartige intolerante Einstellungen zwar enge Beziehungen zu spezifischen politischen Ideologien auf (vgl. Weiß 2018). Sie sind indessen nicht darauf

beschränkt. Die Erfassung entsprechender gruppenbezogenen Formen von Intoleranz und Vorurteilen sind von daher ein integraler Bestandteil des phänomen- und ideologieübergreifenden MOTRA-Einstellungsmonitorings, was so auch im Rahmen der Studie JuMiD 2022 in Bezug auf junge Menschen umgesetzt wird.

5.1 Die Skala zur Messung intoleranter Einstellungen

Zur Messung intoleranter Einstellungen wird unter anderem eine Skala verwendet, die auf Basis der vier Subdimensionen Homophobie, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gebildet wird. Die Subdimensionen Islamfeindlichkeit einerseits und Antisemitismus werden über jeweils zwei Items operationalisiert. Ausländerfeindlichkeit wird anhand von drei Items gemessen und Homophobie anhand eines Einzelitems. Alle hier verwendeten acht Items konnten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) beantwortet werden.

Wie zu erwarten, fallen die Angaben der jungen Menschen zu den Items zur Messung intoleranter Einstellungen vornehmlich rechtsschief (bzw. im Fall von invertierten Abfragen linksschief) aus (Tabelle 6). Die höchste Zustimmung erfahren ausländerfeindliche Aussagen wie „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ (25.7%) und „Die meisten in Deutschland lebenden Ausländer halten sich nicht an die hier üblichen Regeln“ (24.3%). Die ebenfalls zu dieser Subdimension gehörende Aussage „Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische“ wird von 10.7% der jungen Menschen abgelehnt, was gleichfalls als Aspekt von Ausländerfeindlichkeit anzusehen ist.

Tabelle 6: Skala zur Erfassung intoleranter Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Homophobie							
Homosexualität sollte verboten werden.	82.5	10.4	3.4	3.7	1.28	.70	3 577
Islamfeindlichkeit							
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	69.1	20.0	8.3	2.7	1.45	.76	3 583
Muslime müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. <i>(inv)</i>	1.6	4.2	16.8	77.4	3.70	.63	3 579
Antisemitismus							
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	83.8	12.5	2.8	0.9	1.21	.52	3 569
Juden kann man nicht trauen.	90.5	6.7	1.9	0.9	1.13	.46	3 579
Ausländerfeindlichkeit							
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	40.6	33.7	18.8	6.9	1.92	.93	3 580
Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. <i>(inv)</i>	3.1	7.6	19.8	69.5	3.56	.76	3 579
Die meisten in Deutschland lebenden Ausländer halten sich nicht an die hier üblichen Regeln	31.8	44.0	19.6	4.7	1.97	.84	3 574
Gesamtskala Intoleranz					1.40	.44	3 590

Anmerkung: *(inv)* = Das Item wurde rekodiert

Die Verbreitung von Islamfeindlichkeit fällt unter den jungen Menschen mit 11% Zustimmung zu der Aussagen „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein

islamisches Land“ vergleichsweise moderat aus, liegt aber zugleich auch auf einem nicht zu vernachlässigenden Niveau. Nur 5.8% der Befragten befürworteten eine Einschränkung der Religionsfreiheit von Muslim:innen.

Mit 7.1% befürwortet auch nur eine kleine Minderheit der jungen Menschen ein Verbot von Homosexualität. Auf noch niedrigerem Niveau befindet sich zudem die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen wie „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ (3.7%) und „Juden kann man nicht trauen“ (2.8%).

Zur Bildung der Gesamtskala intoleranter Einstellungen wurden zunächst Subskalen für die vier Subdimensionen gebildet. Die Reliabilität dieser Subskalen erweist sich im Fall von Ausländerfeindlichkeit ($\omega = .64$) und Islamfeindlichkeit ($\alpha = .64$) als akzeptabel und im Fall von Antisemitismus ($\alpha = .73$) als ebenfalls ausreichend bis befriedigend.

Da Homophobie nur anhand eines Einzelitems gemessen wird, kann die interne Konsistenz als Indikator der Reliabilität dieser Subdimension nicht separat überprüft werden.

Eine Hauptkomponentenanalyse für alle Items ergibt eine einfaktorielle Lösung mit einer Varianzaufklärung von 54.4%.

Im Hinblick auf eine gleiche Gewichtung der vier Aspekte der Intoleranz wurden bei der Bildung einer Gesamtskala zunächst je Person die Mittelwerte für die vier Subdimensionen berechnet. Mit diesen vier Variablen wurde sodann eine Mittelwertskala „Intoleranz“ (MW = 1.40, SD = .44) gebildet, die eine befriedigende interne Konsistenz von $\omega = .70$ aufweist.

5.2 Zur Verbreitung intoleranter Einstellungen

Für die weiteren Analysen der Ausprägungen und der Verbreitung intoleranter Einstellungen junger Menschen wird zunächst die o.a. kontinuierliche Mittelwertskala verwendet. Im Anschluss daran erfolgen Schätzungen der Prävalenzraten der Intoleranz bei jungen Menschen. Zu diesem Zweck wurde eine 3-stufige kategoriale Variable gebildet. In dieser werden junge Menschen mit Werten zwischen 1 und 2 auf der Mittelwertskala als nicht intolerant eingestuft, mit Werten über 2 und bis einschließlich 2.8 wird von einer mittelgradig ausgeprägten Intoleranz und im Falle von Werten über 2.8 von einer hohen Intoleranz ausgegangen.

5.2.1 Mittelwerte intoleranter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Die Befunde bivariater Analysen intoleranter Einstellungen in Bezug auf Geschlecht, Alter und Bildungsstand der jungen Menschen (Abbildung 21) zeigen für junge Männer (MW = 1.46, SD = .49) eine signifikant höhere Intoleranz im Vergleich zu jungen Frauen (MW = 1.34, SD = .36) ($t = -8.0$, $df = 3519$, $p < .001$). Zwischen den Altersgruppen ergeben sich in Bezug auf das Ausmaß intoleranter Einstellungen hingegen keine statistisch relevanten Unterschiede. Weiter zeigt sich bivariat ein deutlicher Bildungseffekt ($t = 18.6$, $df = 3577$, $p < .001$): Junge Menschen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen oder einen solchen anstreben (MW = 1.32, SD = .36) weisen ein deutlich geringeres Ausmaß intoleranter Einstellungen auf als junge Menschen, die höchstens über die Mittlere Reife verfügen oder diese anstreben (MW = 1.61, SD = .54).

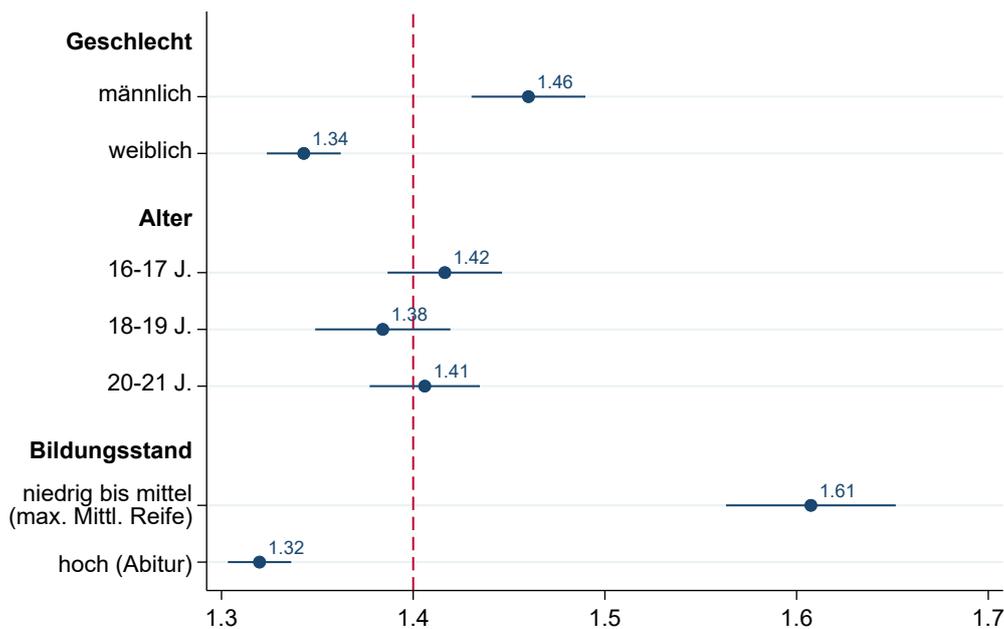


Abbildung 21: Intoleranz nach Geschlecht, Alter und Bildungsniveau (Mittelwerte und 95% KI)

Ferner ist bei Befragten in Ostdeutschland die Ausprägung der Intoleranz (MW = 1.45, SD = .47) deutlich stärker als bei Befragten aus Westdeutschland (MW = 1.39, SD = .43) ($t = -2.7$, $df = 3588$, $p < .01$).

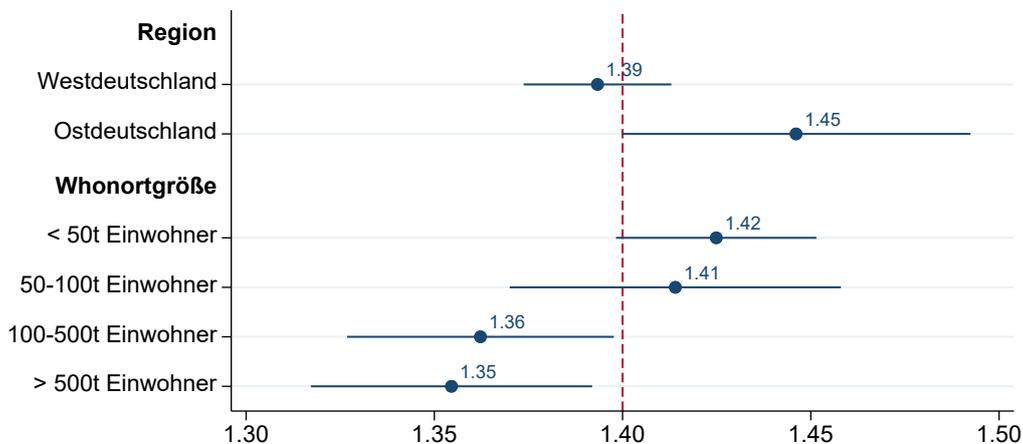


Abbildung 22: Intoleranz nach Region und Wohnortgröße (Mittelwerte und 95% KI)

In Bezug auf die Größe des Wohnorts finden sich ebenfalls klare Unterschiede. Insbesondere befragte junge Menschen aus kleinen Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern (MW = 1.42, SD = .46) weisen eine im Mittel deutlich höhere Intoleranz auf als Befragte aus Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern (MW = 1.36, SD = .40) und Befragte aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern (MW = 1.35, SD = .40) ($t_{\text{Welch}} = 6.4$, $df = 3;1048.4$, $p < .001$).

Weiter finden sich Zusammenhänge mit dem Migrationshintergrund sowie den Herkunftsregionen der jungen Menschen (Abbildung 23). So lassen junge Migrant:innen der ersten Generation (MW = 1.61, SD = .53) ein stark erhöhtes Ausmaß von Intoleranz erkennen ($t_{\text{Welch}} = 41.8$, $df = 2;966.3$, $p < .001$). Zwischen jungen Menschen ohne Migrationshintergrund (MW = 1.36, SD = .41) und jungen Migrant:innen der zweiten

Generation (MW = 1.40, SD = .43) sind diese Differenzen indessen sehr klein und im Post-Hoc-Vergleich nur knapp auf dem 5%-Niveau signifikant.

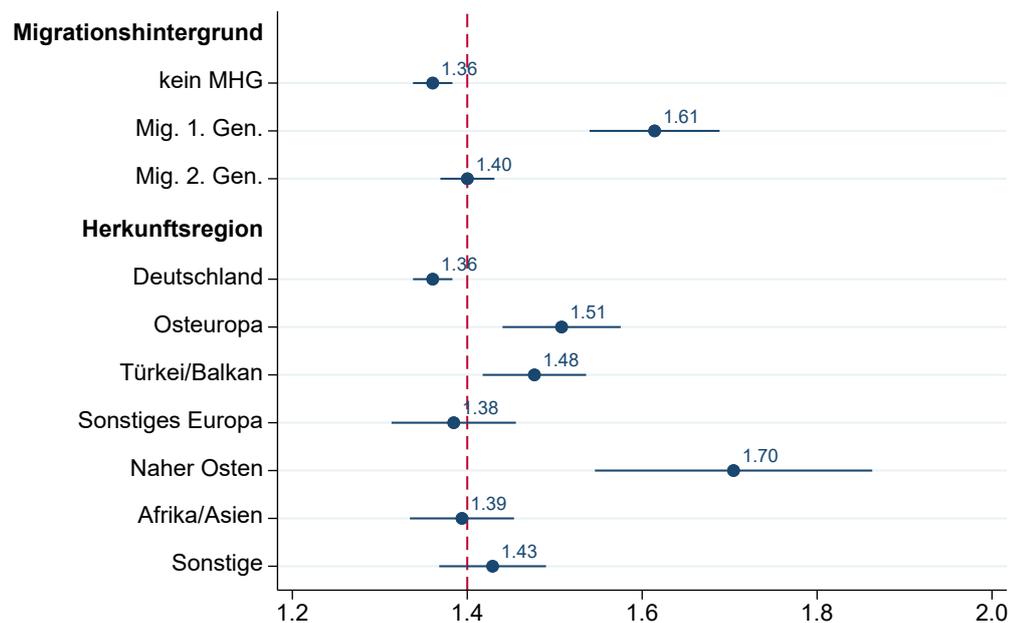


Abbildung 23: Intoleranz nach Migrationshintergrund und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

In Bezug auf die Herkunftsregionen zeigen sich ebenfalls statistisch signifikante Unterschiede ($t_{Welch} = 11.6$, $df = 6;631.6$, $p < .001$). Junge Menschen aus dem Nahen Osten (MW = 1.70, SD = .61) erweisen sich im Durchschnitt als deutlich intoleranter als fast alle Vergleichsgruppen. Ein erhöhtes Ausmaß intoleranter Einstellungen findet sich zudem unter jungen Menschen aus Osteuropa (MW = 1.51, SD = .51) sowie aus der Region Türkei/Balkan (MW = 1.48, SD = .42), wenn auch nicht im gleichen Maße wie unter Befragten aus dem Nahen Osten. Junge Menschen aus Deutschland (MW = 1.36, SD = .41) zeigen das geringste Ausmaß intoleranter Einstellungen.

Zusammenhänge mit der politischen Selbstverortung sind ebenfalls deutlich ($t_{Welch} = 168.2$, $df = 4;39.4$, $p < .001$): Bei Befragten, die sich dem politisch linken Spektrum zuordnen (MW = 1.22, SD = .31 und MW = 1.25, SD = .28), ist die Intoleranz geringer als bei jungen Menschen, die sich politisch in der Mitte (MW = 1.50, SD = .43) oder im rechten Spektrum (MW = 1.76, SD = .53 und MW = 2.40, SD = .87) verorten.

Auch hinsichtlich der Parteipräferenz junger Menschen zeigt sich ein solches Muster ($t_{Welch} = 96.8$, $df = 7;766.8$, $p < .001$). Junge Sympathisant:innen der AfD (MW = 2.22, SD = .74) sind deutlich intoleranter als alle anderen Vergleichsgruppen. Ein ebenfalls erhöhtes Ausmaß intoleranter Einstellungen findet sich bei jungen Sympathisant:innen der Union (MW = 1.55, SD = .47) sowie Nichtwähler:innen (MW = 1.62, SD = .49). Demgegenüber erweisen sich junge Sympathisant:innen der Grünen (MW = 1.20, SD = .26) und der Linken (MW = 1.22, SD = .37) als die Teilgruppen mit dem geringsten Ausmaß intoleranter Einstellungen.

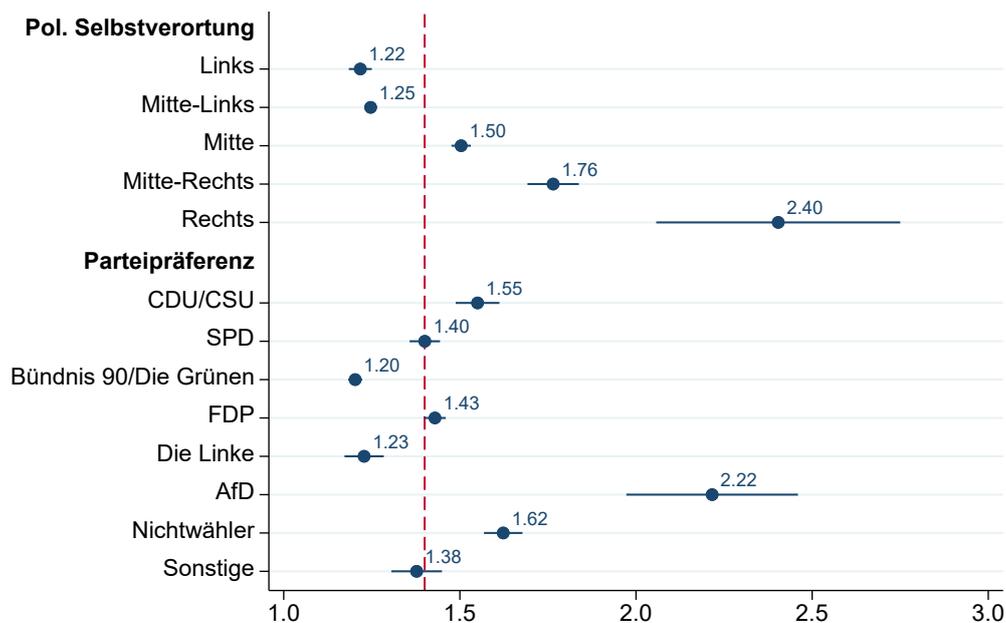


Abbildung 24: Intoleranz nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Mittelwerte und 95% KI)

5.2.2 Raten intoleranter Einstellungen bei jungen Menschen

Im Folgenden wird der eingangs beschriebene kategoriale Indikator genutzt, um die Prozentraten jungen Menschen zu schätzen, die eine mittlere oder hohe Zustimmung zu intoleranten Einstellungen signalisieren.

Mit 90.4% erweist sich die weit überwiegende Mehrheit als nicht intolerant. Bei 8.4% der jungen Menschen findet sich eine mittlere und bei 1.2% eine hohe Intoleranz in dem hier operationalisierten Sinne.

Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls liegt die Populationsschätzung für die Rate junger Menschen mit einer mittleren Ausprägung von Intoleranz damit zwischen 7.5% und 9.3%. Die Prävalenzrate für hoch ausgeprägte Formen der Intoleranz liegt in der Bevölkerung dieser Altersgruppe in Deutschland danach zwischen 0.9% und 1.5%.

Aufgrund der niedrigen Fallzahl junger Menschen mit hoher Intoleranz ($n = 32$) wird für die weiteren bivariaten Analysen in Bezug auf mögliche Differenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen ein dichotomer Indikator genutzt, der mittlere und hohe Intoleranz zusammenfasst (als Skalenwerte über 2) und diese von Fällen unterscheidet, in denen keine Intoleranz in diesem Maße vorliegt (Werte unter 2).

5.2.3 Raten intoleranter Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Bivariat zeigt sich für junge Männer danach mit 12.9% eine höhere Prävalenzrate intoleranter Einstellungen als für junge Frauen (5.8%) ($\chi^2 = 52.4$, $df = 1$, $p < .001$). Die Altersgruppen unterscheiden sich hingegen mit Blick auf diese Raten nicht.

Für das Bildungsniveau bivariat ein signifikanter Effekt zu verzeichnen ($\chi^2 = 160.3$, $df = 1$, $p < .001$). Der Anteil intolerant eingestellter junger Menschen ist im Falle eines niedrigen Bildungsniveaus mit 19.3% mehr als dreimal so hoch wie in der Vergleichsgruppe derer mit hohem Bildungsniveau (5.6%).

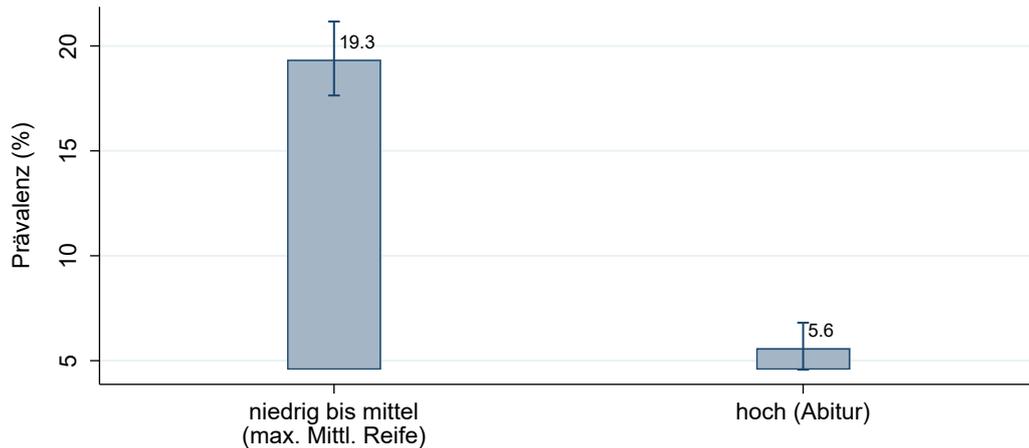


Abbildung 25: Raten der Intoleranz (mindestens mittelgradig) nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI)

Es zeigen sich weiter keine signifikanten Unterschiede zwischen jungen Menschen aus Ost- (11.6%) und Westdeutschland (9.1%) ($\chi^2 = 3.7$, $df = 1$, n.s.). Auch die Größe der Gemeinde spielt keine Rolle für die Rate intoleranter Einstellungen ($\chi^2 = 3.1$, $df = 3$, n.s.).

Die Prävalenzraten der Intoleranz sind jedoch bei Migrant:innen der ersten Generation (23.7%) deutlich höher als bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund (6.6%) und Migrant:innen der zweiten Generation (9.8%) ($\chi^2 = 114.3$, $df = 2$, $p < .001$) (Abb. 26).

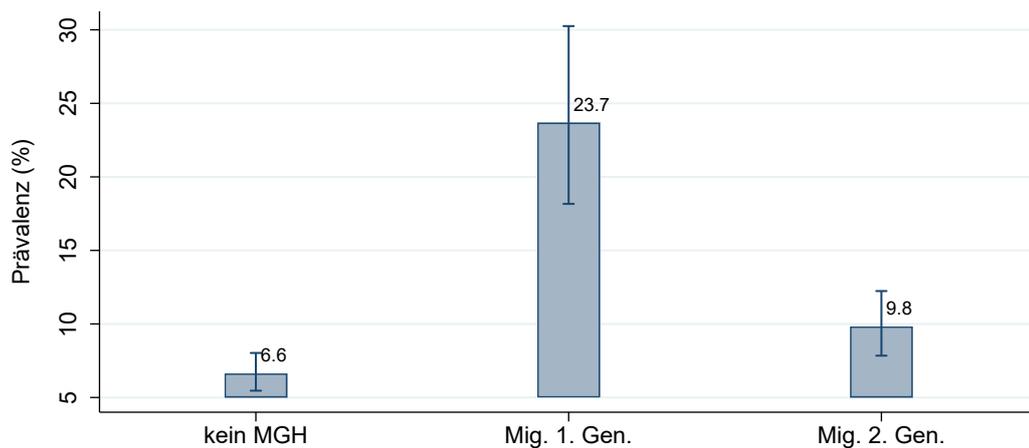


Abbildung 26: Raten der Intoleranz (mindestens mittelgradig) nach Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Auch in Bezug auf die Herkunftsregionen (Abbildung 27) finden sich signifikante Differenzen ($\chi^2 = 115.5$, $df = 6$, $p < .001$). Die Intoleranzrate ist bei jungen Befragten aus dem Nahen Osten mit 32.7% stark erhöht. Ebenso zeigen sich bei jungen Menschen aus Osteuropa (17.2%) sowie der Region Türkei/Balkan (14.1%) erhöhte Raten (Abb. 27).

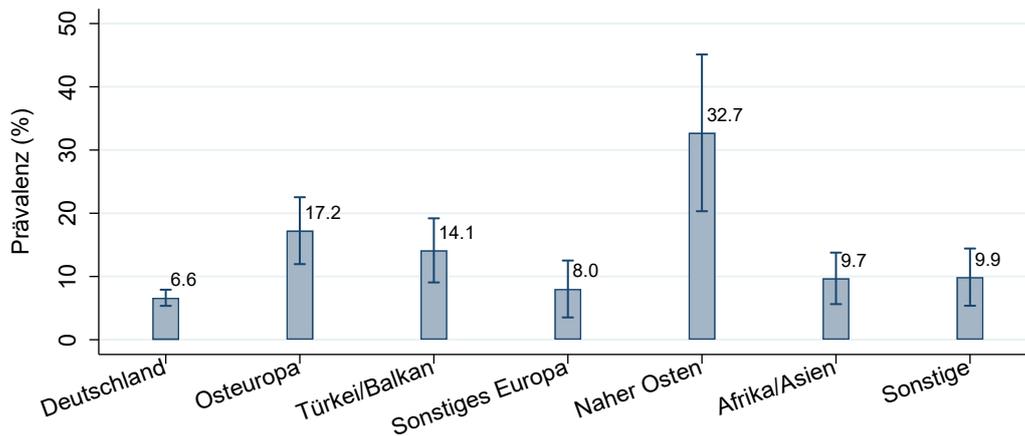


Abbildung 27: Raten der Intoleranz (mindestens mittelgradig) nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

Die politische Selbstverortung (Abbildung 28) steht gleichfalls in einem engen Zusammenhang mit der Verbreitung intoleranter Haltungen ($\chi^2 = 401.3$, $df = 4$, $p < .001$). Im Falle einer Selbstverortung im Bereich Mitte-rechts (28.4%) oder Rechts (61.4%) sind diese Raten ganz erheblich erhöht.

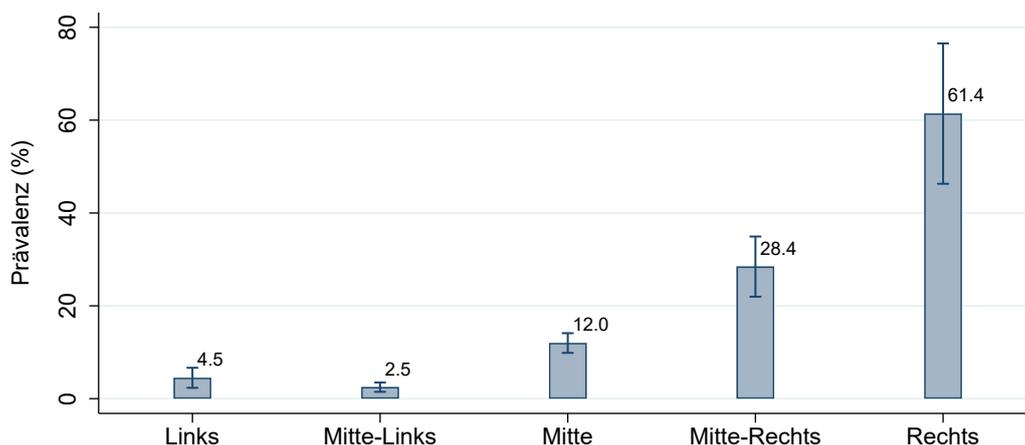


Abbildung 28: Raten der Intoleranz (mindestens mittelgradig) nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Dieses Muster bestätigt sich bei Betrachtung der Parteipräferenzen (Abbildung 29). Hier fallen die ganz stark erhöhten Raten bei den Sympathisant:innen der AfD (49.5%) auf. Ferner lassen sich bei Nichtwähler:innen (19.7%) signifikant etwas erhöhte Raten intoleranter Einstellungen erkennen ($\chi^2 = 308.0$, $df = 7$, $p < .001$). Im Mittelbereich liegen die Anhänger:innen von CDU/CSU und der SPD. Am niedrigsten sind die Raten bei FDP, der Linken und den Grünen.

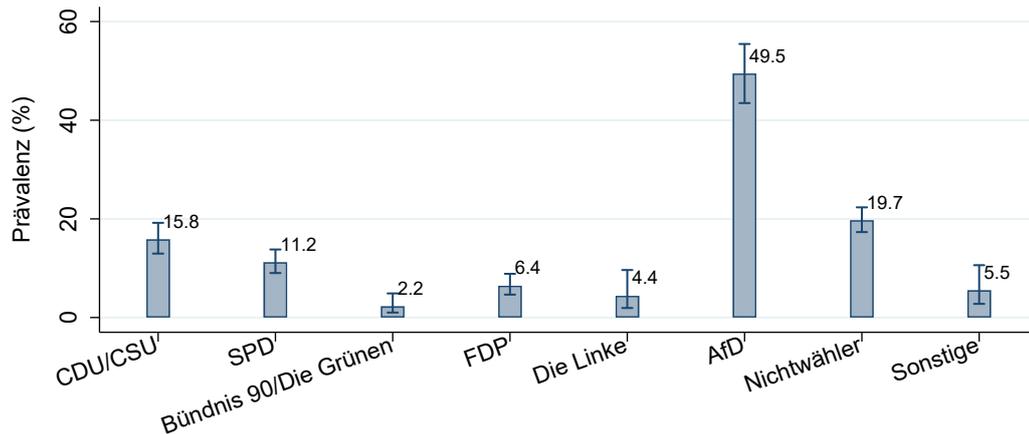


Abbildung 29: Raten der Intoleranz (mindestens mittelgradig) nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

5.2.4 Die Verbreitung intoleranter Einstellungen in den Bundesländern

Für die Bundesländer zeigt Abbildung 30, dass die Raten intoleranter junger Menschen in einigen der neuen Bundesländer - namentlich Brandenburg (16%), Sachsen (14%) und Thüringen (13%) - am oberen Ende der bundesweiten Verteilung liegen. Die Werte von Mecklenburg-Vorpommern (9%) und Sachsen-Anhalt (9%) fallen hingegen nicht weiter auf.

Berlin (8%) und Hamburg (5%) befinden sich hier am unteren Ende der bundesweiten Verteilung. Die Werte für Bremen sind wie o.a. wegen der geringen Stichprobengröße nicht weiter interpretierbar.

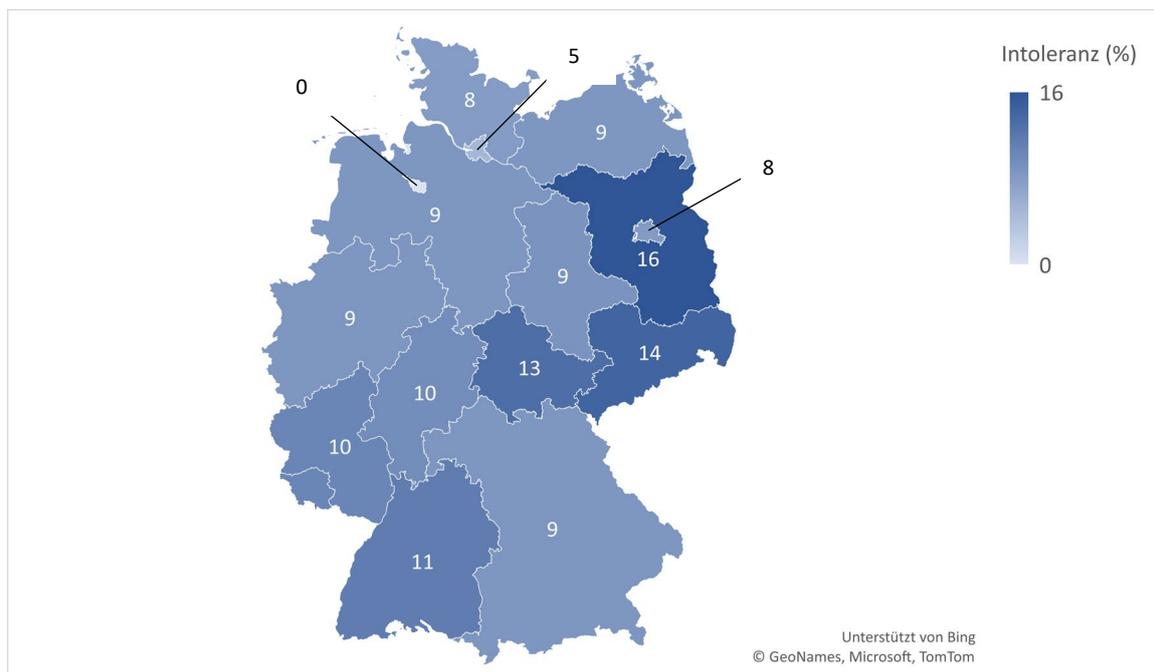


Abbildung 30: Raten intoleranter Einstellungen (mindestens mittelgradig) bei jungen Menschen im Vergleich der Bundesländer

Zwischen den nordischen Ländern Niedersachsen (9%) und Schleswig-Holstein (8%) sowie dem Süden der Bundesrepublik mit Bayern (9%) und Baden-Württemberg (11%) gibt es keine nennenswerten Unterschiede.

Es sind folglich erneut junge Menschen aus den neuen Bundesländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen, die neben erhöhten Raten demokratiedistanter Einstellungen auch etwas erhöhte Raten intolerant eingestellter Personen aufweisen.

5.2.5 Einzelanalysen für verschiedene Formen der Intoleranz

Da es sich bei den erfassten Aspekten intoleranter Einstellungen zwar um verwandte, aber nicht zwangsläufig deckungsgleiche Phänomene handelt, werden im Folgenden auch die einzelnen Subdimensionen der Intoleranz nochmals gesondert betrachtet.

Auch hier erfolgt die Kategorisierung in der Weise, dass Werte auf den zugrundeliegenden Mittelwertskalen zwischen 1 bis einschließlich 2 als „nicht intolerant“ und Werte über 2 bis einschließlich 2.8 als Intoleranz und Werte über 2.8 also hohe Intoleranz codiert werden.

Da Homophobie über ein Einzelitem erfasst wurde, wird hier eine dichotome Kategorisierung gewählt, bei der nur die Rate der Angaben von 3 oder 4 erfasst werden. Nach dieser Kategorisierung findet sich bei 7.1% der befragten jungen Menschen eine homophobe Einstellung (Werte über 2). Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls ergibt dies für die Population junger Menschen in Deutschland eine Prävalenzrate der Homophobie, die zwischen 6.3% und 7.9% liegt.

In Bezug auf islamfeindliche Einstellungen weisen bei der hier eingesetzten Messung 5.9% der jungen Menschen eine mittlere und 3.9% eine hoch ausgeprägte islamfeindliche Haltung auf. Insgesamt findet sich eine Gesamtrate für mindestens mittlere Islamfeindlichkeit von 9.8%.

Die Prävalenzrate starkausgeprägter islamfeindlicher Einstellungen in der Gesamtbevölkerung der 16- bis 21-Jährigen liegt somit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 3.3% und 4.5%. Wird die mittlere Ausprägung der Islamfeindlichkeit mit einbezogen führt dies zu einer geschätzten Prävalenzrate, die zwischen 8.9% und 10.7% liegt.

Besonders niedrige Werte finden sich in Bezug auf klassische Formen antisemitischer Einstellungen. Hier sind lediglich 2.1% der jungen Menschen im mittleren Sinne intolerant und 1.9% zeigen eine hohe Intoleranz gegenüber Juden. Die für die Prävalenzrate der im hohen Maße antisemitisch eingestellten jungen Menschen in Deutschland liegt damit zwischen 1.5% und 2.3%. Werden mittelgradige Ausprägungen einbezogen, dann liegt die geschätzte Prävalenzrate in der Population dieser Altersgruppe zwischen 3.4% und 4.6%.

Die Subdimension der Ausländerfeindlichkeit weist eindeutig die höchsten Zustimmungswerte auf. Mit 17.9% zeigt fast ein Fünftel der befragten jungen Menschen ein mittleres Ausmaß intoleranter Einstellungen gegenüber Zugewanderten. Weitere 6.7% sind zudem in hohem Maße ausländerfeindlich eingestellt.

Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls ist somit mit einer Rate von 5.9% bis 7.5% in hohem Maße ausländerfeindlich eingestellter 16- bis 21-Jähriger in der Bevölkerung anzunehmen. Unter Einbeziehung mittelgradiger Ausprägungen liegt die Prävalenzrate in der Population zwischen 23.6 % und 25.6%.

Insgesamt zeigt sich danach, dass ausgeprägte Vorurteile und intolerante Haltungen gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten sich im Grad ihrer Verbreitung nach der Art der Vorurteile differenzieren lassen. Am weitesten verbreitet sind negative Einstellungen gegenüber Migrant:innen (24.6%) sowie islamfeindliche Haltungen (9.8%). Homophobe

Haltungen waren in der Stichprobe bei 7.1% und Formen klassischer antisemitischer Haltungen bei 4% der jungen Menschen zu erkennen.

6 Rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen

In Deutschland stellt der Rechtsextremismus die liberale Demokratie vor besonders ausgeprägte Herausforderungen. Netzwerke aus Personen, Vereinen und Institutionen aus dem rechtsextremen Spektrum sind relativ gut etabliert und teilweise bis in den Deutschen Bundestag vernetzt. So gilt die Alternative für Deutschland (AfD) als rechtsextremer Verdachtsfall, während ihre Jugendorganisation, die Junge Alternative (JA), durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits als gesichert rechtsextrem eingestuft wird.

Es sind gerade junge Menschen, die gezielt durch rechtsextrem geprägte Jugendkulturen angesprochen und mobilisiert werden. Dabei geht es nicht immer um bewusste, politische Entscheidungen, häufig ist es auch ein zufälliges „Hineingeraten“, dass junge Menschen vor allem über erlebnisweltorientierte Rekrutierungsangebote aus rechten Musik-, Sport- und Fanszenen an rechtsextreme Strukturen herangeführt (vgl. Radke 2017; vgl. Claus 2020).

Das Monitoring rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen hat insoweit das Ziel das Potential derer einzuschätzen, die auch abseits bereits bestehender etablierter rechtsextremer Strukturen entsprechende Einstellungsmuster teilen bzw. dafür offen sind und damit eine mögliche Zielgruppe weiterer Mobilisierungsversuche und eine Risikogruppe diesbezüglicher weiterer Radikalisierung darstellen können.

Wie auch in den Studien MiD 2021 (vgl. Endtricht et al. 2022) und MiD 2022 (vgl. Fischer et al. 2023; Brettfeld et al. 2023a) wird Rechtsextremismus auch in der vorliegenden Studie JuMiD in Anlehnung an die Definition der Konsensuskonferenz aus dem Jahr 2001 operationalisiert und gemessen (vgl. dazu Decker et al. 2010, 2013).

Rechtsextreme Einstellungen stellen danach ein Einstellungsmuster dar, das durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen sowie Präferenzen für eine autoritäre politische Führung gekennzeichnet ist. Konkret äußern sich diese Präferenzen und Neigungen auf *politischer Ebene* in einer Affinität zu rechtsautoritären Diktaturen, einer Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie einem nationalistischen Chauvinismus sowie auf *sozialer Ebene* durch die pauschale Abwertung von Fremdgruppen und Minderheiten, die sich in antisemitischen und ausländerfeindlichen Ressentiments sowie sozialdarwinistischen Vorstellungen niederschlagen (vgl. Decker & Brähler 2006).

6.1 Die Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen

Die Messung rechtsextremer Einstellungen erfolgt anhand einer Kurzversion jener Skala, die in den Studien MiD 2021 und MiD 2022 zum Einsatz gekommen ist (vgl. Endtricht et al. 2022; vgl. Fischer et al. 2023). Die hier verwendeten Items sind an die Messungen der Mitte- und Autoritarismusstudien angelehnt (vgl. Küpper et al. 2021; Decker et al. 2022).

Die Skala umfasst die sechs in der Konsensdefinition angeführten Subdimensionen rechtsextremer Einstellungsmuster und ergänzt diese um Islamfeindlichkeit als siebte Subdimension (vgl. Endtricht et al. 2022).

Im Interesse einer möglichst kurzen Interviewzeit wurden die sieben Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen jeweils anhand eines Einzelitems erfasst. Alle Items konnten von den Befragten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) beantwortet werden.

Wie erwartet fällt die Verteilung der Antworten zu diesen Items in der vorliegenden Erhebung überwiegend rechtsschief aus (Tabelle 7). Mit 25.7% erhält die Aussage „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ mit gut einem Viertel der Befragten die höchste Zustimmung. Mit 18.7% erhält auch die Aussage „Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt“ eine recht hohe Zustimmung.

Dem Item zur Messung von Islamfeindlichkeit stimmen 11% der jungen Menschen zu. Bei allen weiteren Items liegt die Zustimmungsrate jeweils unter 10%. Besonders gering fällt die Zustimmung zu der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ aus; dieses Item zur Abfrage traditionell antisemitischer Haltungen wurde nur von 3.7% der Befragten befürwortet.

Zur Bildung der Gesamtskala wurde zunächst eine Hauptkomponentenanalyse der sieben Items durchgeführt. Diese ergab eine einfaktorielle Lösung mit einer Varianzaufklärung von 43.6%. Die Reliabilität einer entsprechend gebildeten Mittelwertskala ist befriedigend ($\omega = .77$). Bei der Bildung einer Mittelwertskala (MW = 1.49, SD = .48) wurden alle sieben Subdimensionen mit gleichem Gewicht einbezogen.

Tabelle 7: Skala zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Ausländerfeindlichkeit							
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	40.6	33.7	18.8	6.9	1.92	.93	3 580
Islamfeindlichkeit							
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	69.1	20.0	8.3	2.7	1.45	.76	3 583
Antisemitismus							
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	83.8	12.5	2.8	0.9	1.21	.52	3 569
Chauvinismus							
Mein Volk ist anderen Völkern überlegen.	68.9	22.2	7.6	1.4	1.42	.69	3 564
Sozialdarwinismus							
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.	46.3	35.0	15.7	3.0	1.75	.82	3 568
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur							
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	78.2	13.9	5.9	1.9	1.32	.67	3 575
Verharmlosung des Nationalsozialismus							
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	75.2	16.7	6.7	1.4	1.34	.66	3 562
Gesamtskala Rechtsextreme Einstellungen					1.49	.48	3 590

6.2 Zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen

Die Analyse der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen junger Menschen erfolgt zunächst anhand der kontinuierlichen Mittelwertskala, um das Ausmaß und rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen zu beschreiben.

Daran anknüpfend erfolgen Schätzungen von Risikopopulationen in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen. Zu diesem Zweck wurde ein kategorialer Indikator gebildet. Junge Menschen, die die sieben dargestellten Items überwiegend ablehnen (Skalenwerte von 1 bis einschl. 2), werden als nicht rechtsextrem eingestuft. Befragte, welche die abgefragten Items zumindest teilweise befürworten (Skalenwerte über 2 bis 2.8), gelten als offen für rechtsextremes Gedankengut und Befragte mit einem Skalenwert von über 2.8 als klar rechtsextrem eingestellt.

6.2.1 Mittelwerte rechtsextremer Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Wie bereits häufig durch einschlägige Forschung dokumentiert, zeigt sich auch bei jungen Menschen (Abbildung 31), dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellung bei Männern (MW = 1.55, SD = .52) signifikant stärker ausgeprägt ist als bei Frauen (MW = 1.43, SD = .43) ($t = -7.4$, $df = 3519$, $p < .001$).

Auch zwischen den Altersgruppen zeigen sich eindeutige Differenzen. So ist das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen bei der Gruppe der 16- bis 17-Jährigen (MW = 1.52, SD = .47) höher als bei den 18- bis 19-Jährigen (MW = 1.46, SD = .47) sowie den 20- bis 21-Jährigen (MW = 1.48, SD = .49) ($t_{\text{Welch}} = 4.730$, $df = 2;2379,7$, $p < .01$).

Ebenso bestätigt sich der in der Forschung zu Rechtsextremismus gut dokumentierte Bildungseffekt: Bei jungen Menschen, mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss oder einen solchen anstreben (MW = 1.40, SD = .40), sind rechtsextreme Einstellungen deutlich seltener als bei jenen mit einem geringeren Bildungsabschluss (MW = 1.71, SD = .58; $t = 18.6$, $df = 3577$, $p < .001$).

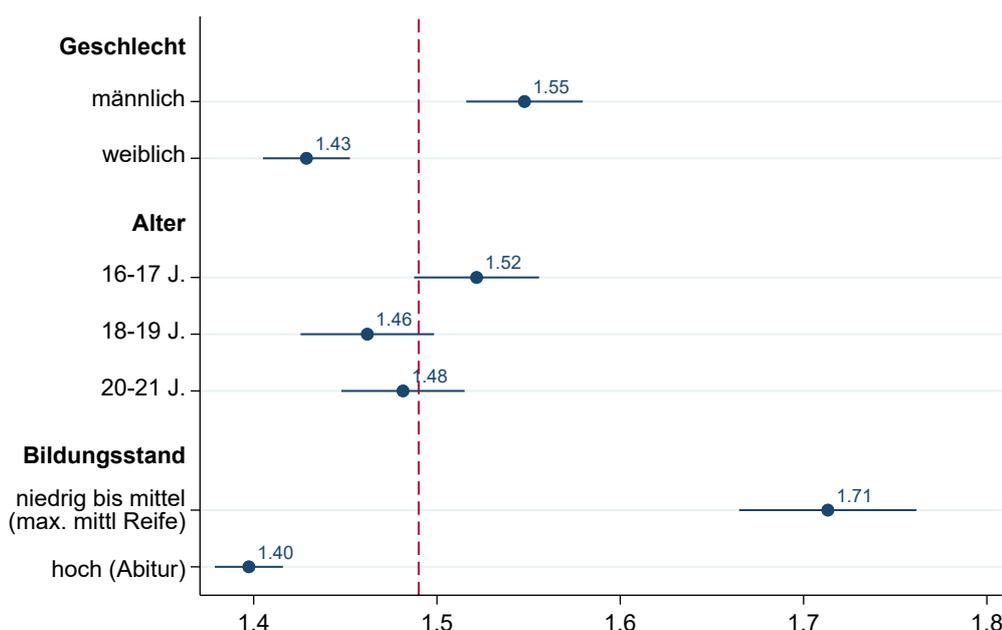


Abbildung 31: Rechtsextreme Einstellungen nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (Mittelwerte und 95% KI)

Das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen ist bei jungen Menschen, die in Ostdeutschland (MW = 1.55, SD = .53) leben, signifikant höher als bei jenen aus Westdeutschland (MW = 1.48, SD = .47) ($t = -3.3$, $df = 3588$, $p < .01$).

Für die Gemeindegrößenklassen ergeben sich ebenfalls Unterschiede ($t_{Welch} = 5.6$, $df = 3;1047.2$, $p < .01$). Diese beziehen sich primär auf die Differenz zwischen jungen Menschen aus Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern (MW = 1.51, SD = .50) einerseits und jungen Menschen aus Städten mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern (MW = 1.43, SD = .44). Hier findet sich folglich kein linearer Zusammenhang.

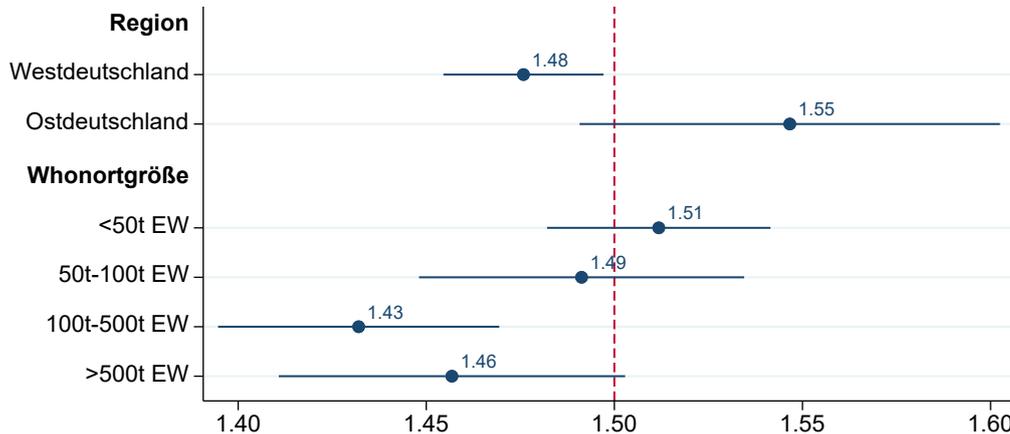


Abbildung 32: Rechtsextreme Einstellungen nach Region und Gemeindegrößenklassen (Mittelwerte und 95% KI)

Hinsichtlich der Zusammenhänge rechtsextremer Einstellungen mit dem Migrationshintergrund lassen sich ebenfalls Differenzen erkennen ($t_{Welch} = 42.6$, $df = 2;1000.1$, $p < .001$). Hier weisen junge Menschen mit Migrationshintergrund in der ersten Generation (MW = 1.72, SD = .54) eine im Schnitt deutlich höhere Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen auf als junge Menschen ohne Migrationshintergrund (MW = 1.45, SD = .47) oder mit Migrationshintergrund in der zweiten Generation (MW = 1.47, SD = .45).

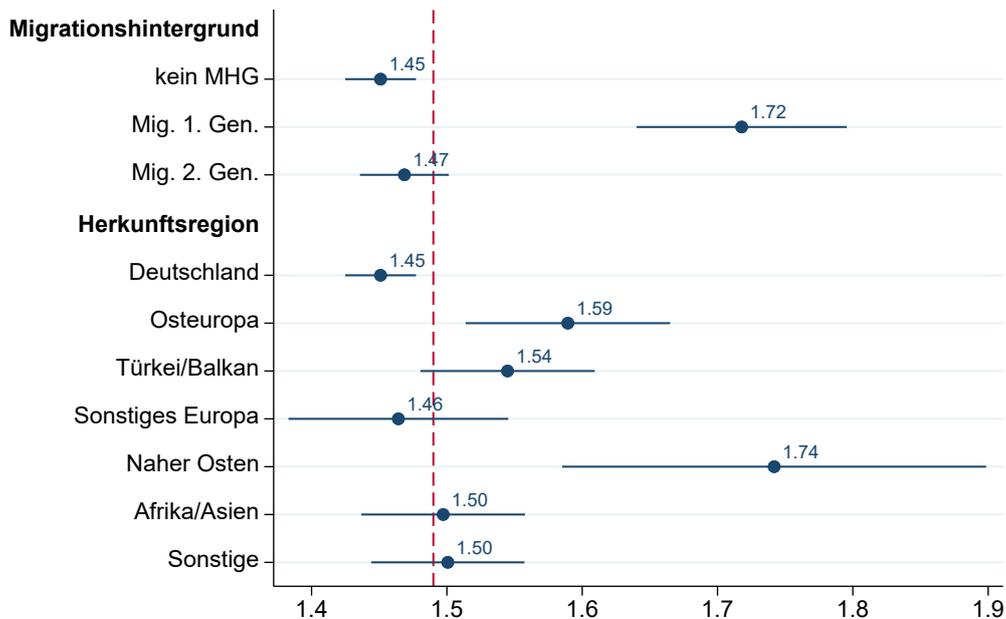


Abbildung 33: Rechtsextreme Einstellungen nach Migrationsstatus und Herkunftsregion (Mittelwerte und 95% KI)

Auch mit Blick auf Herkunftsländer ergeben sich diverse Unterschiede zwischen den Befragten ($t_{Welch} = 8.046$, $df = 6; 640.6$, $p < .001$). Insbesondere junge Menschen aus dem

Nahen Osten (MW = 1.74, SD = .59) heben sich deutlich von Befragten aus Deutschland (MW = 1.45, SD = .47) sowie einigen anderen Herkunftsländern ab. Ein erhöhtes Ausmaß rechtsextremer Einstellungen zeigt sich außerdem bei jungen Menschen aus Osteuropa (MW = 1.59, SD = .59) und der Region Türkei/Balkan (MW = 1.54, SD = .45).

Hinsichtlich der politischen Selbstverortung zeigen sich erwartbare Unterschiede des Ausmaßes rechtsextremer Einstellungen ($t_{Welch} = 166.4$, $df = 4;348.3$, $p < .001$). Während es zwischen politisch links (MW = 1.28, SD = .36) oder Mitte-links (MW = 1.32, SD = .34) Verorteten kaum Unterschiede gibt, nimmt die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen deutlich zu, je weiter rechts die Befragten sich positionieren. Insbesondere unter jungen Menschen, die sich selbst am rechten Rand des politischen Spektrums verorten (MW = 2.45, SD = .48), ist auch das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen deutlich erhöht.

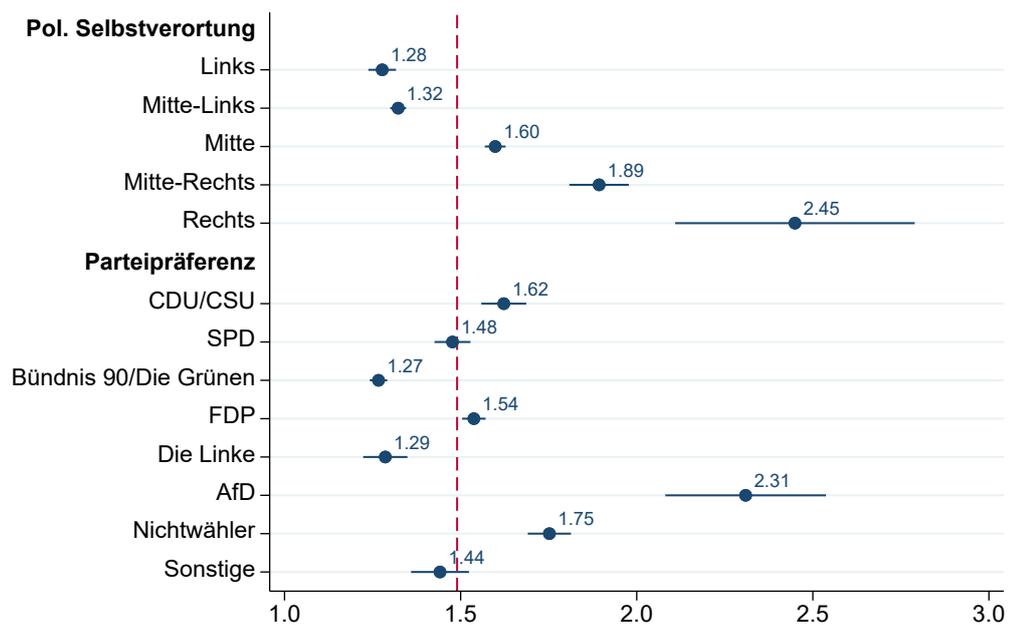


Abbildung 34: Rechtsextreme Einstellungen nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenzen (Mittelwerte und 95% KI)

Die Parteipräferenz der jungen Menschen hat ebenfalls deutliche Effekte ($t_{Welch} = 99.9$, $df = 7;773.9$, $p < .001$). Auffällig niedrige Werte zeigen sich unter Sympathisant:innen der Grünen (MW = 1.27, SD = .32) sowie von Die Linke (MW = 1.29, SD = .42). Den anderen Pol bilden junge Menschen, welche die AfD (MW = 2.31, SD = .68) bevorzugen. Sie stimmen rechtsextremen Einstellungen im Durchschnitt deutlich häufiger zu als alle anderen Teilgruppen. Ebenfalls erhöhte Werte finden sich unter Nichtwähler:innen (MW = 1.75, SD = .52); auch sie heben sich deutlich von allen anderen Teilgruppen ab - wenn auch nicht im selben Maße wie AfD-Sympathisant:innen.

6.2.2 Raten rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen

Bezogen auf die Gesamtstichprobe zeigt sich, dass 88.5% der befragten jungen Menschen rechtsextreme Einstellungen eindeutig ablehnen. 9.4% der Befragten sind als offen für rechtsextremes Gedankengut einzuordnen, während 2.1% als klar rechtsextrem einzustufen sind.

Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls liegt in der Gesamtbevölkerung der jungen Menschen die Rate derer, die offen für rechtsextremes Gedankengut sind, zwischen 8.4% und 10.4%. Die Größenordnung der klar rechtsextrem eingestellten jungen Menschen liegt zwischen 1.6% und 2.6%.

Es zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen den phänomenübergreifend bestimmten demokratiedistanten Einstellungen und den phänomenspezifisch gemessenen rechtsextremen Einstellungen ($r = .58, p < .001$). Demnach hängen beide Einstellungsmuster zwar zusammen, sind aber keineswegs deckungsgleich. Nur 2.9% der Befragten sind zugleich demokratiedistant und offen für rechtsextremes Gedankengut. Klar rechtsextrem und demokratiedistant eingestellt sind weitere 1.4% der jungen Menschen.

Damit sind insgesamt 4.3% der befragten jungen Menschen, im Sinne einer Kombination dieser zwei Messungen, als risikobehaftetes Personenpotential einzustufen. Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls liegt die Schätzung für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden 16- bis 21-Jährigen damit bei 3.6% bis 5.0% rechtsextrem und demokratiedistant Eingestellter.

6.2.3 Raten rechtsextremer Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Es zeigt sich, dass junge Männer mit 10.7% etwas häufiger offen für rechtsextremes Gedankengut sind als junge Frauen 8.1%. Klar rechtsextreme Einstellungsmuster finden sich bei jungen Männern (3.1%) etwa dreimal häufiger als bei jungen Frauen (0.9%) ($\chi^2 = 20.9, df = 1, p < .001$).

Zwischen den Altersgruppen zeigen sich hingegen keine klaren Unterschiede. Die Rate der Offenheit für rechtsextremes Gedankengut liegt zwischen 8.8% (18- bis 19-Jährige) und 9.7% (20- bis 21-Jährige). Auch klar rechtsextreme Einstellungsmuster unterscheiden sich zwischen den drei Altersgruppen nicht signifikant ($\chi^2 = 4.0, df = 2, p > .05$), sie liegen zwischen 1.4% (18- bis 19-Jährige) und 2.5% (20- bis 21-Jährige).

Hinsichtlich des angestrebten Bildungsgrads der jungen Menschen ergibt sich allerdings ein deutliches Bild (Abbildung 35). Unter jungen Menschen, die maximal über die Mittlere Reife verfügen oder diese anstreben, sind deutlich mehr Befragte offen für rechtsextreme Einstellungen (18.4%) als unter denjenigen, die einen hohen Bildungsstand haben (5.7%). Klar rechtsextreme Einstellungsmuster finden sich bei Befragten mit niedrigem bis mittlerem Bildungsgrad (4.7%) ebenfalls deutlich häufiger als bei solchen mit Abitur oder einem äquivalenten Abschluss (1.1%) ($\chi^2 = 47.2, df = 1, p < .001$).

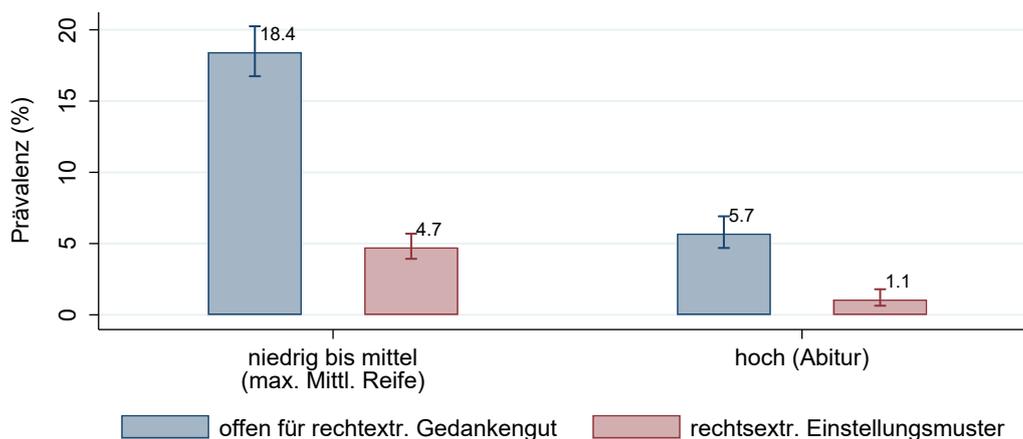


Abbildung 35: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI)

Mit Blick auf regionale Unterschiede (Abbildung 36) zeigen sich mit Blick auf die Offenheit für rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen aus Westdeutschland (9.0%) und Ostdeutschland (11.3%) nur geringe Differenzen. Ebenso ergeben sich für die Rate klar

rechtsextrem eingestellter junger Menschen aus West- (1.9%) und Ostdeutschland (3.2%) nur kleine, knapp signifikante Differenzen ($\chi^2 = 3.9$, $df = 1$, $p < .05$).

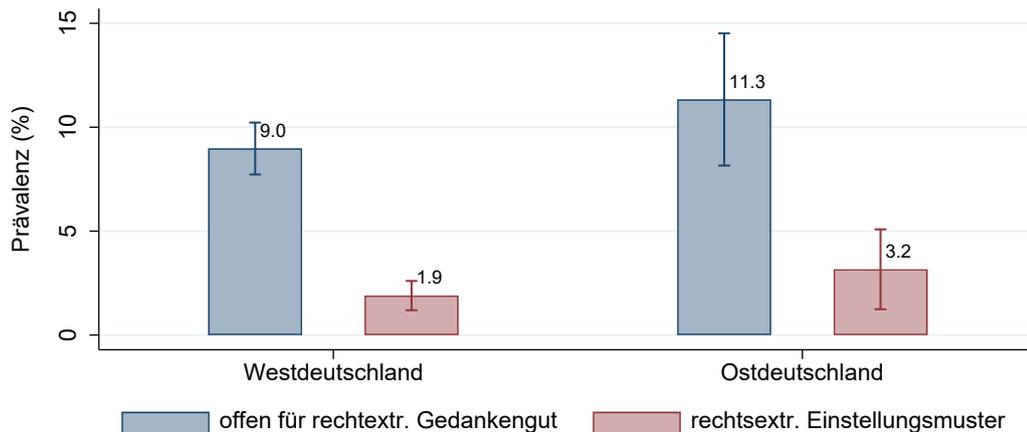


Abbildung 36: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Region (Prozent und 95% KI)

Eine Analyse der Gemeindegrößenklassen (Abbildung 37) zeigt, dass keine deutlichen Unterschiede der Prävalenzraten rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen hier bestehen. Die Offenheit für rechtsextremes Gedankengut liegt zwischen 7.3% (100 000 bis 500 000 Einw.) und 10.0% (weniger als 50 000 Einw.). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch mit Blick auf klar rechtsextreme Einstellungsmuster, die zwischen 1.4% (100 000 bis 500 000 Einw.) und 2.4% (weniger als 50 000 Einw.) liegen und sich nicht signifikant voneinander unterscheiden ($\chi^2 = 3.1$, $df = 3$, $p > .05$).

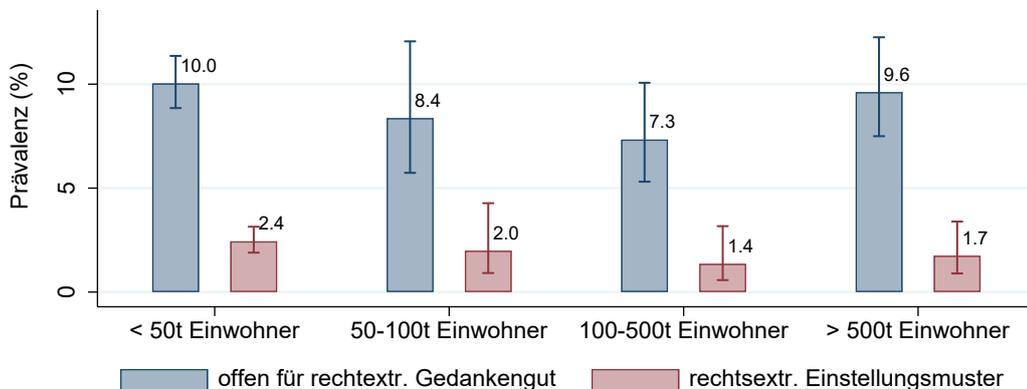


Abbildung 37: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Gemeindegrößenklassen (Prozent und 95% KI)

Vor allem junge Befragte, die einen Migrationshintergrund in der ersten Generation aufweisen (21.9%) sind deutlich häufiger offener für rechtsextremes Gedankengut als junge Migrant:innen der zweiten Generation (8.3%) oder junge Befragte ohne Migrationshintergrund (7.5%) (Abbildung 38).

In Bezug auf klar rechtsextreme Einstellungsmuster ergeben sich mit Bezug auf den Migrationshintergrund zwar ebenfalls Unterschiede, diese fallen aber weit weniger deutlich aus ($\chi^2 = 6.7$, $df = 2$, $p < .05$). Die Prävalenzraten liegen hier zwischen 1.8% (Migrationshintergrund 1. Generation) und 4.0% (Migrationshintergrund 2. Generation).

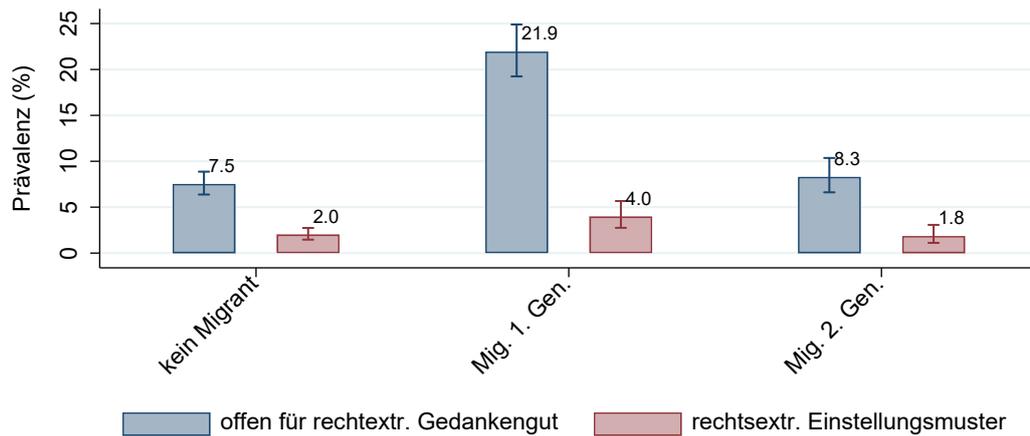


Abbildung 38: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

In Hinblick auf die Herkunftsregion der jungen Menschen (Abbildung 39), zeigen vor allem Befragte aus dem Nahen Osten (17.5%), Afrika/Asien (15.2%) und Osteuropa (14.7%) eine höhere Rate der Offenheit für rechtsextremeres Gedankengut.

Die Rate klar rechtsextremer Einstellungsmuster zeigt vor allem deutliche Unterschiede zwischen jungen Befragten aus dem Nahen Osten (6.8%) und Osteuropa (3.8%) im Vergleich zu jungen Befragten aus Deutschland (2.0%) ($\chi^2 = 22.2$, $df = 6$, $p < .01$).

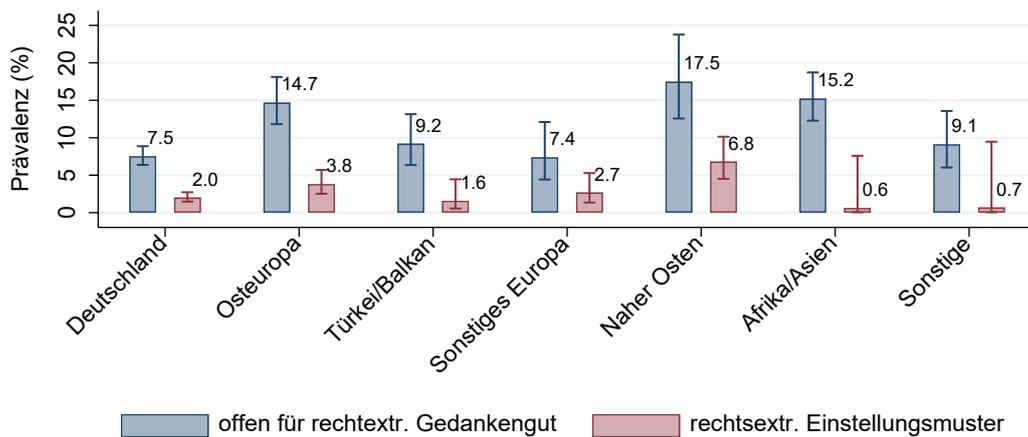


Abbildung 39: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI)

In Bezug auf die politische Selbstverortung ergibt sich erneut ein klares Bild (Abbildung 40). Während Befragte, die sich politisch links (4.0%) oder Mitte-Links (3.2%) verorten, nicht nennenswert voneinander unterscheiden, fällt die Rate der Offenheit für rechtsextremeres Gedankengut umso höher aus, je weiter rechts Befragte sich verorten. Sie erreicht mit 30.6% bei jungen Menschen, die sich als politisch rechts einordnen, ihren Maximalwert.

Die Rate klar rechtsextremer Einstellungsmuster zeigt ein ähnliches Muster ($\chi^2 = 294.0$, $df = 4$, $p < .001$). Insbesondere junge Befragte am rechten Rand des politischen Spektrums (29.4%) sind deutlich häufiger als klar rechtsextrém eingestuft als Befragte aus den Vergleichsgruppen. Verorten sich junge Menschen politisch Mitte-Rechts (8.5%) weisen auch sie noch deutlich erhöhte Raten klar rechtsextremer Einstellungsmuster auf als junge Befragte, die sich in politisch in der Mitte (1.7%) oder im linken Spektrum (0.4% bis 0.5%) verorten.

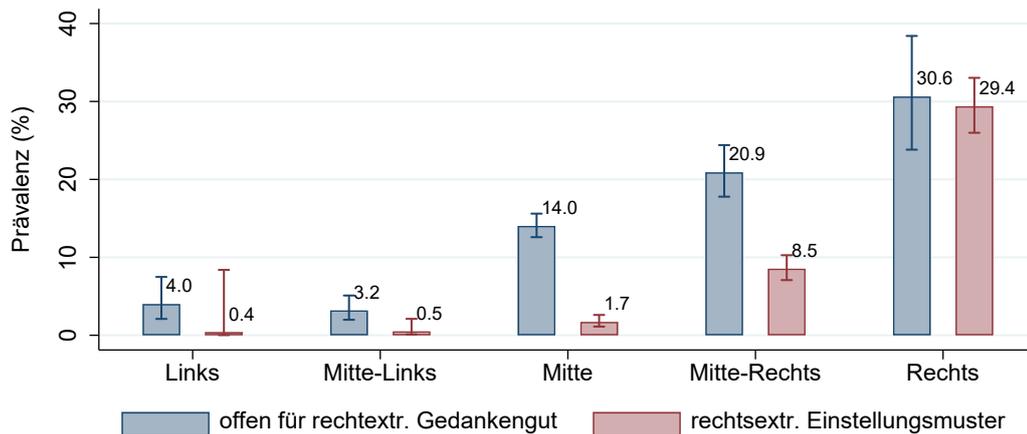


Abbildung 40: Raten rechtsextremer Einstellungen nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Für die Parteipräferenzen der jungen Menschen zeigt sich das bereits bekannte Bild (Abbildung 41): Insbesondere AfD-Sympathisant:innen sind mit 32.7% deutlich häufiger offen für rechtsextrems Gedankengut als Sympathisant:innen der anderen großen Parteien (2.9% bei den Grünen bis 13.8% bei CDU/CSU). Auch junge Nichtwähler:innen fallen mit 22.3% durch eine deutlich höhere Rate der Offenheit für rechtsextrems Gedankengut auf.

Ähnlich deutlich fällt auch der Befund zur Rate klar rechtsextremer Einstellungsmuster aus ($\chi^2 = 143.5$, $df = 7$, $p < .001$). Auch hier stehen AfD-Sympathisant:innen (18.8%) deutlich hervor, während Sympathisant:innen der anderen großen Parteien zwischen 0.5% (Die Grünen) und 2.9% (CDU/CSU) liegen. Nichtwähler:innen (3.5%) und Sympathisant:innen sonstiger Parteien (2.9%) stehen ebenfalls nicht besonders hervor.

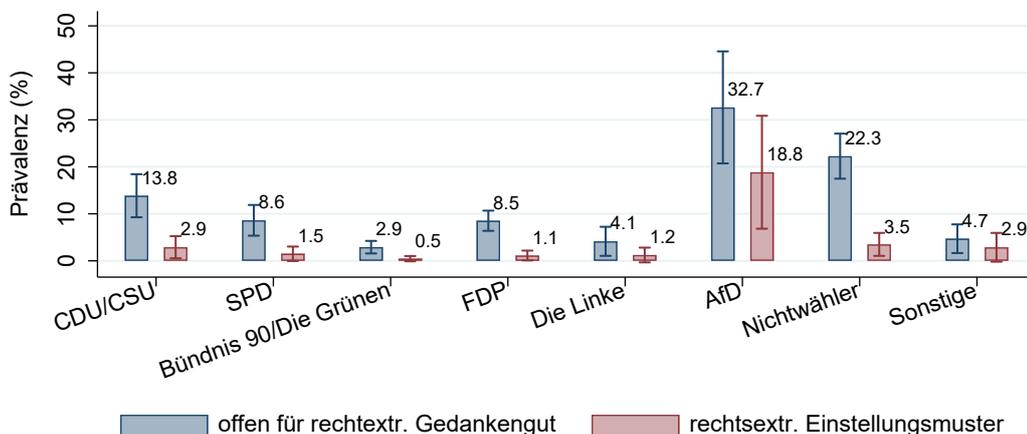


Abbildung 41: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Es ist festzuhalten, dass die AfD bereits viele junge Menschen, die zumindest offen für rechtsextrems Gedankengut sind, für sich gewinnen konnte. Mit Blick auf die Rate der Offenheit für rechtsextrems Gedankengut unter Nichtwähler:innen und Sympathisant:innen der CDU/CSU besteht aber offenbar auch noch weiteres Mobilisierungspotential. Zudem sind auch unter den Sympathisant:innen der SPD (8.6%) und der FDP (8.5%) in relevantem Ausmaß Befragte in relevantem Ausmaß zu finden, die offen für rechtsextrems Gedankengut sind.

6.2.4 Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den Bundesländern

Beim Vergleich der einzelnen Bundesländer (Abbildung 42) zeigt sich, dass insbesondere junge Menschen in Thüringen besonders häufig zumindest offen für rechtsextremes Gedankengut sind (23.6%). Ihnen folgen junge Menschen aus Sachsen-Anhalt (17.5%) und Schleswig-Holstein (15.8%). Am niedrigsten fallen die Werte in Bayern (8.0%), Nordrhein-Westfalen (9.9%) und Mecklenburg-Vorpommern (10.2%) aus.

Betrachtet man hingegen die Rate junger Menschen, die klar rechtsextreme Einstellungsmuster aufweisen, zeigt Schleswig-Holstein (7.3%) einen deutlich erhöhten Wert und setzt sich damit auch von Thüringen (4.2%), Brandenburg (4.1%) und Mecklenburg-Vorpommern (3.8%) ab.

Die Stadtstaaten zeigen ein weitestgehend uniformes Bild. Die Offenheit für rechtsextremes Gedankengut liegt in Bremen (13.4%) und Hamburg (13.0%) auf ähnlichem Niveau und fällt in Berlin (8.5%) etwas niedriger aus. Dahingegen sind in Berlin 2.8% der befragten jungen Menschen als klar rechtsextrem einzustufen, während es weder in Bremen noch in Hamburg entsprechende Fälle gab.

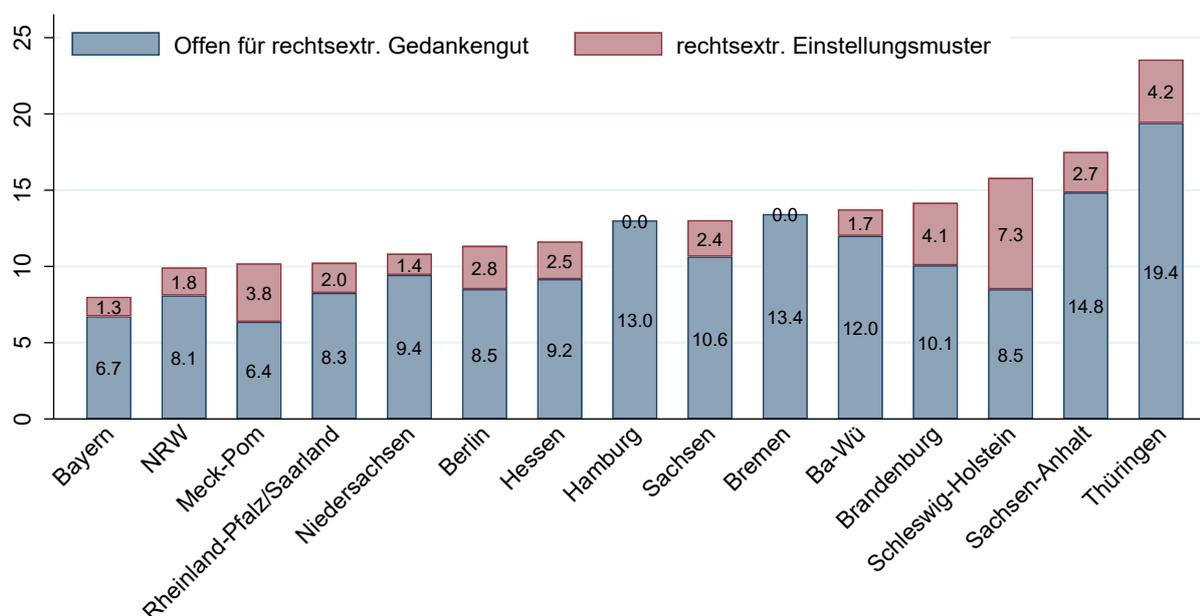


Abbildung 42: Raten rechtsextremer Einstellungen nach Bundesland (Prozent und 95% KI)

Es ist somit zu konstatieren, dass die Rate der mindestens offen für rechtsextremes Gedankengut eingestellten jungen Menschen tendenziell eher in ostdeutschen Bundesländern wie Thüringen und Sachsen-Anhalt erhöht ist. Sachsen (13%), Berlin (11.3%) oder Mecklenburg-Vorpommern (10.2%) unterscheiden sich allerdings nicht wesentlich von den meisten westdeutschen Bundesländern.

Rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen sind folglich ein Problem der gesamten Bundesrepublik und können nicht als spezifisches Problem einzelner Teilregionen eingeordnet und verstanden werden.

7 Islamismusaffine Einstellungen bei jungen Muslim:innen

Die Verbreitung islamistischer bzw. islamismusaffiner Einstellungen sind ein wichtiges Thema des MOTRA-Einstellungsmonitorings in Bezug auf phänomen- und ideologie-spezifische Formen der Radikalisierung und des politischen Extremismus. Dies gilt auch in Bezug auf jüngere Menschen. Insoweit werden in JuMiD für die 16- bis 21-jährigen in Deutschland lebenden jungen Muslim:innen gesonderte Befragungsmodule eingesetzt, die in ähnlicher Weise auch in den Studien MiD 2021 und MiD 2022 in den Teilstichproben der erwachsenen Muslim:innen verwendet wurden (vgl. dazu Wetzels & Brettfeld, 2023a). Die entsprechenden Fragen wurden in JuMiD von n = 297 Muslim:innen beantwortet.

Aufgrund des aus Kostengründen nicht erfolgten Oversamplings junger Muslim:innen (vgl. dazu Fischer et al. 2023) basieren die Befunde der folgenden Analysen auf einer kleineren Teilstichprobe als das in MiD 2021 und 2022 der Fall ist. Obschon auch das Subsample der jungen Muslim:innen in JuMiD für diese Teilpopulation junger Menschen in Deutschland durchaus repräsentativ ist (soweit diese über deutsche Sprachkenntnisse verfügen) führt die in JuMiD geringere Fallzahl gleichwohl dazu, dass darauf basierende Schätzungen relativ ungenau werden. Dennoch können diese Daten Anhaltspunkte und Hinweise bezüglich des auf den Islamismus bezogenen, phänomenspezifischen Radikalisierungsgeschehens in dieser Teilgruppe junger Menschen bieten.

Anknüpfend an frühere Forschungen (Brettfeld & Wetzels 2007) und im Einklang mit den im Kontext von MOTRA bereits vorgelegte Arbeiten (vgl. Wetzels et al. 2022a, 2022b Wetzels & Brettfeld 2023a) wird Islamismus im Folgenden als Einstellungsmuster verstanden, das „Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat und Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angenommen werden“ (Seidensticker 2016, 9) umfasst. Islamismus ist somit als religiös-politische Form des Extremismus zu verstehen, die ihre Legitimierung aus als allgemeingültig angesehenen, gottgegebenen Wahrheiten bezieht. Den so vorgegebenen Werten und Normen haben sich in dieser Sichtweise alle Menschen unterzuordnen, unabhängig davon, ob sie selbst Muslim:innen sind oder nicht. Islamist:innen begrenzen insofern den Islam „nicht auf die religiöse Sphäre des eigenen Lebens oder der eigenen Gemeinschaft [...]“, sondern sie erheben ihn „politisch zum Leitprinzip der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens“ (Brettfeld & Wetzels 2007, S. 58). Islamistische Ideologien stehen von daher in wichtigen Aspekten in einem Gegensatz zu grundlegenden Prinzipien des freiheitlich demokratischen Verfassungsstaats, da sie Pluralität oder demokratisch legitimierte Machtausübungen und deren Kontrolle durch entsprechende staatliche Institutionen und Verfassungsorgane unter Verweis auf ein Primats des ‚göttlichen‘ bzw. der göttlichen Offenbarungen im Koran wie auch unter Hinweis auf das Vorbild sowie die Lehren des Propheten (bzw. auch unter Betonung des Vorbildes des Lebens und der Regeln historisch ersten, frühen muslimischen Gemeinschaften) ablehnen (vgl. a. Schröter, 2019; zur Vielfalt der Religionsauffassungen und Gesellschaftskonzeptionen im Islam vgl. Schröter, 2021).

Mit Blick auf die Relevanz des Phänomens Islamismus für junge Menschen ist darauf zu verweisen, dass islamistisch motivierte Straftaten vornehmlich durch junge Menschen, vor allem Heranwachsende und junge Erwachsene, begangen werden, wofür u.a. die gezielte jugendkulturgerechte Ansprache durch islamistische Akteur:innen und Organisationen eine Rolle spielt (vgl. Srowig et al. 2018; Glaser et al. 2019). So sucht die islamistische Szene in Deutschland bewusst die Nähe junger Menschen, um sie möglichst früh im Rahmen ihres Sozialisationsprozesses zu erreichen und zu rekrutieren. Dieser Umstand schlägt sich u.a. darin nieder, dass es sich bei der überwiegenden Mehrheit derjenigen, die dem Ruf des „Islamischen Staat“ nach Syrien gefolgt sind und die dann als

Rückkehrer:innen wieder nach Deutschland kamen, um junge Menschen im Alter von unter 25 Jahren handelt (vgl. BKA et al. 2016).

7.1 Die Skala zur Messung islamismusaffiner Einstellungen

Zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen wurde eine aus acht Items bestehende Skala verwendet, die gleichermaßen in den Studien MiD 2021 (vgl. Endtricht et al. 2022) und MiD 2022 (vgl. Fischer et al. 2023) verwendet wurde (vgl. zu den Ergebnissen Wetzels & Brettfeld, 2023a). Darin werden Aspekte einer religiös motivierten Demokratiedistanz - also der Erhebung religiöser Prinzipien über die politische Verfasstheit des Staates - sowie pauschale Abwertungen westlicher Kulturen und nicht islamischer Religionen aufgegriffen. Ferner wird eine pauschal übersteigerte Aufwertung des Islam in der Skala berücksichtigt. Alle Items konnten auf einer 4-stufigen Likert-Skala (1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) beantwortet werden (Tabelle 8).

Die höchste Zustimmung erhält die Aussage zur pauschalen Aufwertung des Islam: „Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“. Ihr stimmen 47.8% der jungen Muslim:innen zu.

Tabelle 8: Skala zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte, nur muslimische Befragte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Verhältnis Religion - Politik							
Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform.	36.5	35.9	19.1	8.4	1.99	.95	286
Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.	26.8	30.0	27.3	15.9	2.32	1.04	286
Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden.	34.6	41.7	17.4	6.3	1.95	.88	286
Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland.	48.9	33.8	13.6	3.7	1.72	.84	286
Intoleranz /Abwertung anderer							
In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern.	28.6	41.4	18.7	11.3	2.13	.96	289
Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.	25.3	34.7	26.7	13.4	2.28	.99	281
Juden kann man nicht trauen.	71.0	19.3	7.5	2.3	1.41	.73	293
Pauschale Aufwertung des Islam							
Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.	19.6	32.6	25.9	21.9	2.50	1.04	291
Gesamtskala					2.03	.62	285

Auch Aussagen mit Bezug auf die Abwertung Anderer erhalten hohe Zustimmungswerte. So denken 40.1% der Befragten, dass die Sexualmoral westlicher Gesellschaften völlig verkommen ist und 30.0% sind überzeugt, dass christliche Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern. Antisemitische Einstellungen finden sich zudem bei 9.8% der jungen Muslim:innen.

Mit 43.2% die zweithöchste Zustimmung erhält die Aussage „Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland“. Sie liegt damit deutlich über den

Zustimmungsraten zu den weiteren Aussagen zum Verhältnis von Religion und Politik, die von 17.3% bis 27.5% der jungen Muslim:innen befürwortet werden.

Eine anhand dieser acht Items durchgeführte Hauptkomponentenanalyse ergibt eine zweifaktorielle Lösung. Der zweite Faktor besteht ausschließlich aus Nebenladungen der drei Items zur Messung der religiös motivierten Intoleranz und weist einen eher niedrigen Eigenwert (1.12) auf. Der erste Faktor hat hingegen einen hohen Eigenwert (3.62), mit Ladungen aller acht Items. Über diesen werden 45.3% der Varianz dieser Items aufgeklärt. Dementsprechend wurde eine Mittelwertskala (MW = 2.03, SD = .62) gebildet, in die alle acht Items mit gleichem Gewicht einfließen. Die Reliabilität ($\omega = .84$) dieser Skala ist als gut einzustufen ist. Für weitere Analysen wurden nur Fälle berücksichtigt, die auf mindestens sechs Items über gültige Werte verfügen (n = 285).

7.2 Zur Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen

Im Folgenden wird zunächst eine Analyse der Intensität und sozialen Verteilung islamismusaffiner Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen junger Muslim:innen anhand der kontinuierlichen Mittelwertskala vorgenommen.

Anschließend erfolgt eine Schätzung der Größenordnungen der mit Blick auf islamismusaffine Einstellungen relevanten Risikopopulationen unter den 16- bis 21-jährigen Muslim:innen in Deutschland. Dazu wird ein kategorialer Indikator gebildet, der sich an der Überschreitung bestimmter kritischer Werte (Cut-Off-Werte) auf der kontinuierlichen Mittelwertskala der Erfassung islamismusaffiner Einstellungen orientiert. Junge Muslim:innen, welche die hier verwendeten acht Items weit überwiegend klar ablehnen, was sich in Werten von 1 bis maximal 2 auf der Gesamtskala niederschlägt, werden als nicht islamismusaffin eingestuft. Befürworten junge Muslim:innen diese Items zumindest teilweise (bei Skalenwerten über 2 bis einschließlich 2.8) werden sie als offen für islamistisches Gedankengut eingestuft. Befragte mit Skalenwerten über 2.8 werden, da sie die Mehrheit der Items eindeutig befürwortet haben, als klar islamismusaffin kategorisiert. Es werden hier die gleich absoluten Cut-Off-Werte für die Indikatorbildung verwendet, wie auch bei der Bildung des Indikators für Rechtsextremismus (s. Kapitel 6).

7.2.1 Mittelwerte islamismusaffiner Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

In Bezug auf das Geschlecht der jungen Muslim:innen (Abbildung 43) ergeben sich keine signifikanten Differenzen des Ausmaßes islamismusaffiner Einstellungen.

Hinsichtlich des Alters zeigt sich bei den jüngsten Muslim:innen (16 u. 17 Jahre; MW = 2.20, SD = .69) ein erhöhtes Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen im Vergleich zu den beiden älteren Gruppen ($t_{\text{Welch}} = 4.1$, $df = 2;208.8$, $p < .05$). Die 18- bis 19-Jährigen (MW = 1.96, SD = .57) und 20- bis 21-Jährigen (MW = 1.96, SD = .58) unterscheiden sich hingegen nicht signifikant voneinander.

Mit Blick auf den Bildungsstand ist das Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen bei junge Muslim:innen mit einem niedrigen bis mittleren Bildungsgrad (MW = 2.19, SD = .66) deutlich ausgeprägter als im Falle eines Abiturs oder vergleichbaren höheren Abschlusses (MW = 1.93, SD = .56) ($t = 3.8$, $df = 332$, $p < .001$).

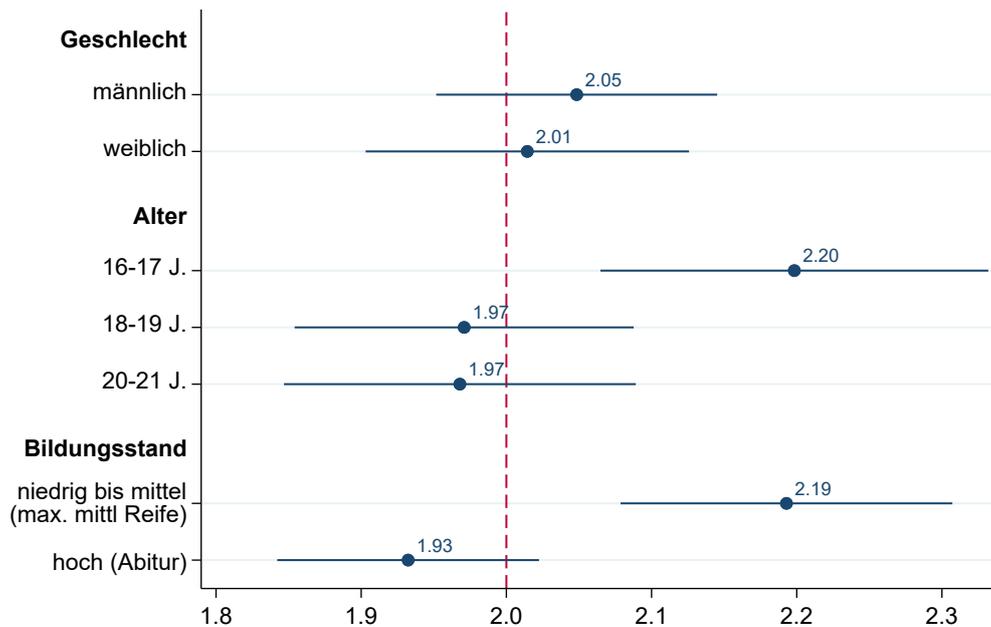


Abbildung 43: Islamismusaffine Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Hinsichtlich der Regionen in denen die jungen Muslim:innen in Deutschland leben finden sich keine statistisch signifikanten Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland. Auch die Größe des Wohnortes spielt keine Rolle für das Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen.

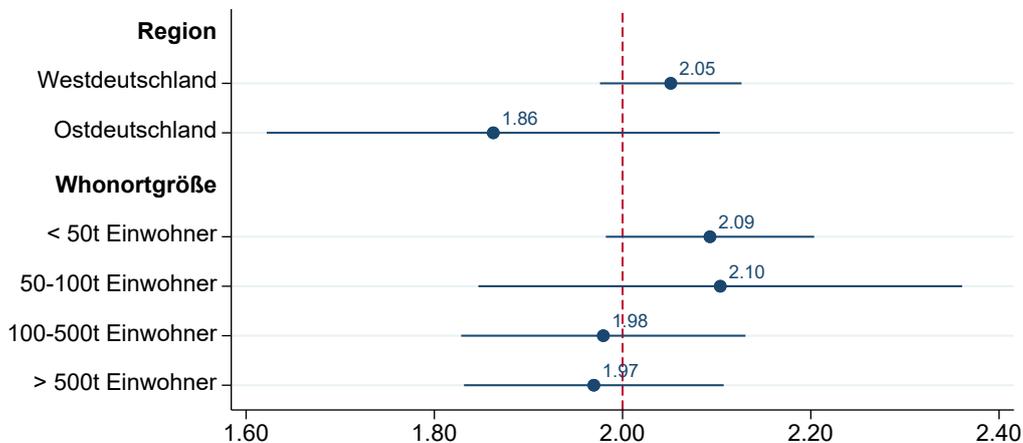


Abbildung 44: Islamismusaffine Einstellungen nach Region und Gemeindegrößenklasse (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Hinsichtlich der politischen Selbstverortung zeigt sich (Abbildung 45), dass Befragte, die sich selbst als politisch rechts (MW = 2.57, SD = .59) oder in der Mitte (MW = 2.10, SD = .60) verorten signifikant höhere islamismusaffine Einstellungen aufweisen als junge Muslim:innen, die sich selbst als Mitte-Links (MW = 1.88, SD = .59) sehen ($t_{Welch} = 6.4$, $df = 4;40.4$, $p < .01$). Islamismusaffinität ist danach auch bei jungen Menschen eher im politisch rechten Spektrum anzutreffen und stärker ausgeprägt.

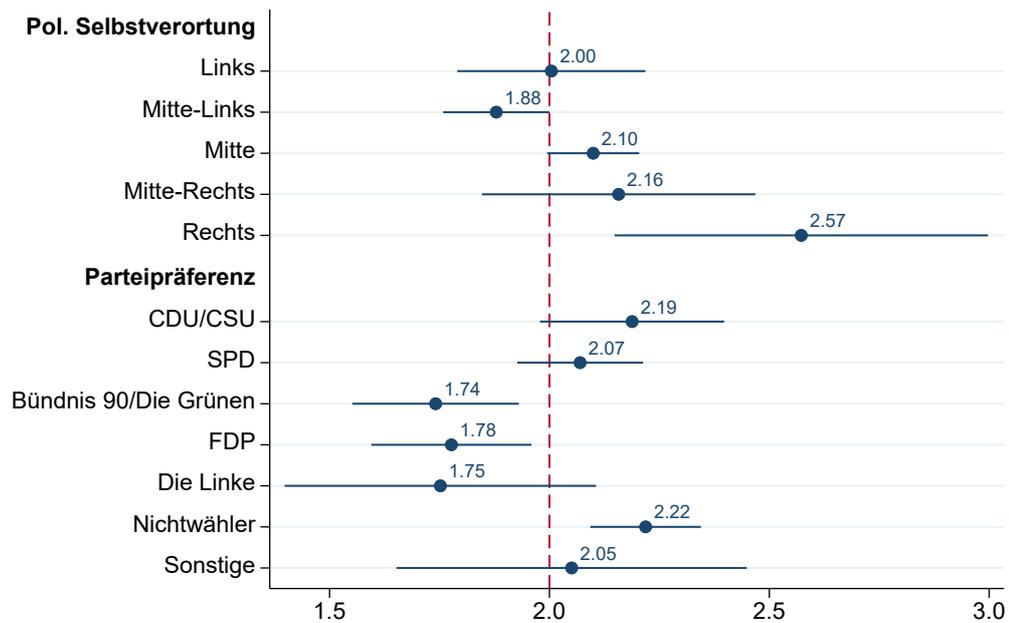


Abbildung 45: Islamismusaffine Einstellungen nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Mittelwerte und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Mit Blick auf die Analyse der Parteipräferenz der jungen Muslim:innen ist zunächst anzumerken, dass es unter ihnen nur n = 1 AfD-Sympathisantin (MW = 3.50) gab. Die AfD wurde insofern hier aus der Analyse ausgenommen.

Das Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen erweist sich bei jungen muslimischen Nichtwähler:innen (MW = 2.22, SD = .66) und Sympathisant:innen der Union (MW = 2.19, SD = .53) als erhöht. Das niedrigste Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen findet sich bei Sympathisant:innen der Grünen (MW = 1.74, SD = .56), wobei auch Linke (MW = 1.75, SD = .32) und Sympathisant:innen der FDP (MW = 1.78, SD = .61) ebenfalls unter dem Durchschnitt liegen.

7.2.2 Raten islamismusaffiner Einstellungen bei jungen Muslim:innen

Um eine Einschätzung des Risikopotentials islamismusaffiner Einstellungen unter jungen Muslim:innen sowohl in Bezug auf die Offenheit für islamistisches Gedankengut als auch mit Blick auf bereits klar islamismusaffin eingestellte junge Menschen zu erhalten, wird der bereits beschriebene kategoriale Indikator verwendet.

Insgesamt liegt unter Zugrundlegung dessen bei 34.1% der befragten jungen Muslim:innen eine Offenheit für islamistisches Gedankengut vor. 11.1% können zudem als klar islamismusaffin eingestuft werden.

Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls, mit dem stichprobenbedingte Ungenauigkeiten in Rechnung gestellt werden, ergibt sich damit eine Rate der Offenheit für islamistisches Gedankengut, die bei den in Deutschland lebenden jungen Muslim:innen dieser Altersgruppe (16 bis 21 Jahre) zwischen 28.6% und 39.6% liegt. Klar islamismusaffin eingestellte junge Muslim:innen finden sich danach in der altersgleichen Wohnbevölkerung dieser Gruppe in einer Größenordnung zwischen 7.5% und 14.7%.

Für die islamismusaffinen Einstellungen liegt zwar eine signifikante Korrelation mit den phänomenübergreifend erfassten demokratiedistanten Einstellungen vor ($r = .27$, $p < .001$), diese ist allerdings deutlich weniger ausgeprägt als die Korrelation von Demokratiedistanz mit rechtsextremen Einstellungen.

Die Rate der demokratiedistanten jungen Muslim:innen beläuft sich in der vorliegenden Stichprobe auf 20.1%. Offen für islamistisches Gedankengut und gleichzeitig demokratiedistant sind 8.5% der jungen Muslim:innen, ferner sind 3.2% von ihnen demokratiedistant und klar islamismusaffin.

Somit liegen bei insgesamt 11.7% der jungen Muslim:innen sowohl mindestens eine Offenheit für islamistisches Gedankengut als auch eine demokratiedistante Einstellung vor. Unter Zugrundelegung eines 95% Konfidenzintervalls ergibt sich daraus eine Schätzung des Umfangs einer entsprechenden Risikopopulation von 8% bis 15.4% der in Deutschland lebenden 16- bis 21-jährigen Muslim:innen.

7.2.3 Raten islamismusaffiner Einstellungen nach soziodemografischen Merkmalen

Das Geschlecht der Befragten macht in Bezug auf die Raten islamismusaffin eingestellter junger Muslim:innen keinen Unterschied. Insgesamt sind 45.7% der Männer und 43.8% der Frauen entweder offen für islamistisches Gedankengut oder klar islamismusaffin. Auch begrenzt auf die klar islamismusaffin eingestellten jungen Muslim:innen finden sich nur leichte, aber noch nicht signifikante Differenzen zwischen Frauen (8.9%) und Männern (13.1%).

Bei einem Vergleich der Raten der mindestens offen für islamistisches Gedankengut eingestellten jungen Muslim:innen findet sich in der Gruppe der 16- bis 17-Jährigen die höchste Rate (53.8%). Hier zeigt sich auch eine erhöhte Rate klar islamismusaffin eingestellter Personen (18.3%) ($\chi^2 = 7.1$, $df = 2$, $p < .05$).

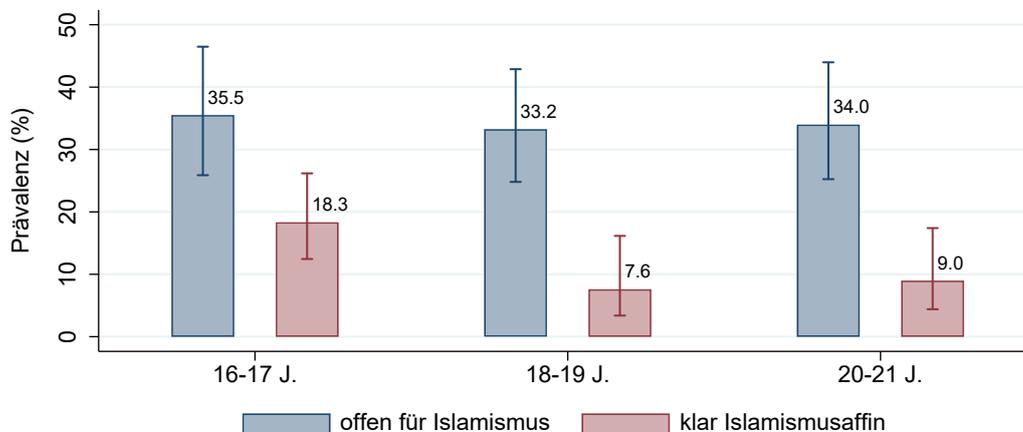


Abbildung 46: Raten islamismusaffiner Einstellungen nach Alter (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Weiterhin liegt auch ein Bildungseffekt vor (Abbildung 47): Im Falle eines niedrigen oder mittleren Bildungsgrades ist die Rate der mindestens offen für Islamismus eingestellten Befragten mit 61.1% deutlich höher als unter jungen Muslim:innen mit hohem Bildungsabschluss mit 35%. Dies gilt auch für eine auf die Raten klar islamismusaffin eingestellter junger Muslim:innen beschränkte Betrachtung ($\chi^2 = 9.3$, $df = 1$, $p < .01$).

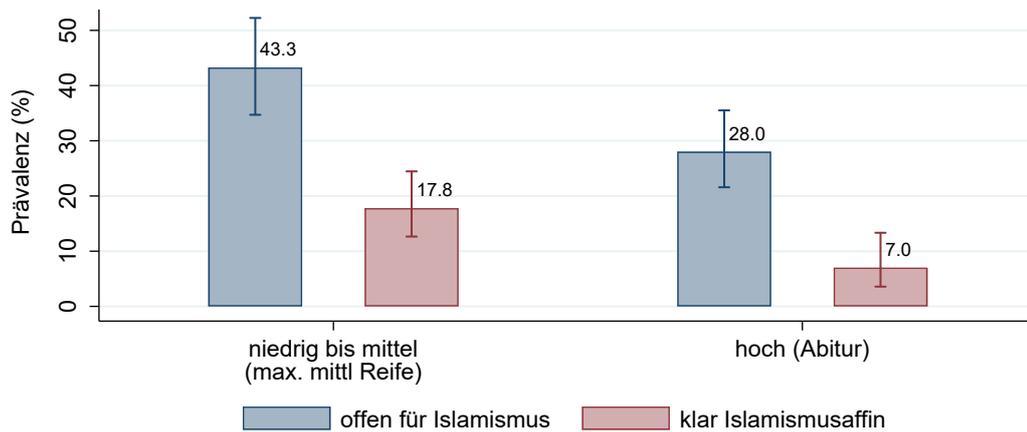


Abbildung 47: Raten islamismusaffiner Einstellungen nach Bildungsniveau (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Eine überwiegende Mehrzahl der jungen Muslim:innen stammt aus den Regionen Türkei/Balkan, Naher Osten oder Afrika/Asien, weshalb alle weiteren Regionen als Sonstige zusammengefasst wurden (Abbildung 48).

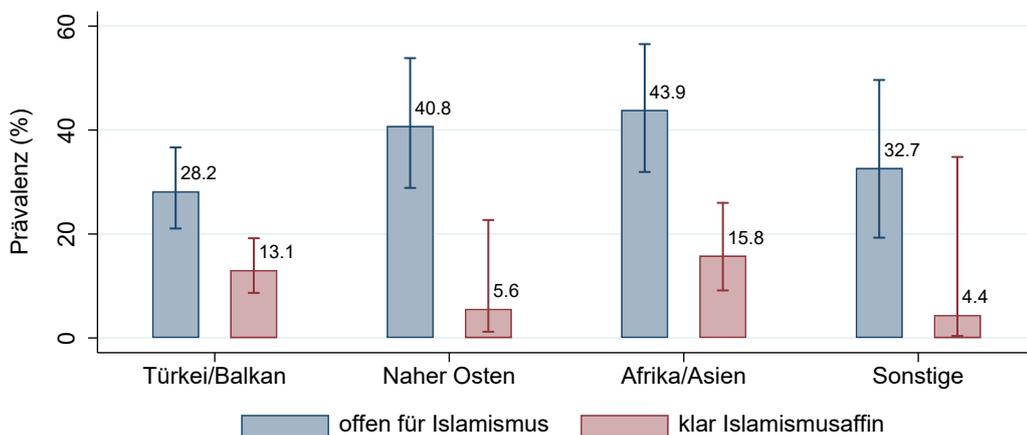


Abbildung 48: Raten islamismusaffiner Einstellungen nach Herkunftsregion (Prozent und 95% KI, nur muslimische Befragte)

Diesbezüglich finden sich keine eindeutigen Unterschiede in Bezug auf die Raten junger Muslim:innen die mindestens offen für islamistisches Gedankengut sind. Die Differenzen zwischen den Herkunftsregionen in Bezug auf die Rate klar islamismusaffiner Befragter sind ebenfalls nicht signifikant.

8 Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt

Ein mit Blick auf Prävention besonders wichtiges, politisch-extremistische Einstellungen sowie Intoleranz und gruppenbezogene Vorteile begleitendes Phänomen besteht in der Akzeptanz bis hin zur aktiven Ausübung von Gewalt gegen Personen und Sachen vor dem Hintergrund einer politischen Zielsetzung oder Motivation. Im Folgenden wird insoweit die Verbreitung der Akzeptanz politisch-ideologisch oder politisch-religiös motivierter Gewalt in den Blick genommen.

Diese gesonderte Erfassung politischer Gewaltakzeptanz ermöglicht eine differenzierte Erfassung spezifischer Risikogruppen. Auf diesem Wege kann das Personenpotential der jungen Menschen, die demokratiedistante, rechtsextreme oder islamistische Einstellungen aufweisen, aber Gewalt als Mittel der Durchsetzung nicht akzeptieren, getrennt werden von

dem Potenzial jener, bei denen solchen politisch-extremistischen Einstellungen auch mit einer Befürwortung von Gewalt verbunden ist.

Zunächst werden diesbezüglich phänomenübergreifende Formen der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt untersucht und ihre Verbreitung in der Wohnbevölkerung der jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland bestimmt. Weiterhin werden diese Befunde im Zusammenhang mit den in den Kapiteln zu Demokratiedistanz, Intoleranz und Rechtsextremismus identifizierten Risikogruppen verknüpft.

In einem weiteren Abschnitt wird ferner spezifisch islamistisch konnotierten Formen der Akzeptanz politisch-religiös motivierter Gewalt nachgegangen. Auch hier wird zunächst die Verbreitung dieses Phänomens in der Stichprobe der jungen Muslim:innen bestimmt, um daran anschließend Analysen unter Einbezug der als Risikopopulationen identifizierten Befragten im Sinne islamismusaffiner Einstellungen vorzunehmen.

8.1 Phänomenübergreifende Messungen der Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt

Im Folgenden wird zunächst die Skala zur Messung der phänomenübergreifenden Akzeptanz politisch motivierter Gewalt vorgestellt und deskriptive Befunde zu deren Verbreitung berichtet. Anschließend wird die Frage verfolgt, in welchem Maße intolerante, demokratiedistante oder rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen mit einer Akzeptanz politisch motivierter Gewalt einhergehen.

8.1.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt

Zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt wurde eine aus vier Items bestehende Skala genutzt (Tabelle 9), die in dieser Form auch in den MiD-Studien Anwendung findet (vgl. Wetzels et al. 2022a). Die in diesen Items getätigten Aussagen sind so konzipiert, dass sie zwar politische Gewalt thematisieren, ohne dies mit bestimmten politische Ideologien zu verknüpfen. In diesem Sinne werden die vermeintliche Notwendigkeit von Gewalt auch in Demokratien zur Durchsetzung politischer Ziele sowie Gewalt als Mittel des Umsturzes oder politischer Veränderungen benannt. Bezug genommen wird weiter auch auf Gewalt als notwendiges Mittel, um sich gegen nicht näher spezifizierte „Vertreter des Systems“ zu wehren. Die Antwortmöglichkeiten reichten auch hier von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“.

Tabelle 9: Skala zur Erfassung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	66.1	26.9	5.4	1.6	1.43	0.67	3 577
Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.	71.4	21.4	6.0	1.1	1.37	0.65	3 569
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.	58.7	27.8	11.0	2.5	1.57	0.78	3 571
Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.	70.2	21.6	6.6	1.6	1.40	0.68	3 571

Die höchste Zustimmungsrates (13.5%) findet sich für die Aussage „Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen“. Dass es auch in einer Demokratie manchmal notwendig ist „Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen“ wird von 8.2% befürwortet. Die Aussage, dass notwendige Veränderungen in der Gesellschaft nur durch eine gewaltsame Revolution erfolgen können, erhält eine Zustimmung von 7.1%. Die Auffassung, dass bestimmte Konflikte in demokratischen Gesellschaften mit Gewalt ausgetragen werden müssen, wird von 7.0% geteilt.

Die Ausprägung der Akzeptanz politischer Gewalt wird im Folgenden anhand einer Kompositenskala (Summenscore) bestimmt, um diese unterschiedlichen Formen der Gewalt gleichzeitig in ihren Kombinationen berücksichtigen zu können. Dazu wurde die Anzahl der Items bestimmt, bei denen die Befragten „eher“ oder „völlig“ zustimmen.

Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen (79.2%) stimmen keinem der vier abgefragten Items zu. 11.0% stimmen einem dieser Items zu. Weitere 6.0% stimmen zwei Items zu, während 2.3% ihre Zustimmung für drei der Items äußern. Allen vier Items stimmt nur noch eine Minderheit von 1.4% der jungen Menschen zu. Damit stimmt immerhin ein Fünftel (20.8%) der jungen Menschen mindestens einem Item zur Messung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt zu.

Befragte, die einem oder zwei der Items zur Akzeptanz politisch motivierter Gewalt zustimmen (17.0%) werden im Folgenden als Gruppe mit niedriger Gewaltakzeptanz eingestuft. Unter Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls liegt diese Rate zwischen 15.8% und 18.2% der 16- bis 21-jährigen Wohnbevölkerung in Deutschland. Als Personen mit hoher Akzeptanz politisch motivierter Gewalt werden hier junge Menschen eingeordnet, die mindestens drei der verwendeten Aussagen zustimmend beantwortet haben. Diese Rate beläuft sich auf 3.7% der Stichprobe aus. Unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls liegt damit die entsprechende Prävalenzrate hoher Gewaltakzeptanz in der altersgleichen Bevölkerung zwischen 3.1% und 4.3%.

8.1.2 Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach soziodemografischen Merkmalen

Die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt unterscheidet sich deutlich zwischen den Geschlechtern ($\chi^2 = 48.9$, $df = 1$, $p < .001$). So artikulieren junge Frauen (13.7%) seltener eine niedrige Gewaltakzeptanz als junge Männer (19.6%). In Bezug auf die Rate der hohen Gewaltakzeptanz zeigen junge Männer (5.6%) eine fast dreifach höhere Rate im Vergleich zu jungen Frauen (1.9%).

Zwischen den Altersgruppen zeigen sich hingegen keine nennenswerten Unterschiede. Von den 17- bis 18-Jährigen sind 18.3% in niedrigem und 4.1% in hohem Maße gewaltakzeptierend. Bei den 18- bis 19-Jährigen liegen diese Werte bei 15.9% und 3.1%, während sie sich bei den 20- und 21-Jährigen auf 16.8% und 4.2% belaufen.

Weiter findet sich ein eindeutiger Bildungseffekt ($\chi^2 = 41.8$, $df = 1$, $p < .001$). Unter jungen Menschen mit hohem Bildungsgrad akzeptieren 15.5% in niedrigem Maße politische Gewalt, weitere 2.6% zeigen eine hohe Gewaltakzeptanz in diesem Sinne. Im Falle niedrigerer Bildungsgrade finden sich demgegenüber 20.9% mit einer niedrigen und 6.9% mit einer hohen Akzeptanz politisch motivierter Gewalt.

Befragte aus West- und Ostdeutschland unterscheiden sich nicht im Hinblick auf die Raten der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt. 17.1% sowie 3.5% der jungen Ostdeutschen akzeptieren politische Gewalt in niedrigem oder hohem Maße. In Westdeutschland sind dies 16.5% und 5.1%.

Bezogen auf die Größe des Wohnortes der jungen Befragten (Abbildung 49) ergibt sich allerdings ein differenziertes Bild. Junge Menschen aus Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern weisen hier insbesondere in Bezug auf eine niedrige Gewaltakzeptanz (15.8%) eine unterdurchschnittliche Rate auf. In hohem Maße gewaltakzeptierend sind unter ihnen zudem ebenfalls nur 2.9%. Auffällig sind junge Menschen, die aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern stammen. Unter ihnen akzeptieren 17.1% in niedrigem Maße politische Gewalt, in hohem Maße tun dies aber 6.7%. Diese Differenzen sind statistisch signifikant ($\chi^2 = 12.7$, $df = 3$, $p < .01$).

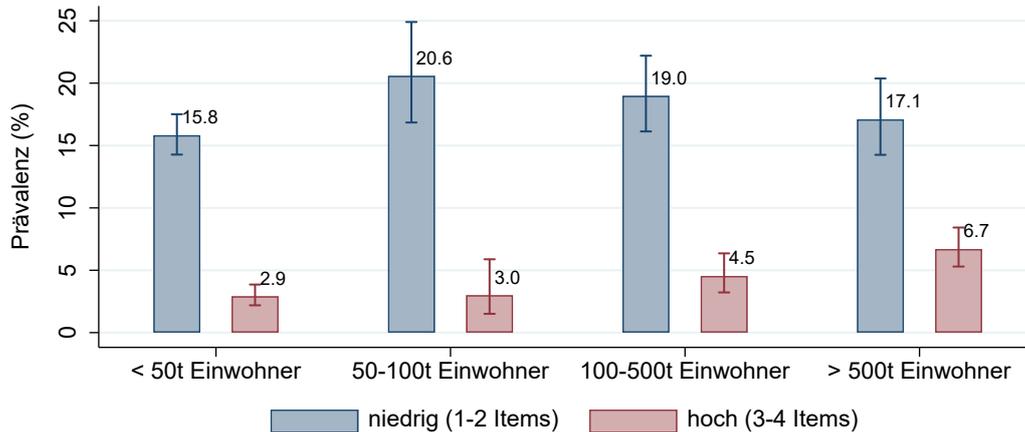


Abbildung 49: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Gemeindegrößenklassen (Prozent und 95% KI)

Deutliche Unterschiede ergeben sich auch in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund (Abbildung 50). Junge Migrant:innen der ersten Generation weisen sowohl hinsichtlich der niedrigen (28.9%) als auch bei der hohen Akzeptanz politischer Gewalt signifikant erhöhte Raten auf ($\chi^2 = 117.6$, $df = 2$, $p < .001$).

Erhöht, wenn auch nicht im selben Ausmaß, sind diese Raten auch bei jungen Migrant:innen der zweiten Generation (20.1% und 5.7%). Deutlich unterdurchschnittlich ist hingegen die Akzeptanz politisch motivierter Gewalt bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund (13.6% und 2.1%).

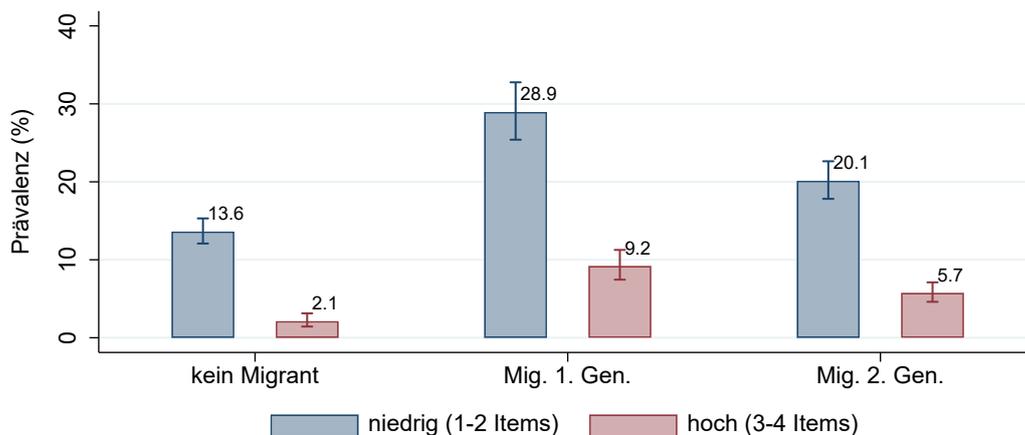


Abbildung 50: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Migrationshintergrund (Prozent und 95% KI)

Sehr deutliche Differenzen zeigen sich mit Blick auf die politische Selbstverortung der Befragten (Abbildung 51). Diese sind statistisch signifikant ($\chi^2 = 202.1$, $df = 4$, $p < .001$).

Es sind zum einen ganz stark erhöhte Raten niedriger Akzeptanz politischer Gewalt im politisch rechten Spektrum (30.4% und 32.5%) zu erkennen. Auch hohe Ausprägungen der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt finden sich hier wesentlich häufiger. Unter jungen Menschen, die sich politisch als Mitte-Rechts einordnen, liegt diese Rate mit 9.4% zwar auch in einem überdurchschnittlichen Bereich. Dieser Wert wird allerdings von politisch eindeutig rechts verorteten jungen Menschen mit 39,0% ganz deutlich übertroffen.

Zum anderen weisen aber auch Befragte, die sich als politisch links verorten, leicht erhöhte Rate der Akzeptanz politischer Gewalt auf. In Bezug auf eine niedrige Akzeptanz (18.2%) liegen sie zwar etwa gleichauf mit jungen Menschen aus der politischen Mitte (18.3%), junge Linke (6.7%) zeigen dann im Vergleich zur Mitte jedoch eine deutlich erhöhte Rate hoher Gewaltakzeptanz. Diese erreicht aber das Niveau der rechts orientierten Befragten bei weitem nicht.

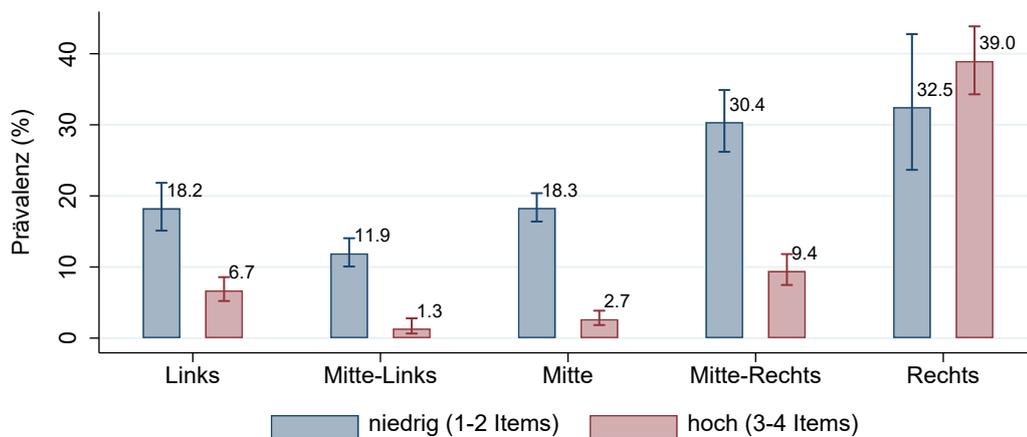


Abbildung 51: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach politischer Selbstverortung (Prozent und 95% KI)

Die einzige Teilgruppe, die eine durchweg unterdurchschnittliche Akzeptanz politischer Gewalt aufweist, sind junge Menschen, die sich politisch als Mitte-Links verorten. Von ihnen zeigen 11.3% eine niedrige und 1.3% eine hohe Gewaltakzeptanz.

Insgesamt sind die Erhöhungen der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt damit eindeutig vermehrt im rechten Spektrum zu erkennen.

Zusammenhänge mit den Parteipräferenzen (Abbildung 52) deuten in eine ähnliche Richtung. Auch hier finden sich signifikante Unterschiede ($\chi^2 = 159.8$, $df = 7$, $p > .001$). Insbesondere fallen erneut die Sympathisant:innen der AfD sowie der Partei Die Linke durch erhöhte Raten politischer Gewaltakzeptanz auf. Die Rate niedriger Gewaltakzeptanz liegt jeweils bei 26.1% (AfD) und 24.3% (Die Linke). Die Rate hoher Gewaltakzeptanz liegen dann aber bei der AfD mit 19.6% erheblich über den Raten für Die Linke mit 5.5%. Auch hier ist damit hohe Gewaltakzeptanz deutlich häufiger im rechten Spektrum zu verorten.

Auffällig ferner auch junge Nichtwähler:innen, die Raten von 28.2% (niedrige Gewaltakzeptanz) und 6.4% (hohe Gewaltakzeptanz) aufweisen.

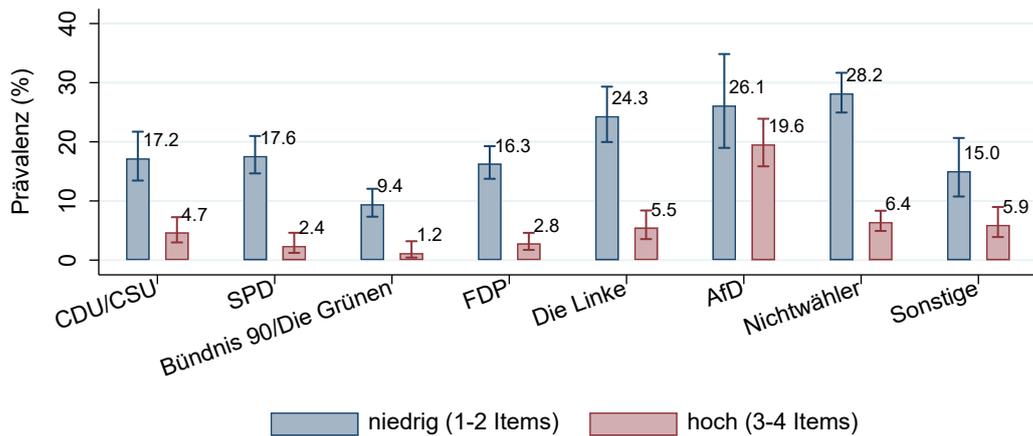


Abbildung 52: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Parteipräferenz (Prozent und 95% KI)

Deutlich unterdurchschnittliche Raten der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt finden sich hingegen bei Sympathisant:innen der Grünen, von ihnen weisen lediglich 9.4% eine niedrige und 1.2% eine hohe Gewaltakzeptanz auf.

Eine Analyse anhand der Religionszugehörigkeit (Abbildung 53) zeigt gleichfalls signifikante Differenzen ($\chi^2 = 53.2$, $df = 2$, $p > .001$). So weisen junge Christ:innen mit 13.8% (niedrig) und 3.1% (hoch) eine unterdurchschnittliche Gewaltakzeptanz aufweisen, während diese Raten sowohl unter jungen Menschen ohne Religionszugehörigkeit (18.8% und 3.7%) sowie insbesondere unter jungen Muslim:innen (27.8% und 5.5%) deutlich erhöht sind.

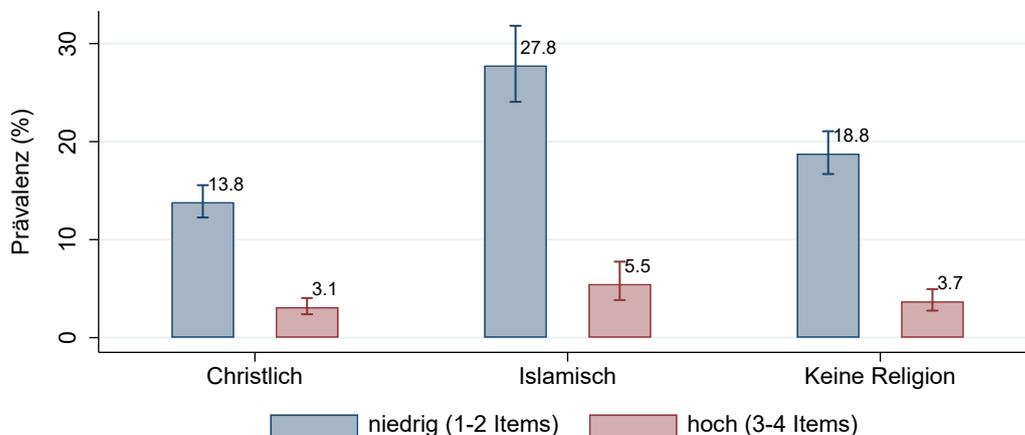


Abbildung 53: Akzeptanz politisch motivierter Gewalt nach Religionszugehörigkeit (Prozent und 95% KI)

8.1.3 Kombinationen der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt mit demokratiedistanten, rechtsextremen oder intoleranten Einstellungen

Betrachtet man die 11.7% der jungen Menschen, die als *demokratiedistant* eingestuft wurden im Zusammenhang mit den Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt, dann finden sich hier gut zwei Fünftel (40.5%), die auch Gewalt in gewissem Maße akzeptieren. 28.3% zeigen eine niedrige und 12.2% eine hohe Gewaltakzeptanz.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der 16- bis 21-Jährigen in Deutschland entspricht die Rate derer, die sowohl demokratiedistante Einstellungen als auch eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen, somit 3.3% (95% KI: 2.8% bis 3.8%). Demokratiedistante Einstellungen und eine hohe Gewaltakzeptanz weisen hingegen 1.4% (95% KI: 1.1% und

1.7%) auf. Das entsprechende Gesamtpotential demokratiedistant und zugleich gewaltakzeptierend eingestellter junger Menschen liegt damit bei 4.7% (95% KI: 4.1% und 5.3%).

Ein Blick auf junge Menschen, die durch ein mittleres (8.4%) oder hohes Maß (1.2%) *intoleranter Einstellungen* auffallen, zeigt ebenfalls Überschneidungen mit der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt. Aus der Gruppe derer, die ein mittleres Ausmaß an Intoleranz aufweisen, zeigen 37.3% eine niedrige und 15.5% eine hohe Gewaltakzeptanz. Von den in einem hohen Maße intoleranten jungen Menschen zeigen hingegen 31.6% eine niedrige und 50.8% eine hohe Gewaltakzeptanz. Insofern ist Intoleranz in ganz erheblichem Maße mit Risiken gewaltförmiger Eskalationen auch unter Bezug auf vermehrte entsprechende akzeptierende Einstellungen zu Gewalt verbunden.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der jungen Menschen zeigen somit 3.1% eine niedrige Gewaltakzeptanz sowie ein mittleres Ausmaß an Intoleranz (95% KI: 2.6% und 3.6%). Weiterhin liegt bei 1.3% sowohl eine hohe Gewaltakzeptanz als auch eine mittlere Intoleranz vor (95% KI: 1.0% und 1.6%).

Die Rate junger Menschen mit einem hohen Ausmaß intoleranter Einstellungen, die zudem eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen liegt damit bei 0.4% (95% KI: 0.2% und 0.6%) sowie im Falle einer hohen Gewaltakzeptanz bei 0.6% (95% KI: 0.4% und 0.8%).

Das Gesamtpotential intolerant eingestellter junger Menschen, die zugleich politisch motivierte Gewalt akzeptieren, liegt somit bei 5.4% (95% KI: 4.7% und 6.1%).

Im Falle *rechtsextremer Einstellungen* zeigen sich ebenfalls solche Überschneidungen mit der vermehrten Akzeptanz politisch motivierter Gewalt unter den als offen für rechtsextremes Gedankengut einerseits und den als klar rechtsextrem eingestuften jungen Menschen andererseits.

Im Falle des Vorliegens einer Offenheit für rechtsextremes Gedankengut zeigen 37.9% der jungen Menschen eine niedrige und 10.7% eine hohe Gewaltakzeptanz. Insgesamt akzeptiert also knapp die Hälfte (48.6%) dieser Gruppe politische Gewalt. Unter den klar rechtsextrem eingestellten jungen Menschen akzeptiert hingegen eine überwiegende Mehrheit (86.7%) politische Gewalt (42.8% in niedrigem und 43.9% in hohem Maße). Hier liegt insofern ein ganz enormes Risikopotenzial vor.

Hinsichtlich der Gesamtbevölkerung junger Menschen erweisen sich danach 3.5% (95% KI: 2.9% und 4.1%) als offen für rechtsextremes Gedankengut bei gleichzeitiger niedriger Akzeptanz politisch motivierter Gewalt. Weitere 1.0% (95% KI: 0.7% und 1.3%) weisen eine hohe Gewaltakzeptanz bei gleichzeitiger Offenheit für rechtsextremes Gedankengut auf.

Die klar rechtsextrem eingestellten jungen Menschen, die auch eine hohe Gewaltakzeptanz vorweisen, machen 0.9% (95% KI: 0.6% und 1.2%) der Gesamtbevölkerung der 16- bis 21-Jährigen aus.

Das Gesamtpotential junger Menschen, die rechtsextremes Gedankengut akzeptieren sind gleichzeitig politisch motivierter Gewalt zustimmend gegenüberstehen liegt zusammengefasst bei 6.3% (95% KI: 5.6% und 7.0%).

8.2 Einstellungen zu islamistisch motivierter Gewalt

Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich die Teilstichprobe der jungen Muslim:innen (n = 297). Zunächst wird die Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch

motivierter Gewalt vorgestellt und es werden deskriptive Befunde in Bezug auf die dazu verwendeten Einzelitems berichtet.

Weiter wird die Verbreitung entsprechender Einstellungen mit Blick auf relevante soziodemografische Merkmale der jungen Muslim:innen in den Blick genommen.

Abschließend erfolgen Analysen zu der Frage, in welchem Maße islamismusaffine Einstellungen in Kombination mit der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt in der hier fokussierten Altersgruppe der jungen Muslim:innen auftritt.

8.2.1 Die Skala zur Messung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt

Das zur Erfassung der Akzeptanz islamistischer, politisch-religiös motivierter Gewalt verwendete Messinstrument wurde auch im Rahmen der Studien MiD 2021 und 2022 bei Befragten ab 18 Jahren in Deutschland eingesetzt (vgl. Wetzels et al. 2022a).

Die hier genutzten Items enthalten Aussagen, die Gewaltakzeptanz im Zusammenhang mit der Verteidigung oder Förderung des Islam oder der islamischen Gemeinschaft thematisieren. Zum einen wird die Bedrohung des Islam durch die westliche Welt als Rechtfertigung für Gewalt genannt, also eine eher defensiv eingeordnete Gewaltform. Zum anderen kommt Gewalt aber auch als Mittel der Verbreitung und Durchsetzung des Islam zur Sprache, also eher offensiv eingeordnet. Etwas spezifischer geht es in einem Item auch um die eigene Bereitschaft Gewalt gegen Ungläubige einzusetzen, um der islamischen Gemeinschaft zu dienen. Das vierte Item thematisiert Verständnis für Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen - hier geht es folglich um Reaktionen auf Ausgrenzungserfahrungen bzw. Formen des Bedrohungserlebens, wie sie etwa aktuell im Kontext von Koranverbrennungen in Schweden thematisiert werden. Das Ausmaß der Zustimmung konnte auf einer 4-stufigen Likert-Skala (von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“) angegeben werden.

Die deskriptiven Befunde (Tabelle 10) zeigen, dass die Aussage, in der Gewalt gegen Menschen gefordert wird, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen, mit 18% die mit Abstand höchste Zustimmung erhält. Die zweithöchste Zustimmung findet sich zu der Aussage, dass es gerechtfertigt ist, wenn Muslime sich gegen die Bedrohung des Islams durch die westliche Welt mit Gewalt verteidigen (11.4%).

Eine eigene Bereitschaft, körperliche Gewalt gegen Ungläubige einzusetzen, wenn es dem Islam dient, wird nur von 5.8% der jungen Muslim:innen artikuliert. Ähnlich hoch ist die Zustimmungsrate zu der Aussage, dass Gewalt gerechtfertigt ist, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht (5.6%).

Damit erhalten die beiden Items, die Gewalt als Reaktion auf eine Bedrohung oder Beleidigung des Islam akzeptieren, die höchsten Zustimmungsraten. Die zwei Items, die hingegen einen proaktiven Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung des Islams oder gegen Ungläubige fordern, werden von deutlich weniger jungen Muslim:innen befürwortet.

Tabelle 10: Skala zur Erfassung der Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt: Verteilung der Angaben zu Einzelitems (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte, nur muslimische Befragte)

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu	MW	SD	N
Die Bedrohung des Islam durch die westliche Welt rechtfertigt, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigen.	54.3	34.3	8.0	3.4	1.60	0.78	292
Ich habe Verständnis für Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen.	54.3	27.8	13.1	4.9	1.69	0.88	289
Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.	78.1	16.3	4.0	1.6	1.29	0.62	290
Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.	78.7	15.5	4.2	1.6	1.29	0.62	290

Wie im Falle der phänomenübergreifend gemessenen Akzeptanz politisch motivierter Gewalt, wird auch für die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt eine kategoriale Kompositsskala gebildet. Es wurde dementsprechend für jede Person die Anzahl der Items bestimmt, die zustimmend beantwortet wurden („stimme eher zu“ oder „stimme völlig zu“).

72.2% der jungen Muslim:innen lehnten alle vier Aussagen zu islamistisch motivierter Gewalt klar ab. Zustimmung zu einer der vier Aussagen signalisierten 17.1% der jungen Muslim:innen. Zwei der vier Aussagen wurden von 9.8% zustimmend beantwortet. Deutlich weniger junge Muslim:innen stimmten hingegen drei (0.7%) oder allen vier Aussagen (0.2%) zu.

Muslim:innen, die einem oder zwei Items zugestimmt haben, wurden als Befragte mit niedriger Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt eingestuft. Bei dieser Teilgruppe handelt es sich um gut ein Viertel (26.9%) der in Deutschland lebenden jungen Muslim:innen (95% KI: 21.8% und 32.0%).

Junge Muslim:innen, die drei oder vier Items befürwortet haben, werden als Personen mit einer hohen Akzeptanz islamistisch motivierter politischer Gewalt eingeordnet. Das ist bei 0.9% der jungen Muslim:innen der Fall (95% KI: 0% und 1.9%).

Die Rate hoher Gewaltakzeptanz der jungen Muslim:innen fällt damit so gering aus, dass im Folgenden, aufgrund der niedrigen Fallzahl in dieser Gruppe (n = 5), mit einem dichotomen Indikator für die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt gearbeitet wird. Dieser unterscheidet zwischen jungen Muslim:innen, die keinem der Items zugestimmt haben und denen, die mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen, also mindestens bei einem der vier Items ihre Zustimmung geäußert haben. Die Rate junger Muslim:innen, die islamistische Gewalt mindestens auf niedrigem Niveau akzeptieren, umfasst mit 27.8% (95% KI: 22.8% und 32.8%) etwa ein Viertel der Stichprobe.

8.2.2 Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt nach soziodemografischen Merkmalen

Die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei jungen Muslim:innen ist bei jungen Männern (31.3%) gegenüber jungen Frauen (21.7%) deutlich häufiger ($\chi^2 = 3.9$, $df = 1$, $p < .05$). Die Altersgruppen der jungen Muslim:innen unterscheiden sich in dieser Hinsicht

hingegen nicht voneinander ($\chi^2 = 2.2$, $df = 2$, n.s.). Auch ein Bildungseffekt ist in Bezug auf die Gewaltakzeptanz junger Muslim:innen nicht festzustellen ($\chi^2 = 2.5$, $df = 1$, n.s.).

Migrant:innen der ersten Generation weisen mit 33.7% eine höhere Rate der Gewaltakzeptanz auf als Migrant:innen der zweiten Generation mit 22.3% ($\chi^2 = 11.0$, $df = 2$, $p < .01$).

Deutlich überdurchschnittlich ist die Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt zudem bei jungen Muslim:innen ohne Migrationshintergrund (59.3%), wobei es sich bei ihnen um eine sehr kleine Gruppe ($n = 14$) in dieser Stichprobe handelt, weshalb dieses Befund nur sehr zurückhaltend interpretiert werden sollte.

Die Herkunftsregionen junger Muslim:innen erweisen sich für die Rate der islamistisch motivierten Gewaltakzeptanz bivariat als nicht relevant ($\chi^2 = 7.7$, $df = 3$, n.s.).

8.2.3 Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt bei jungen Muslim:innen mit islamismusaffinen Einstellungen

In der als offen für islamistisches Gedankengut eingestuften Gruppe junger Muslim:innen (34.1% der Stichprobe) liegt bei 37.2% auch eine gewisse Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt vor. Somit weisen 12.7% der jungen Muslim:innen sowohl eine Offenheit für islamistisches Gedankengut als auch eine mindestens niedrige Gewaltakzeptanz auf (95% KI: 8.9% und 16.5%).

Von den als klar islamismusaffin eingestuften jungen Muslim:innen (11.1% der Stichprobe) akzeptiert eine überwiegende Mehrheit von 70.2% mindestens in geringem Maße islamistisch motivierte Gewalt. Bezogen auf die gesamte Stichprobe junger Muslim:innen sind beläuft sich diese Gruppe des kombinierten Auftretens von klar islamismusaffinen Haltungen mit einer Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt in zumindest niedriger Ausprägung auf 7.8% (95% KI: 4.7% und 10.9%).

Hinsichtlich der Schätzung für die Teilstichprobe junger Muslim:innen ergibt sich somit eine Risikopopulation von 20.5% derjenigen, die mindestens offen für islamistisches Gedankengut sind und zugleich in mindestens geringem Maße auch islamistisch motivierte Gewalt akzeptieren (95%: 15.9% und 25.1%).

9 Zusammenfassung und Ausblick

Im Rahmen der ersten Welle der repräsentativen Einstellungsbefragung „Junge Menschen in Deutschland 2022“ konnten $n = 3\,590$ Teilnehmende im Alter zwischen 16 und 21 Jahren erreicht und befragt werden. Unter ihnen finden sich u.a. $n = 297$ junge Muslim:innen.

Die Rücklaufquote der Erhebung liegt bei 31.7% und kann gemessen an vergleichbaren Studien als sehr gut bezeichnet werden. Entsprechende Gewichtungen ermöglichen es, eine hohe Übereinstimmung der Stichprobe mit zentralen soziodemografischen Merkmalen der hier in Bezug genommenen Grundgesamtheit sicherzustellen. In Bezug auf die Wohnbevölkerung der in Deutschland gemeldeten jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren kann die Repräsentativität der Stichprobe als sehr zufriedenstellend betrachtet werden. Die Befunde zu den anhand dieser Stichprobe untersuchten Phänomenen können als hinreichend abgesichert und verallgemeinerungsfähig angesehen werden.

In Bezug auf Analysen, die sich spezifisch mit Phänomenen innerhalb der Teilgruppe der jungen Muslim:innen beschäftigen, ist diese Aussage angesichts der begrenzten Größe

dieser Teilstichprobe und deren Beschränkung auf deutschsprachig befragbare Personen in gewissem Maße einzuschränken. Für diese Teilstichprobe vorgenommene Schätzungen weisen aufgrund der Stichprobengröße ein recht breites Konfidenzintervall auf, sind also tendenziell ungenau. Vorsichtige Schätzungen sind aber auch auf dieser Basis, mit der gebotenen Zurückhaltung, möglich.

Ziel der im Rahmen von MOTRA stattfindenden repräsentativen Einstellungsbefragungen ist es, die Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen - sowohl phänomenübergreifend als auch phänomenspezifisch - auf Primärdatenbasis einschätzen und analysieren zu können. Perspektivisch soll darüber auch eine Erfassung und Analyse von Trends ermöglicht werden. In der vorliegenden Befragung wurde zunächst das Ziel verfolgt, speziell mit Blick auf jüngere Menschen die Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen unter jungen Menschen zu untersuchen.

Zur Erfassung phänomenübergreifender politisch extremistischer Einstellungen kam ein bereits durch in den MiD-Studien mit Erwachsenen Zielpersonen ab 18 Jahren eingesetzte Instrument zur Messung demokratiedistanter Einstellungen zum Einsatz, das die Ablehnung der Befragten gegenüber grundlegenden Prinzipien des freiheitlich demokratischen Verfassungsstaats thematisiert.

Ebenso wurden verschiedene Ausprägungen von Intoleranz und gruppenbezogenen Vorurteilen untersucht. Dabei ging es um Einstellungen im Sinne von Ungleichwertigkeitsideologien, über die pauschale Abwertung und soziale Ausgrenzungen bestimmter gesellschaftlicher Teilgruppen erfolgen. Thematisiert wurden die Bereiche Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Homophobie.

Mit Blick auf die phänomenspezifische Erfassung politisch extremistischer Einstellungen wurden zum einen rechtsextreme Einstellungen und zum anderen - innerhalb der Teilgruppe junger Muslim:innen - islamismusaffine Einstellungen als Ausprägung eines politisch-religiös motivierten Extremismus untersucht.

Flankierend zu diesen verschiedenen Ansätzen der Erfassung intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen, wurden auch die Akzeptanz politischer bzw. politisch-religiös motivierter Gewalt bei jungen Menschen in die Analysen einbezogen. Die Populationen der intolerant und/oder extremismusaffin eingestellten jungen Menschen konnten so auf das ihnen inwohnende Gewaltpotential untersucht und in quantitativer Hinsicht im Hinblick auf die Grundgesamtheit der Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 21 Jahren eingeschätzt werden.

Weiterhin wurden unabhängig von etwaigen individuellen Einstellungen auch Beobachtungen und Erfahrungen der jungen Menschen im Zusammenhang mit der Beobachtung von Intoleranz und in Bezug auf eigene Diskriminierungserlebnisse erfasst. Dabei konnten die Befragten angeben, wie häufig sie in ihrem eigenen Lebensumfeld Zeug:innen von intoleranten Aktivitäten geworden sind und wie häufig sie selbst Adressat:innen von Intoleranz in Form von Diskriminierungserfahrungen wegen ihrer Hautfarbe, Ethnie/Nationalität, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung geworden sind.

Dieser Ansatz einer mehrdimensionalen Erfassung des Themenfeldes intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen ermöglicht es, die Verbreitung und Relevanz der verschiedenen Phänomene aufeinander zu beziehen und die Problematik politisch-

extremistischer Einstellungen auf einer breiteren Datenbasis über multiple Messungen abzusichern.

Insgesamt zeigte sich, dass die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen (88.4%) in den letzten 12 Monaten rassistische (Beleidigung oder Angriff wegen ethnischer Herkunft) und/oder antisemitische Aktivitäten (Schmierereien oder Parolen) mindestens „selten“ beobachtet und in diesem Sinne „mitemlebt“ hat. Mindestens „manchmal“ wurden entsprechende Aktivitäten von mehr als der Hälfte der jungen Menschen (56.8%) beobachtet. Derartige Erlebnisse rassistischer und antisemitischer Intoleranz scheinen somit im Lebensumfeld einer Mehrheit der jungen Menschen verbreitet zu sein.

Die regionale Verteilung der Prävalenzraten entsprechender Berichte deutet insoweit auf Unterschiede hin, als dass die insofern höher belasteten Bundesländer im Osten der Bundesrepublik liegen. Gleichzeitig ist allerdings anzumerken, dass in allen Bundesländern mindestens die Hälfte der jungen Menschen „manchmal“ entsprechende Beobachtungen gemacht hat.

Auch soziodemografische Merkmale (z. B. Geschlecht und Migrationshintergrund) sowie politische Einstellungen (z. B. politische Selbstverortung und Parteipräferenz) beeinflussen, wie solche Situationen von jungen Menschen wahrgenommen und eingeschätzt werden. Sympathisant:innen von Die Linke (71.3%) berichten weit häufiger über die Beobachtung solcher intoleranter Aktivitäten als Sympathisant:innen der Union (51.4%) oder der FDP (51.9%).

Die Befunde zu eigenen Diskriminierungserfahrungen der jungen Befragten aufgrund von Hautfarbe, Ethnie/Nationalität, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung deuten gleichfalls darauf hin, dass entsprechende Formen von Intoleranz doch recht weit verbreitet sind. Immerhin 11.5% der jungen Menschen gaben an, aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Mit 31.6% hat sich fast die dreifache Rate junger Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder Nationalität diskriminiert gefühlt. Weitere 19.2% empfanden Diskriminierung auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit. Die Rate der jungen Menschen, die sich aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert gefühlt haben, fällt mit 41.0% besonders hoch aus. Von Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung berichteten 14.5% der jungen Menschen.

Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Hautfarbe, Ethnie/Nationalität oder Religion der jungen Menschen wurden dabei besonders häufig von jungen Migrant:innen berichtet. Bei jungen Migrant:innen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind (Migrant:innen der ersten Generation) liegen die Raten derartiger Erfahrungen bei 28.4% Hautfarbe, 68.0% (Ethnie/Nation) und 38.7% (Religion) während von jungen Migrant:innen der zweiten Generation jeweils 17.7%, 56.0% und 30.1% von entsprechenden Erlebnissen berichteten.

Am stärksten von solchen Formen der Viktimisierung durch Intoleranz und Vorurteile fühlt sich in Deutschland die Gruppe der jungen Muslim:innen betroffen. Diese berichteten deutlich erhöhte Raten solcher Diskriminierungserfahrungen. Von ihnen fühlten sich 34.1% wegen ihrer Hautfarbe, 77.3% wegen ihrer Ethnie/Nationalität und 70.5% wegen ihrer Religion diskriminiert. In Bezug auf diese Teilgruppen sind Erfahrungen und Konfrontation mit entsprechenden Formen von Intoleranz und Ablehnung folglich ein sehr weitverbreitetes ‚Alltagsproblem‘. Insofern ist Muslimfeindlichkeit, die von betroffenen Muslim:innen in Deutschland erlebt wird, ein in seinem Umfang ganz erhebliches Problem, das vor allem dann, wenn es junge Menschen, d.h. Personen in einer sehr prägenden

Entwicklungsphase der Identitätsfindung betrifft, weitreichende Folgen haben kann. Hier lässt sich mit Sicherheit festhalten, dass Prävention und Versuche der Reduzierung solcher Vorurteile in mannigfacher Hinsicht relevant sind, nicht zuletzt auch mit Blick auf Risiken sogenannter Co-Radikalisierung (vgl. Pickel et al. 2023 m.w.Nachw.). Ausgrenzungserfahrungen sind, so die Ergebnisse unserer weiteren Analysen im MOTRA-Verbund, ein wichtiges Element von zu Gewalt führenden Eskalationsspiralen (vgl. u.a. Endtricht, 2023). Die vorliegende Studie hat insoweit auch gezeigt, dass das Potenzial für eine solche Gewalt speziell bei Muslim:innen durchaus bei einer relevanten Minderheit von etwa einem Fünftel vorliegt. Hier sind insofern doch deutliche Anlässe für eine gezielte Prävention in diesem speziellen Feld zu erkennen (vgl. dazu auch Wetzels & Brettfeld, 2023a).

Ferner ergab die hier vorgelegte Untersuchung zu den eigenen intoleranten Einstellungen junger Menschen, dass vor allem die Ablehnung zugewanderter Menschen und solcher Personen, die als „fremd“ angesehen werden, unter jungen Menschen in einem relevanten Ausmaß verbreitet sind. So zeigten 17.9% ein mittleres und 6.7% ein hohes Maß an ausländerfeindlichen Einstellungen, was insgesamt ein knappes Viertel der 16 bis 21 Jahre alten jungen Menschen in Deutschland ausmacht.

Hinsichtlich islamfeindlicher Einstellungen zeigten 5.9% der jungen Menschen ein mittleres Maß entsprechender Haltungen, während 3.9% sie in hohem Maße artikulierten. Dieser Befund liegt deutlich unter dem zur Ausländerfeindlichkeit, die identifizierte Risikogruppe stellt mit insgesamt 9.8% der jungen Menschen aber gleichwohl eine substantielle Gruppengröße dar. Angesichts der o.a. enormen Bedeutung von Muslimfeindlichkeit im Alltag der in Deutschland lebenden jungen Muslim:innen sollte dies sicherlich sorgfältig mit Blick auf mögliche Präventionsstrategien in den Blick genommen werden.

Antisemitische Einstellungen wurden nur von einem kleinen Teil der jungen Menschen befürwortet. Lediglich 2.1% von ihnen zeigten ein mittleres Maß und 1.9% ein hohes Maß entsprechender Einstellungen. Mit 4.0% sind die im Sinne eines klassischen Antisemitismus eingestellten jungen Menschen eine Minderheit. Diese Größenordnung steht im Übrigen im Einklang mit Befunden anderer Studien zum Thema Antisemitismus aus jüngerer Zeit, wobei allerdings hier die spezifischen Formen des Schuldabwehrantisemitismus sowie des israelbezogenen Antisemitismus noch nicht in den Blick genommen wurden. Diese Fragen wurden an anderer Stelle jedoch bereits aufgegriffen (vgl. Fischer & Wetzels, 2023) und werden auch in den laufenden Studien in MiD und MiDInt weiter vertieft. Die Befunde zur Häufigkeit der Beobachtungen antisemitischer Aktivitäten unterstreichen jedenfalls, dass dieses Problem im Alltag junger Menschen umfassend präsent ist.

Fasst man diese verschiedenen Formen pauschaler Abwertung und Ausgrenzung im Sinne eines latenten Konstrukts der Intoleranz zusammen, zeigen 8.4% der jungen Menschen eine mittlere und 1.2% eine hohe Intoleranz. Für die Gesamtpopulation bedeutet dies, dass mit einem Ausmaß von ca. 10 % in mehrfacher Hinsicht als intolerant und vorteilsbehafteter junger Menschen im Alter von 16 bis 21 Jahre auszugehen ist, was in absoluten Zahlen betrachtet, zwar eine Minderheit, zugleich aber auch eine enorm umfangreiche Zielgruppe für Maßnahmen einer selektiven, auf Risikogruppen ausgerichteten Prävention umreißt.

Die Verteilung intoleranter Einstellungen unter jungen Menschen in den einzelnen Bundesländern deutet darauf hin, dass diese in erhöhtem Maße in drei der ostdeutschen Länder zu finden sind (Brandenburg, Thüringen und Sachsen).

Weiter zeigen sich auch deutliche Unterschiede anhand verschiedener soziodemografischer Merkmale. So ist die Rate intolerant eingestellter junger Menschen bei geringerer Bildung deutlich höher.

Die Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, grundlegender Gleichheitsrechte sowie der konstitutionellen Verfasstheit des Staates wurde im Rahmen der phänomenübergreifenden Erfassung demokratiedistanter Einstellungen thematisiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass 11.7% der jungen Befragten demokratiedistant eingestellt sind. Bezogen auf die Gesamtpopulation der jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland lässt sich somit unter Anwendung eines 95% Konfidenzintervalls eine Rate zwischen 10.7% und 12.7% demokratiedistant eingestellter Personen schätzen.

Diesbezüglich konnten bivariat deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen identifiziert werden. So sind mit 24.9% knapp ein Viertel der jungen Menschen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsstand überdurchschnittlich häufig demokratiedistant eingestellt. Auch Migrant:innen der ersten Generation fallen mit 22.1% in dieser Hinsicht auf.

Die Rate demokratiedistant eingestellter Personen ist umso höher, je weiter rechts im politischen Spektrum die jungen Menschen sich selbst verorten. Mit Blick auf die Parteipräferenz der jungen Menschen zeigen sich vergleichbare Befunde. So sind die Raten der Demokratiedistanz bei den Wähler:innen der AfD (25.3%) erhöht. Es ist aber auch festzustellen, dass eine solche Demokratiedistanz nicht nur auf der ganz rechten Seite existiert. Erhöhte Raten finden sich auch bei den Anhängern der CDU/CSU (22.0%) und bei Nichtwähler:innen, von denen 22.5% als demokratiedistant anzusehen sind.

Die phänomenspezifische Erfassung rechtsextremer Einstellungen ergab, dass 9.4% der jungen Menschen in der Stichprobe zumindest offen für rechtsextremes Gedankengut und weitere 2.1% klar rechtsextrem eingestellt sind. Hinsichtlich der Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren führt dies zu einer Schätzung, wonach die Größenordnung dieser beiden Gruppen mit 95% Wahrscheinlichkeit zwischen 8.4% und 10.4% in Bezug auf die Offenheit für rechtsextremes Gedankengut sowie zwischen 1.6% und 2.6% für die klar rechtsextremen Einstellungen liegt.

In Bezug auf die Verteilung rechtsextremer Einstellungen unter jungen Menschen fallen erneut die neuen Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen neben Schleswig-Holstein auf. Auch soziodemografische Merkmale (z. B. Geschlecht und Bildung) weisen Zusammenhänge mit der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens rechtsextremer Einstellungen auf.

Rechtsextreme Einstellungen sind umso häufiger, je weiter rechts im politischen Spektrum Befragte sich verorten. Dabei sind Sympathisant:innen der AfD besonders häufig offen für rechtsextremes Gedankengut (32.7%) oder klar rechtsextrem eingestellt (18.8%). Auffällig sind in dieser Hinsicht auch Nichtwähler:innen, von denen jeweils 22.3% und 3.5% überdurchschnittlich häufig rechtsextrem eingestellt sind.

Führt man diese Befunde zu rechtsextremen Einstellungen mit den Daten zur Demokratiedistanz zusammen, zeigt sich, dass 2.9% der Befragten sowohl offen für

rechtsextremes Gedankengut als auch demokratiedistant eingestellt sind. Weitere 1.4% der jungen Menschen sind zudem klar rechtsextrem und zugleich demokratiedistant eingestellt. Fasst man diese beiden Gruppen zusammen, ergibt dies eine Risikopopulation von 4.3% bei jungen Menschen, die mindestens offen für rechtsextremes Gedankengut sind und zeitgleich auch demokratiedistante Einstellungen befürworten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der 16 bis 21 Jahre alten jungen Menschen in Deutschland entspricht dies unter Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls einem Anteil zwischen 3.6% und 5.0%. Es zeigt sich somit unter jungen Menschen eine nicht zu vernachlässigende Minderheit rechtsextrem und demokratiedistant eingestellter Personen, die als Adressat:innen von Präventions- wie auch für Deradikalisierungsinterventionen in den Blick genommen werden sollten.

Die phänomenspezifische Analyse der Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen führt zu dem Ergebnis, dass etwa ein Drittel (34.1%) der befragten jungen Muslim:innen eine Offenheit für islamistisches Gedankengut aufweisen. Weitere 11.1% sind klar islamismusaffin eingestellt. Für die Bevölkerung der jungen Muslim:innen führt dies unter Zugrundelegung eines 95% Konfidenzintervalls zu einer Schätzung der Verbreitung eindeutig islamismusaffiner Einstellungen bei 7.5% bis 14.7% der in Deutschland lebenden junge Muslim:innen dieser Altersgruppe. Wird eine gewisse Offenheit für islamistisches Gedankengut mit einbezogen, ist von einer Verbreitung in der Größenordnung von 28.6% bis 39.6% auszugehen.

Bezüglich soziodemografischer Merkmale zeigte sich, dass insbesondere die jüngste 16- bis 17-jährigen Muslim:innen mit 18.3% gehäuft klar islamismusaffin eingestellt waren. Ferner ergab sich ein deutlicher Bildungseffekt. Klar islamismusaffine Einstellungen sind im Falle hoher Bildung deutlich seltener (7.0% bei Muslim:innen mit Abitur).

Führt man die Befunde zu islamismusaffinen Einstellungen mit den Daten zur Demokratiedistanz zusammen, zeigt sich ein Gesamtpotential von 11.7% junger Menschen, die sowohl Demokratiedistanz als auch mindestens eine Offenheit für islamistisches Gedankengut aufweisen. Bezogen auf die Gesamtpopulation der jungen Muslim:innen zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland ist danach von einer Größenordnung zwischen 8% und 15.4% in gewissem Maße islamismusaffin und zugleich demokratiedistant eingestellten Personen auszugehen.

Diese Befunde zu rechtsextremen und islamismusaffinen Einstellungen stimmen auch mit den Ergebnissen unserer Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren überein (u. a. Wetzels et al. 2022a; Brettfeld et al. 2023a; Wetzels & Brettfeld 2023a). So sind islamismusaffine Einstellungen auch nach den Ergebnissen von Analysen der Daten der Befragungen im Rahmen von MiD 2021 und MiD 2022 eher unter jüngeren Muslim:innen verbreitet, während rechtsextreme Einstellungen vermehrt bei älteren Menschen anzutreffen sind. Dementsprechend ist es wenig verwunderlich, dass der Anteil islamismusaffin Eingestellter in der Teilstichprobe der jungen Muslim:innen höher ausfällt als der Anteil rechtsextrem eingestellter junger Menschen in der Gesamtstichprobe.

Mit Hinblick auf die phänomenübergreifende Erfassung der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt konnten unter den jungen Befragten im Rahmen von JuMiD insgesamt 17.0% mit einer niedrigen und 3.7% mit einer hohen Gewaltakzeptanz identifiziert werden. Die für die Gesamtbevölkerung der jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland auf dieser Basis geschätzten Raten liegen danach mit 95% Wahrschein-

lichkeit zwischen 15.8% und 18.2% (niedrige Akzeptanz) sowie 3.1% und 4.3% (hohe Akzeptanz).

Wie auch in anderen Studien zu dieser Thematik zeigte sich, dass politische Gewalt eher von jungen Männern als jungen Frauen befürwortet wird. Ebenso akzeptieren junge Menschen mit niedrigerem Bildungsstand deutlich häufiger Gewalt als höher Gebildete. Weiterhin war festzustellen, dass insbesondere junge Migrant:innen erhöhte Werte für niedrige und hohe Gewaltakzeptanz aufweisen.

Unter Einbezug der Befunde zu intoleranten Einstellungen lassen sich insgesamt 5.4% der jungen Menschen in dieser Stichprobe als intolerant und zugleich mindestens in niedrigem Maße gewaltakzeptierend beschreiben. Bezogen auf die Grundgesamtheit der 16 bis 21 Jahre alten Menschen in Deutschland und unter Berücksichtigung eines 95% Konfidenzintervalls handelt es sich bei dieser Risikogruppe um 4.7% bis 6.1% der jungen Bevölkerung in diesem Alter.

In Kombination mit den Daten zur Demokratiedistanz lassen sich insgesamt 4.7% der befragten jungen Menschen identifizieren, die sowohl demokratiedistant eingestellt sind als auch mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen. Die Schätzung der Größenordnung dieser Risikogruppe für die Gesamtpopulation der in Deutschland lebenden 16- bis 21-Jährigen läuft auf Raten zwischen 4.1% und 5.3% hinaus (95% Konfidenzintervall).

In Kombination mit rechtsextremen Einstellungen lassen sich zu einem 4.5% (95% KI: 3.9% und 5.1%) der Befragten identifizieren, die eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut und mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen. Zudem finden sich weitere 1.8% (95% KI: 1.4% und 2.2%), die klar rechtsextrem eingestellt sind und mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz signalisieren. Insgesamt können folglich 6.3% der jungen Menschen als in dieser Hinsicht risikobehaftet beschrieben werden. Bezogen auf die Gesamtpopulation der jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren ist auf Basis der hier vorliegenden Stichprobenbefunde mit 95% Wahrscheinlichkeit von einer diesbezüglichen Rate auszugehen, die zwischen 5.6% und 7.0% liegt.

Innerhalb der Teilstichprobe der jungen Muslim:innen, die an der Befragung teilgenommen haben, wurde auch die Akzeptanz spezifisch politisch-religiös motivierter Gewalt erhoben. Hierbei wurden 26.9% der jungen Muslim:innen als in niedrigem Maße islamistisch motivierte Gewalt akzeptierend eingestuft, während 0.9% eine solche Gewaltakzeptanz in hohem Maße aufweisen. Die jeweiligen Schätzungen für die Gesamtpopulation der jungen Muslim:innen zwischen 16 und 21 Jahren in Deutschland liegen bei Beachtung eines 95% Konfidenzintervalls zwischen 21.8% und 32.0% sowie 0% und 1.9%.

Eine hohe Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt liegt somit nur bei einem sehr kleinen Teil der jungen Muslim:innen vor. Es zeigt sich insoweit, dass junge Muslim:innen eher Aussagen befürworten, die eine reaktive Gewalt zum Schutz des Islam sowie nach Beleidigungen gegen Allah oder den Propheten Mohammed befürworten. In dieser Hinsicht lassen sich etwa ein Fünftel als islamistisch konnotierte Gewalt akzeptierend einordnen. Aussagen, die einen proaktiven Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung und Förderung des Islam thematisiert haben, wurden hingegen deutlich seltener zustimmend beantwortet.

Es lassen sich 12.7% (95% KI: 8.9% und 16.5%) der befragten jungen Muslim:innen identifizieren, die sowohl eine Offenheit für islamistisches Gedankengut aufweisen als auch mindestens eine niedrige Akzeptanz islamistisch motivierter Gewalt. Ferner sind

weitere 7.8% (95% KI: 4.7% und 10.9%) der jungen Muslim:innen in der Stichprobe klar islamismusaffin eingestellt und weisen mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz auf.

Insgesamt lässt sich somit eine Risikogruppe von 20.5% innerhalb der befragten jungen Muslim:innen erkennen, die mindestens offen für islamismusaffines Gedankengut sind und gleichzeitig mindestens eine niedrige Gewaltakzeptanz aufweisen. Die entsprechende Schätzung für die Gesamtbevölkerung der 16 bis 21 Jahre alten Muslim:innen in Deutschland liegt zwischen 15.9% und 25.1% (95% Konfidenzintervall).

Somit erweist sich eine substantielle Minderheit der jungen Muslim:innen in Deutschland als islamismusaffin und akzeptiert gleichzeitig die den Einsatz von Gewalt. Dies ist insofern problematisch, da junge Muslim:innen auch die häufigsten Adressat:innen von Diskriminierungserfahrungen hinsichtlich ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft sowie ihrer Religion sind. Entsprechende Erfahrungen können Desintegrationsprozesse befördern und die Empfänglichkeit - gerade junger Menschen - für radikale Akteur:innen, die ihnen alternative Lebensweisen und Gemeinschaften anbieten, erhöhen. Anhand der Daten zur Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen in der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren konnten entsprechende Effekte bereits dokumentiert werden (vgl. Wetzels & Brettfeld 2022).

Die hier dargestellten Befunde sind der Ausgangspunkt weiterer Analysen der bereits vorliegenden Daten im Rahmen des fortlaufenden MOTRA-Einstellungsmonitorings. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei insbesondere auf Fragen zum Zusammenhang von individuellen Diskriminierungserfahrungen sowie Wahrnehmungen einer kollektiven Marginalisierung der Eigengruppe - als zentraler Anknüpfungspunkt für die eigene soziale Identität und Kultur - mit der Entstehung und Verbreitung intoleranter und extremismusaffiner Einstellungen (vgl. dazu Endtricht 2023; Fischer et al. 2022; Fischer & Farren 2023a, 2023b; Fischer & Wetzels 2023a). Ebenso wird es des Weiteren darum gehen festzustellen, wie sich die zeitlichen Trends gestalten und welche gesellschaftlichen Teilgruppen und Regionen besonders von den untersuchten Phänomenen betroffen sind (vgl. dazu bereits Brettfeld et al. 2023a). Die an die vorliegend präsentierten Ergebnisse der Studie JuMiD insoweit anschließenden Fragen werden zum einen in bereits auf dem Wege befindlichen multivariaten Analysen und theoriegeleiteten Modellprüfungen verfolgt (vgl. z.B. Brettfeld, 2023; Fischer & Farren 2023). Ferner werden diese Fragen in nächster Zeit auch in der für 2024 vorgesehen zweiten Welle der Studie „Junge Menschen in Deutschland“ aufgegriffen.

Darüber hinaus sind die vorliegenden korrelativen Befunde aus den Studien in MiD und JuMiD auch Anlass experimenteller Prüfungen der hier angenommenen Wirkmechanismen. Insoweit wurden bereits im Rahmen der Studie MiDInt, anschließend an die Befunde von MiD und JuMiD, Experimente zu Faktoren durchgeführt, die Einstellungen gegenüber Geflüchteten kausal beeinflussen wie auch zu Faktoren, die für islamophobe, muslimfeindliche Haltungen relevant sind bzw. auch allgemein für Vorurteile gegenüber Fremdgruppen (vgl. dazu Richter et al. 2023b; Wetzels & Brettfeld 2023b; Endtricht & Kanol 2023). Weitere experimentelle Analysen sind aktuell bereits auf dem Wege (vgl. z.B. Richter et al. 2023a, S. 17 ff; Wetzels et al. 2023d).

Literatur

- Arzheimer, K. (2019). Extremismus. In T. Faas, O.W. Gabriel & J. Maier, J. (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 296-308). Baden-Baden: Nomos.
- Baier, D. Krieg, Y. & Kliem, S. (2021). Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz. Welche Rolle spielt die Religionszugehörigkeit? *Kriminologisches Online Journal*, 3(3) 249-269.
- Baier, D. Manzoni, P. & Bergmann, M.C. (2016). Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99(3), 171-198.
- Beelmann, A. (2019). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena: FSU.
- Brettfeld, K. (2023). Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen. *Bürger & Staat*, 73 (1/2), 165-173.
<https://www.buergerundstaat.de/>
- Brettfeld, K. Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). *Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld*. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*. Wiesbaden: BKA, 100-129.
- Brettfeld, K. Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021b). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Kleinschnittger, J. & Wetzels, P. (2023a). *Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021: Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH*. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2022*. Wiesbaden: BKA. (im Druck).
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023b). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt): Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungs-instrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 7 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023c). *Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels, Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz und Einstellungen zu Regelverletzung und zivilem Ungehorsam als Protestformen*. MOTRA-Spotlight 04/23. Wiesbaden: BKA. d
<https://doi.org/10.57671/motra-2023004>
- Brettfeld, K. Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023d). *Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022*. MOTRA-Spotlight 01/23. Wiesbaden: BKA.
<https://doi.org/10.57671/motra-2023001>

- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Sorgen und Verunsicherungsgefühle angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, Vertrauen in Staat und Politik sowie Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung*. MOTRA-Spotlight 01/22. Wiesbaden: BKA.
<https://doi.org/10.57671/motra-2022001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2007). *Muslimen in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Berlin: BMI.
- Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz & Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (2016). *Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind*. 2. Fortschreibung 2016. Online unter:
<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2016AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html> [12.06.2023]
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023). *Bundesverfassungsschutzbericht 2022*. Berlin: BMI.
https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf;jsessionid=405B9B3E265882763E19BF717C7B0C9D.internet282?_blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium des Innern & Bundeskriminalamt (2023). *Politisch motivierte Kriminalität - bundesweite Fallzahlen*.
https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/P/MK/2022PMKFallzahlen.pdf?_blob=publicationFile&v=3. (Download am 24.6.2023)
- Bundesverfassungsgericht (2017). *Urteil des zweiten Senats vom 17. Januar 2017*. 2 BvB 1/13.
- Claus, R. (2020) (Hrsg.). *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*. Bielefeld: Die Werkstatt.
- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger-Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung - Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess E. & Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197-212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S. 31-90). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Weismann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: FES.
- Endtricht, R. (2023). Politische Gewaltakzeptanz als Folge von Ausgrenzungserlebnissen und negativen Emotionen bei Angehörigen der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. *Rechtspsychologie*, 9(3), (im Druck)

- Endtricht, R. (2022). Die ambivalente Rolle der Spiritualität für die Erklärung von Verschwörungsglauben und Demonstrationsbereitschaft im Kontext der COVID-19-Pandemie. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*.
<https://doi.org/10.1007/s41682-022-00134-z>
- Endtricht, R., Farren, D., Brettfeld, K., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2023). *People in Germany 2021. First wave of the German national representative survey: Methodology, survey design and sampling*. MOTRA Research Report No. 1. Hamburg: Universität Hamburg. <http://doi.org/10.25592/uhhfdm.12244>
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht*. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>
- Endtricht, R. & Kanol, E. (2023). Conspiracies and Negative Attitudes towards Outgroups in Times of Crises: Experimental Evidence from Germany. (*Paper submitted for publication*).
- Endtricht, R. & Kleinschnittger, J. (2023). Wahrnehmung extremistischer Aktivitäten und subjektives Bedrohungserleben in Deutschland: Verbreitung und Einflussfaktoren. In Kriminologische Gesellschaft (KrimG) (Hrsg.), *Neue Kriminologische Schriftenreihe, Band 119*. (im Druck)
- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2022). *Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022*. MOTRA Forschungsbericht No. 5 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Fischer, J.M.K. Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Praxis der Rechtspsychologie*, 8(2). 173-195.
<https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023a). Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*. 106 (2), 57-72.
<https://doi.org/10.1515/mks-2022-0017>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023b). Zur vermittelnden Rolle negativer sozialer Emotionen: Eine Mediationsanalyse der Entstehung rechtsextremer Einstellungen auf Basis der General Strain Theory. In Kriminologische Gesellschaft (KrimG) (Hrsg.), *Neue Kriminologische Schriftenreihe, Band 119*. (im Druck)
- Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2023) Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. *Rechtspsychologie*, 9(3). (im Druck).
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. MOTRA Forschungsbericht No. 6. aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>

- Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2011). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Glaser, M., Langner, J., Schuhmacher, N. (2019). Rechtsextremismus und gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Eine vergleichende Diskussion der Forschungsstände zu Motiven, biografischen Hintergründen und Sozialisationserfahrungen. In K. Möller & F. Neuscheler (Hrsg.), „*Wer will die hier schon haben? Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland*, (S. 223-241). Bonn: bpb.
- Goede, L-R. (2019). Islamistische Einstellungen und Verhaltensweisen unter muslimischen Jugendlichen. Ergebnisse einer deutschlandweiten Jugendstudie. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 31 (3), 204-213.
- Goede, L-R. & Lopez Trillo, A. (2020). Islamistischer Extremismus: anderes Geschlecht, andere Risikofaktoren? *Rechtspsychologie*, 6(4), 533-558.
- Greipl, S., Hohner, J., Schulze, H., Fischer, J.M.K., & Rieger, D. (2023). Tracking down the Candy Crush Terrorist: The fragile relation between gaming motives and radical attitudes. *Paper presented at the 73rd Annual Meeting of the International Communication Association in Toronto, May 26 2023*.
- Kemmesies, U. Wetzels, P. Austin, B. Büscher, C. Dessecker, A. Grande, E. & Rieger, D. (Hrsg.) (2022). *MOTRA-Monitor 2021*. Wiesbaden: BKA,
- Kemmesies, U. Wetzels, P. Austin, B., Dessecker, A. Grande, E., Kusche, I. & Rieger, D. (Hrsg.) (2021). *MOTRA-Monitor 2020*. Wiesbaden: BKA,
- Kleinschnittger, J., Farren, D., Brettfeld, K., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 8 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. . <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836>
- Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, (S. 75-111). Bonn: H.W. Dietz.
- Mannewitz, T. (2018). Das normative Extremismuskonzept. In U. Backes, A. Gallus, E. Jesse & T. Thieme (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, (S. 31-54). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845296654-31>.
- Pickel, S. (2023). Spielen auf der Außenbahn des Feldes der Demokratie - Gravitationszentren politisch-ideologischer, religiöser und weltanschaulicher Radikalisierung. In: S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F.M. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.). *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, (S. 147-177). Wiesbaden: Springer VS.
- Radke, J. (2017). *Was macht rechtsextreme Jugendkulturen für junge Leute attraktiv?* Bonn : bpb. Online unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/256077/was-macht-rechtsextreme-jugendkulturen-fuer-junge-leute-attraktiv/>
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 222-247). Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2> 2022 MOTRA

- Richter, T., Brettfeld, K., Wetzels, P., Kleinschnittger, J. & Farren, D. (2023a). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 9 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023b). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. *GIGA-Fokus Global: Nr. 1/2023*. <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Rippl, S. & Seipel, C. (2023). Rassismus und migrationsfeindliche Einstellungen in Deutschland. In A. Röder & D. Zifonun (Hrsg.), *Handbuch Migrationssoziologie*, (S. 1-29). Wiesbaden: Springer.
- Schröter, S. (2021). *Allahs Karawane*. München: C.H.Beck.
- Schröter, S. (2019). *Politischer Islam: Stresstest für Deutschland*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Seidensticker, T. (2016). *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*. München: C.H. Beck.
- Srowig, F., Roth, V., PISOIU, D., Seewald, K. & Zick, A. (2018). *Radikalisierung von Individuen: ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze*. PRIF Report 06/2018. Frankfurt a. M.: HSFK.
- Weiß, V. (2018). *Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wetzels, P. & Brettfeld K. (2022). Islamismusaffine Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslim:innen: Zur Bedeutung individueller Religiosität und sozialer Ausgrenzungserfahrungen. *Vortrag anlässlich der 17. wissenschaftlichen Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG), Hannover, 8.-9. September 2022*. Online unter: <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/vortrag-wetzels-brettfeld-krimg2022-isalmismusaffinitaet-u-religiositaet.pdf>
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2023a). Politisch-islamistische Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslimen: Zur ambivalenten Rolle der Religion. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande & D. Rieger (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2022*. Wiesbaden: BKA. (im Druck).
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2023b). Effects of the perception of human rights violations and protests in Iran on islamophobic attitudes towards muslims in Germany: Results of two representative surveys and a survey experiment. *Paper presented at the Stockholm Criminology Symposium*, June 12 - June 14 2023, Stockholm.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022a). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. MOTRA Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022b). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande, D. Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*. Wiesbaden: BKA, S. 72-103.
https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA

- Wetzels, P., Brettfeld, K., Farren, D., Richter, T. & Kleinschnittger, J. (2023a). *Demokratie in Konfrontation mit Krieg, Klimawandel, Flucht und Inflation. Einstellungen zu Demokratie und die Verbreitung von Autokratieakzeptanz in Deutschland*. MOTRA-Spotlight 07/23. Wiesbaden: BKA. (im Druck)
- Wetzels, P., Kleinschnittger, J., Richter, T., Brettfeld, K. & Farren, D. (2023d). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 4 (Juli/August 2023)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 11 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023b). *Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland*. MOTRA-Spotlight 05/23. Wiesbaden: BKA .
<https://doi.org/10.57671/motra-2023005>
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023c). *Einstellungen zu den Protesten wegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland*. MOTRA-Spotlight 03/23. Wiesbaden: BKA.
<https://doi.org/10.57671/motra-2023003>
- Zick, A. (2021). Menschenfeindlicher Rassismus und Ungleichwertigkeitszuschreibungen. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: H.W. Dietz, 141-172.



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg